Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Jahresbericht 2018
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Politische Bildung mit Haltung

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de
www.adb.de

Der AdB wird gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes.

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

© AdB Berlin, 2019

Jahresbericht 2018
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Liebe Leser*innen,

der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wurde 1959 in der Akademie für politische Bildung in Tutzing gegründet, er feiert also im Jahr 2019 seinen 60. Geburtstag. Üblicherweise werden solche Anlässe genutzt, um zurückzublicken und die vergangenen Jahrzehnte, die fachlichen Etappen und besonderen Highlights Revue passieren zu lassen. Meine Vorstandskolleg*innen und ich waren uns allerdings einig, dieses AdB-Jubiläum zu nutzen, um nach vorne zu blicken und zu überlegen und zu planen, wohin sich der AdB in den kommenden Jahren entwickeln kann und unter welcher Perspektive dies geschehen sollte. Wir haben in 2018 diesen Prozess begonnen, auch unter dem Eindruck sich deutlich wandelnder Rahmenbedingungen, die die Arbeit des AdB und seiner Mitgliedseinrichtungen bestimmen. Da sind zum einen schwindendes Vertrauen in Demokratie und ihre Institutionen, wachsende Vorbehalte gegen Rechtsstaat und Pressefreiheit sowie eine entsolidarisierte Haltung, die vorgaukelt, dass die „Mein-Land-zuerst-Einstellung" die einzig richtige Antwort auf die Globalisierung und ihre Folgen sei. Zum anderen erfährt die politische Bildung aktuell in unserem Land eine hohe Aufmerksamkeit und Wertschätzung, neue Förderprogramme ermöglichen neue Projekte und Vorhaben, und in deren Folge hat sich die Landschaft der Träger durch neue Akteure enorm ausdifferenziert. Was bedeuten diese Entwicklungen für den AdB? Welche Auswirkungen haben sie? Mit diesen Fragen ist der Vorstand in 2018 in den Prozess der Strategieentwicklung eingestiegen. Das war nicht immer einfach, wir haben überlegt, diskutiert, geprüft und priorisiert, und zur Mitgliederversammlung im November haben wir unsere Debatte in den Kreis der Mitglieder hinein geöffnet. Diese Mitgliederversammlung hat wieder einmal gezeigt, dass der AdB ein lebendiger Verband ist, in dem die Kommunikation zwischen Vorstand, Mitgliedern und Geschäftsstelle gut funktioniert und die Mitglieder eine hohe Identifikation mit dem Verband zeigen. Die Vorschläge, Anregungen und Ideen der anwesenden Vertreter*innen zur Verbesserung der Wahrnehmung des AdB, zur Gewinnung neuer Mitglieder, zur Professionalisierung des Verbandes oder zur aktiven Rolle im Fachdiskurs füllen unzählige Flipchartbögen und werden die Strategieplanung weiter voranbringen.

Selbstverständlich sind wir auch 2018 schon Schritte gegangen, die die Weiterentwicklung des AdB vorangebracht haben. Wir konnten zwei neue Mitglieder, die Jugendbegegnungsstätte am Tower in Oberschleißheim, Bayern, sowie das Heinz-Kühn-Bildungswerk, NRW, in den Verband aufnehmen. Wir haben in Modellprojekten kreative Ideen für interkulturelles Lernen entwickelt

und junge Geflüchtete zu Teamer*innen der politischen Bildung qualifiziert, wir haben ein hoch aktuelles Jahresthema – Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten" – umgesetzt, wir waren mit den vier Fachgruppen im Programm „Politische Jugendbildung im AdB" Transmissionsriemen zwischen Konzeptentwicklung und Praxisumsetzung und wir haben in der Geschäftsstelle ein neues Fachreferat zum Themenschwerpunkt „Religiös begründeter Extremismus" mit vier neuen Kolleginnen einrichten können.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf unsere Positionspapiere und Stellungnahmen. Auf Anregungen und Vorarbeit der Kommission Erwachsenenbildung haben wir uns mit dem Papier „Politische Erwachsenenbildung braucht Freiräume: Für eine Stärkung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung in Deutschland" in die bildungspolitische Debatte um die Weiterbildung eingemischt – übrigens mit guter Resonanz aus den Bundesländern. Mit zwei Stellungnahmen zur Weiterentwicklung der neuen Programmgeneration Erasmus+ haben wir auf europäischer Ebene versucht, die Ausgestaltung der für die politische Bildung wichtigen Förderprogramme mitzubestimmen im Hinblick auf ein demokratischeres, solidarischeres, an Menschenrechten und Vielfalt orientiertes Europa. Und unsere Stellungnahmen zum Jahresthema sowie das Papier „Politische Bildung im AdB für Vielfalt und gegen Ausgrenzung" waren Standortbestimmungen, die unser Verständnis politischer Bildung deutlich nach außen transportieren sollten: „Demokratie muss nach unserem Verständnis politischer Bildung nicht nur Regierungs- und Gesellschaftsform sein, sondern auch als Lebensform erfahrbar werden. Politische Bildung muss daher Räume anbieten, in denen demokratische Aushandlungsprozesse und der Umgang mit Konflikten eingeübt und reflektiert werden kann. Neben der Kompetenz, die eigenen Interessen und Standpunkte wirkungsvoll zu vertreten, ist dabei auch die Bereitschaft zu fördern, andere Positionen einzubeziehen und gegebenenfalls Kompromisse zu schließen."

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seine über einhundert Mitgliedseinrichtungen haben zu einer politischen Bildung in diesem Sinne erneut viel beigetragen. Zum Ausruhen ist, auch nach sechzig Jahren, keine Zeit. Wir wollen auch in den nächsten Jahren die politische Bildung erfolgreich mitgestalten, wollen uns um neue Angebote, Formate und Methoden kümmern, wollen Neues ausprobieren, bisher nicht erreichte Zielgruppen adressieren und gewinnen, wollen über den Tellerrand der eigenen Fachlichkeit blicken. Hier bietet sich aktuell die Zusammenarbeit mit der sozialen Arbeit an sowie die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen. Auch dieser Prozess wurde 2018 bereits begonnen, sowohl im Projekt „Empowered by Democracy" als auch im Rahmen der Arbeit des Fachreferats „Religiös begründeter Extremismus".

Gespannt sein dürfen wir auch auf den neuen, 16. Kinder- und Jugendbericht, der aktuell vorbereitet wird. Er wird sich dem Thema „Demokratische Bildung im Kindes- und Jugendalter" widmen. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass die Geschäftsführerin des AdB von der Bundesjugendministerin in die Kommission, die mit der Erstellung des Berichts beauftragt wurde, berufen worden ist. Für uns ist dies auch ein Beleg dafür, dass die Fachexpertise des AdB gesehen und ernst genommen wird.

Der AdB-Vorstand blickt mit Zufriedenheit auf ein erfolgreiches Jahr zurück und freut sich auf ein neues, spannendes Jahr, das wir gerne gemeinsam mit unseren Mitgliedern sowie mit unseren Kooperationspartner*innen gestalten wollen. Ich bedanke mich herzlich bei allen Akteurinnen und Akteuren, die als Projektmitarbeitende, Kommissionsmitglieder, Redaktionsbeiratsmitglieder, Vorstandskolleg*innen, Jugendbildungsreferent*innen, Arbeitsgruppenmitglieder, Moderator*innen und Geschäftsstellenmitarbeiter*innen am Erfolg des AdB mitgearbeitet haben. Mein Dank geht auch an das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das unsere Arbeit wesentlich fördert und unterstützt sowie an alle anderen Zuwendungsgeber.

Sie alle sind herzlich eingeladen, 2019 das 60-jährige Jubiläum mit uns zu feiern und die politische Bildung im AdB auch in den nächsten Jahren erfolgreich zu gestalten.

Herzlichst
Ihr

Ulrich Ballhausen
Vorsitzender des AdB

Jahresbericht 2018
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Inhalt

06 Politische Bildung mit Haltung
Eine Einführung

11 Das Programm
Politische Jugendbildung im AdB

12 All(e) inclusiv!?
Inklusive Bildungsarbeit als selbstverständliches Ziel politischer Jugendbildung

16 Digitalisierungscarpaccio – Inklusion jenseits von Cyber- und Meatspace
Bericht aus der Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“

27 Partei ergreifen und den Finger in die Wunde legen! – Antimuslimischer Rassismus hat mit Religionskritik nichts zu tun
Bericht aus der Fachgruppe „Flucht und Migration“

37 Worüber wir reden, wenn wir über Inklusion reden? – „Alles über Anne“ für alle
Bericht aus der Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“

46 Die CARE-Seiten des Lebens im Fokus der politischen Bildung
Bericht aus der Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“

57 AdB-Projekte in Bundesprogrammen

58 Interkulturelles Lernen im Verband: Partizipation als Motor für Bildungsprozesse
Das Modellprojekt „anders statt artig“

61 Politische Bildung für und mit jungen Geflüchteten
Das Projekt „Empowered by Democracy”

65 Umgang mit Diskriminierung und Radikalisierung
Gegenstrategien politischer Bildung

69 Competencies for democratic culture
Europäische und internationale politische Bildung im AdB

77 Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten“
Das AdB-Jahresthema 2018

83 Eine lebendige Organisation
Die Entwicklung des Verbandes

97 Politische Bildung mit Haltung
Ein Ausblick

101 Anhang
Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.
Kooperationspartner
Quellenverzeichnis

112 Impressum

Fachtagung „Ressource Vielfalt. Der Beitrag der politischen Bildung zu einer inklusiven Gesellschaft“ am 23. April 2018 in Frankfurt am Main

Politische Bildung mit Haltung

Eine Einführung

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) ist ein bundesweit arbeitender Fachverband der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Seine über einhundert Mitgliedseinrichtungen sind Jugendbildungs- und Begegnungsstätten, Akademien, Heimvolkshochschulen, Internationale Bildungseinrichtungen und Bildungswerke. Er bietet ein Forum für fachlichen Erfahrungsaustausch, Fortbildung und gemeinsame jugend- und bildungspolitische Interessenvertretung. Als wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur der Jugendhilfe auf Bundesebene wird der Verband vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Diese Beschreibung des Verbandes und seiner Arbeit ist, wenn auch völlig richtig und auf den Punkt gebracht, ausgesprochen sachlich und nüchtern. Deshalb sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf verwiesen: Die Arbeit des AdB ist vielfältig, interessant, innovativ, und sie wird von Menschen gemacht – für Menschen. Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche in Vorstand und Geschäftsstelle arbeiten gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen in den Mitgliedseinrichtungen in Gremien und Arbeitsgruppen, in Fachgruppen und Kommissionen, bei Tagungen und Fortbildungen on- wie offline, um Menschen jeden Alters ein gutes, hochwertiges und an ihren Interessen orientiertes Angebot politischer Bildung zu machen. Denn darum geht es im Kern bei der Arbeit des AdB: Menschen politisch zu bilden, sie zu motivieren, sich in Politik und Gesellschaft zu engagieren, ihnen Orientierung in unübersichtlichen Zeiten zu ermöglichen, sie dabei zu unterstützen, politische Strukturen, Verfahren und Entwicklungen zu verstehen, ihnen zu

helfen, ihre eigenen Interessen zu erkennen und in Auseinandersetzung mit anderen zu klären. Die normative Grundlage dafür bilden die Grund- und Menschenrechte. Ziel ist es, die Demokratie als Staats-, Gesellschafts- und Lebensform nachhaltig auszubauen und zu stärken.

Um die Mitglieder in ihrer Bildungsarbeit zu unterstützen führt der AdB Fortbildungsveranstaltungen durch und organisiert Fachtagungen, gibt die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung" heraus, informiert, berät und dokumentiert. Dank der Förderung aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) ist der AdB zudem in der Lage, die Mitgliedseinrichtungen finanziell zu unterstützen, im Rahmen des Programms „Politische Jugendbildung im AdB" sowie als Zentralstelle für europäische und internationale Jugend- und Fachkräfteaustauschmaßnahmen. Durch die Konzeptionierung, Organisation und Durchführung bundesweiter Modellprojekte ermöglicht der AdB darüber hinaus seinen Mitgliedseinrichtungen, in einem geschützten Rahmen neue Inhalte, Methoden oder Formate zu erproben. Damit leistet der AdB einen entscheidenden Anteil an der fachlichen Weiterentwicklung der politischen Bildung. Und nicht zuletzt stellt der AdB mit seiner Homepage und seinen Publikationen, mit Pressemitteilungen und Positionspapieren, mit Netzwerkarbeit und Gremientätigkeit Öffentlichkeit für die Anliegen der politischen Bildung her.

Umgesetzt werden die vielfältigen Tätigkeiten des Verbandes durch die Geschäftsstelle in Berlin, in der hauptamtliche Mitarbeiter*innen tätig sind. Die Steuerung obliegt dem Vorstand, der sich aus acht ehrenamtlich tätigen Fachkräften zusammensetzt, die von der Mitgliederversammlung, dem höchsten beschlussfassenden Organ des AdB, für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Das Zusammenspiel von Haupt- und Ehrenamtlichen sowie die höchst mögliche Partizipation und Beteiligung der Mitgliedseinrichtungen zeichnet den AdB aus und trägt der Heterogenität der Mitgliedseinrichtungen Rechnung. Die unterschiedlichen Wertorientierungen der im AdB zusammengeschlossenen Bildungsstätten und Bildungswerke, die Vielfalt an Inhalten, Methoden und Arbeitsformen, die verschiedenen Größen der Häuser und die mannigfaltigen Schwerpunktsetzungen der Einrichtungen bilden eine Pluralität ab, die als Errungenschaft eines demokratischen Staates gewertet werden muss und zu deren Erhalt der AdB beiträgt.

So vielfältig die Aktivitäten des Verbandes auch sind, es gibt einige „große" Überschriften, die die Arbeit charakterisieren und strukturieren.

Ressource Vielfalt

Dass unsere Gesellschaft vielfältiger und bunter wird, ist keine neue Erkenntnis. Menschen wandern ein, um hier zu leben und zu arbeiten, Menschen fliehen hierher, um Schutz vor Verfolgung und Not zu finden, sie alle bringen ihre eigenen Erfahrungen und Vorstellungen mit. Aber auch Lebensentwürfe differenzieren sich aus, werden individueller und pluraler. Und Menschen, die in der Vergangenheit oft von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen waren, fordern nun selbstbewusst, z. B. gestärkt durch das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention), ihr Recht auf Teilhabe und Inklusion ein. Dies alles erzeugt gesellschaftliche Reibung, macht das Zusammenleben manchmal anstrengend und nicht immer einfacher, aber es birgt auch große Chancen für die Gestaltung eines friedlichen, weltoffenen Zusammenlebens. Aber wie kann es gelingen, diese Vielfalt als Ressource zu begreifen? Wie kann es gelingen, diese Vielfalt als Ressource für die politische Bildung zu nutzen? Denn dass dies ein Anliegen der politischen Bildung ist und sein muss, steht außer Zweifel, da damit eine der grundlegenden Fragen der politischen Bildung verbunden ist: Wie wollen wir zusammen leben?

Der AdB hat diese Thematik in mehreren Aktivitäten aufgegriffen. Eine Fachtagung im April diskutierte den Beitrag politischer Bildung für eine inklusive Gesellschaft und legte dabei einen weit gefassten, menschenrechtlichen Begriff von Inklusion zu Grunde, der sich nicht ausschließlich auf Menschen mit einer Beeinträchtigung beschränkte, sondern generell Zugangs- und Teilhabebarrieren in den Blick nahm. In einem solch weiten Verständnis können auch die beiden Modellprojekte des AdB verstanden werden: „Empowered by Democracy" und „anders statt artig". Beide Projekte zielen darauf ab, Vielfalt als Stärke begreiflich zu machen. „anders statt artig" unterstützt dabei durch extra entwickelte Materialien für die Bildungsarbeit die interkulturelle Öffnung von Vereinen und Verbänden, „Empowered by Democracy" wirkt zugleich nach außen und nach innen: Jugendliche Geflüchtete werden persönlich durch politische Bildung gestärkt, zugleich werden sie als Expert*innen in eigener Sache mit Erfahrungen und Kompetenzen angesprochen und qualifiziert. D. h., die „Ressource Vielfalt" wird hier ganz praktisch für die politische Bildung erkennbar, da die Jugendlichen und jungen Erwachsenen erfolgreich in die Strukturen und Angebote der politischen Bildungsarbeit einbezogen werden konnten und jetzt als Teamer*innen tätig sind.

Die Aktivitäten von Tagung und Modellprojekten verknüpfen sich auf verschiedenen Ebenen mit der Arbeit der Jugendbildungsreferent*innen im Programm „Politische Jugendbildung im AdB". Insbesondere die Fachgruppen mit den Themen „Flucht und Migration" sowie „Erinnerungskultur und Teilhabe" weisen zahlreiche Schnittstellen auf, die als Durchlass für Erfahrungen und Erkenntnisse gewünscht und gewollt sind. Die Antworten z. B. auf die Fragen, wer erinnert, an was erinnert wird und welche Geschichte erzählt wird, machen deutlich, wer dazugehört und wer nicht. Eine Herausforderung und Aufgabe für die politische Bildung ist es, migrantische Narrative, widerständische Bewegungen und vergessene Geschichten in die eigene Bildungsarbeit einzubeziehen.

Ob Qualifizierungsangebot, Modellprojekt und Jugendbildungsprogramm, die politische Bildung will dazu beitragen, menschliche Vielfalt als Menschenrecht anzuerkennen und an der Beseitigung von Barrieren, die zur Behinderung der wirksamen, gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen führt, mitzuwirken. Im AdB soll keine neue „Bindestrich-Pädagogik" entwickelt werden, sondern es geht um eine Weiterentwicklung bestehender Angebote und Konzepte. Die Herausforderungen heißen Diskriminierungsfreiheit und Chancengleichheit, die Entfaltung der menschlichen Möglichkeiten, die Thematisierung und Achtung der Menschenrechte und die Stärkung der Vielfalt, aber ebenso auch das Engagement gegen strukturelle Benachteiligungen.

Bildung in post-faktischen Zeiten

Idealerweise eignen sich Menschen, bevor sie sich eine Meinung bilden, Wissen an, Wissen über ein spezifisches Thema, über anstehende Entscheidungen, über mögliche Alternativen, über Konsequenzen. Aber so strukturiert und zielgerichtet verläuft die Wissensaneignung in der Regel nicht, zumal die Informationsfülle, durch die digitalen Medien nochmals gestiegen, jeden und jede zwingt, eine Auswahl an Informationen und Informationsmedien zu treffen. Aber wem oder was ist zu trauen? Falschmeldungen und Desinformationen hat es schon immer gegeben, aber die Quantität an Informationen, die manipuliert sind, Falsches behaupten oder Tatsachen verdrehen, hat sich vervielfacht.

Diese Entwicklung ist auch eine Herausforderung für die politische Bildung und wurde daher vom AdB sehr bewusst als Jahresthema ins Zentrum der fachlichen Auseinandersetzung gestellt, da sie nicht ohne Folgen für die Demokratie und das demokratische Zusammenleben ist. Zahlreiche Beispiele der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass das gesellschaftliche Klima durch Fake News, die kaum mehr von Fakten zu unterscheiden sind, vergiftet wird und eine sachliche Auseinandersetzung über gesellschaftlich relevante Themen erschwert, wenn nicht sogar verhindert wird.

Die Diskussion versachlichen, Medienkompetenz vermitteln, Methoden und Tools aufzeigen, die Falschnachrichten entlarven, Quellenkritik vermitteln und gleichzeitig den kreativen und selbstbewussten Umgang mit Medien vermitteln, sollte in diesem Zusammenhang Aufgabe der politischen Bildung sein. Zahlreiche gute Praxisbeispiele auf der Homepage des AdB sowie anschaulich beschrieben in den Ausgaben der „Außerschulischen Bildung" dienen dazu, die Mitglieder des AdB und darüber hinaus die Träger politischer Bildung in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Eine Vorreiterrolle im Verband nimmt zu diesem Thema die Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie" im Programm „Politische Jugendbildung im AdB" ein. Die Veränderungen, Herausforderungen und Chancen der digitalen Medien und die Bedeutung dieser Entwicklungen für die Demokratie sind Bestandteil ihres Erprobungsauftrages. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Presse- und Meinungsfreiheit, der im post-faktischen Zeitalter eine besondere Bedeutung zukommt.

Da die Probleme des post-faktischen Zeitalters nicht nur Probleme in Deutschland sind, sondern nur global zu verstehen und zu bewerten sind, griff auch die Kommission „Europäische und Internationale Bildung" im Rahmen einer Fachtagung die Fragestellung auf. „Politische Bildung in Zeiten populistischer Hochkonjunktur. Polarisierung, mediale Echokammern und Fake News als drängende Herausforderungen" war das Zusammenkommen in der Akademie für politische Bildung in Tutzing übertitelt. Diskutiert wurde, was die Entwicklung für die politische Bildungsarbeit bedeutet, und zwar nicht nur im nationalen Rahmen, sondern auch in europäischen und internationalen Kontexten. Die Arbeit der Kommission korrespondierte mit einem internationalen Projekt, an dem der AdB ebenfalls beteiligt war. „STEPS – Survival Toolkit for EDC in Postfactual Societies" (2017–2018) widmete sich der Frage, welche Auswirkungen Rechtspopulismus, postfaktische Weltbilder (engl. post-truth) und Radikalisierung auf politische Jugendbildungsarbeit in Europa haben. Zum einen untersuchte das Projekt in Fallstudien, wie sich Jugendpolitik und jugendpolitische Rahmen verschieben, zum anderen wurde eine Bestandsaufnahme der pädagogischen Praxis zur Bearbeitung von antidemokratischen Einstellungen unter jungen Menschen versucht. Ein Ergebnis dieser europäischen Kooperationsprojektes ist das STEPS-Positionspapier, das für den Bereich der europäischen politischen Jugend- und Menschenrechtsbildungsarbeit eine Standortbestimmung versucht.

Internationalisierung

Das STEPS-Projekt ist ein gutes und gelungenes Beispiel dafür, um deutlich zu machen, dass in der politischen Bildung sowohl inhaltlich als auch strukturell mindestens europäisch, wenn nicht international gedacht und gehandelt werden muss. Der AdB hat sich bereits 2015 die Internationalisierung des Verbandes auf die Fahnen geschrieben und ein Positionspapier dazu veröffentlicht.

Sein Anliegen in diesem Zusammenhang ist es, nicht nur die internationale Arbeit selbst, sondern grundsätzlich die politische Bildung in ihrer Gesamtheit international zu begreifen und zu denken und die Diskurse und Fachthemen politischer Bildungsarbeit und Demokratiebildung als Ausdruck internationaler Entwicklungen und internationaler Herausforderungen zu verstehen. Der AdB selbst nimmt dabei verschiedene Aufgaben wahr. Er vertritt in nationalen und internationalen Gremien und Arbeitszusammenhängen die Interessen der Mitgliedseinrichtungen. Er agiert auf nationaler, europäischer und internationaler politischer Ebene, um die jugend-, bildungs- und förderpolitischen Rahmenbedingungen für die europäische und internationale politische Bildungsarbeit positiv mitzugestalten. Zu diesen Aufgaben gehören auch die Initiierung und Unterstützung von sowie Mitwirkung in internationalen Netzwerken sowie das Zusammenwirken mit wissenschaftlicher Forschung und die Beteiligung an europäischen und internationalen wissenschaftlichen Forschungsvorhaben zu politischer Bildung und zu internationalem Jugend- und Fachkräfteaustausch.

Und der AdB berät, unterstützt, qualifiziert und fördert die praktische Begegnungsarbeit in den Einrichtungen. Zu diesem Zweck arbeitet der Verband mit den binationalen Jugendwerken sowie mit dem internationalen Referat im BMFSFJ zusammen und leitet als Zentralstelle Fördermittel weiter. Damit konnten insgesamt 40 internationale Maßnahmen – Fachkräfte- und Jugendaustausche – finanziert werden. Erfreulicherweise haben wir es hier mit einem wachsenden Fachbereich zu tun, der noch weiter ausbaufähig ist, sofern die Mittel hierfür gewährt werden.

Weitere internationale Modellprojekte, gefördert z. B. aus Mitteln des Programms Erasmus+ wie das Qualifizierungsprojekt „Seminar for Intercultural Trainers in EDC/HRE" oder „Gr.A.C.E – Greek German Matchmaking on Active Citizenship Education in Youth Work", sowie die Geschäftsführung des europäischen Netzwerks DARE sind Beleg für den Stellenwert, den die internationale Arbeit im AdB einnimmt.

Eine internationale Perspektive hat auch die Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung, die mit einem Bundeskanzler-Stipendium ein Jahr lang in der Geschäftsstelle des AdB mitarbeiten konnte, in die Arbeit des Verbandes eingebracht. Sie hat zu den Herausforderungen einer niedrigschwelligen politischen Erwachsenenbildung geforscht, dabei zahlreiche Mitgliedseinrichtungen besucht und ihre Ergebnisse in einem beeindruckenden Abschlussbericht veröffentlicht.

Besonders erfreulich und ein wichtiger Schritt auf dem Weg der Internationalisierung ist es, dass sich die Mitgliedseinrichtung Stiftung wannseeFORUM in Berlin mit Unterstützung des AdB auf den Weg gemacht hat, sich um das Qualitätslabel des Europarats für Einrichtungen politischer Jugend- und Menschenrechtsbildung „Council of Europe Quality Label for Youth Centres" zu bewerben und sich als Ort des „Lebens und Lernens unter einem Dach" im Sinne außerschulischer Menschenrechtsbildung und des Demokratielernens international zu profilieren.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Die Stärkung einer Einrichtung durch ein solches Label ist zugleich die Stärkung der Zivilgesellschaft, dessen Teil die Stiftung wannseeFORUM ist. Die Stärkung der Bildungsstätten, Vereine, Begegnungszentren, Akademien und Bildungswerke, die im AdB zusammengeschlossen sind, also mithin die Stärkung der Zivilgesellschaft, ist eine zentrale Aufgabe des AdB. Dazu gehört es, sich auf politischer Ebene immer wieder neu dafür einzusetzen, dass Einrichtungen wie die oben genannten förderliche Rahmenbedingungen und ausreichend Ressourcen bekommen, um ihre wichtige Arbeit leisten zu können. In diesem Sinne hat sich der AdB positioniert und Empfehlungen für die neue EU-Programmgeneration herausgegeben und auf europäischer Ebene kommuniziert.

Mitarbeiter*innen der AdB-Geschäftsstelle bei der Besichtigung des ehemaligen Flughafens Tempelhof

Zudem hat er mit einem von der Kommission Erwachsenenbildung erarbeiteten Papier in allen Bundesländern für eine Stärkung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung geworben.

Zahlreiche Gespräche mit Verantwortlichen in Politik und Verwaltung, Vertretungsaufgaben in Gremien und Verbänden, Kooperationen und Netzwerkarbeit auf nationaler und internationaler Ebene dienen ebenfalls dazu, die Arbeit der Mitglieder sichtbar zu machen, auf ihre Bedeutung zu verweisen und für ihre Unterstützung zu werben. Denn die Beschäftigung mit gesellschaftlichen und politischen Fragen, mit Themen und Anliegen politischer Bildung braucht Orte und Räume, braucht gestaltete Gelegenheiten, braucht qualifizierte Bildner*innen, braucht Zeit, also mit anderen Worten: braucht solide Strukturen, um wirken zu können. Dies immer wieder deutlich zu machen ist Anliegen des AdB.

Dabei reicht das Bemühen, zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken, über den Kreis der AdB-Mitglieder hinaus. Der Verband sieht sich auch in der Verantwortung, die gerade in den letzten Jahren neu entstandenen Akteure der politischen Bildung zu unterstützen und zu stärken, z. B. im Rahmen von Qualifizierungs- und Fortbildungsangeboten oder als Kooperationspartner bei Tagungen und anderen Aktivitäten oder direkt als neues Mitglied im Verband zur Sicherstellung der Einbindung in den fachlichen Diskurs.

Zur strukturellen Absicherung der Einrichtungen und Organisationen gehört es zwingend, deutlich zu machen, wofür die Akteure stehen, auf welcher Grundlage sie agieren, wie ihr Selbstverständnis ist. Dies wird gerade in letzter Zeit immer dringlicher, da von Trägern politischer Bildung immer öfter ein „neutrales" Verhalten eingefordert wird und Einrichtungen, die diesem Anliegen nicht entsprechen, diskreditiert und die Förderwürdigkeit abgesprochen wird. In verschiedenen Positionspapieren und Stellungnahmen hat der AdB daher deutlich gemacht, dass es eine Neutralität der politischen Bildung nicht gibt und nicht geben kann, da „Demokratie, Teilhabe und Menschenrechte den Referenzrahmen dieser emanzipatorischen, partizipatorischen politischen Bildung bilden." (Auszug aus der Standortbestimmung: Politische Bildung im AdB für Vielfalt und gegen Ausgrenzung). In diesem Sinne zeigt der AdB, zeigen die Mitgliedseinrichtungen und -organisationen im AdB, zeigt die politische Bildung des AdB Haltung.

Sie lässt sich wiederfinden in den verschiedenen Arbeitsfeldern und Aufgabenbereichen des AdB, die im Folgenden ausführlich vorgestellt und beschrieben werden. Dazu gehört das Programm „Politische Jugendbildung im AdB" mit seinen vier thematischen Fachgruppen, gehören die Modellprojekte „anders statt artig" und „Empowered by Democracy", gehören das Jahresthema sowie die internationale Arbeit, gehören unsere Fortbildungen, Fachtagungen, Kommissionen, Gremien und nicht zu vergessen die Öffentlichkeitsarbeit. ■

Das Programm Politische Jugendbildung im AdB

All(e) inclusiv!?

Inklusive Bildungsarbeit als selbstverständliches Ziel politischer Jugendbildung

Mallorca – 5-Sterne-Hotel, Essen, Trinken und Rahmenprogramm mit Bogenschießen, Pool und allem, was dazugehört für angeblich kleines Geld und für jedermann zu haben. – So oder so ähnlich kennen wir die Werbeanzeigen der großen Reiseveranstalter, die im Fernsehen oder auf großen Schautafeln werben. Viele von uns nehmen solche all-inclusive Angebote Jahr für Jahr an. Es ist ja auch verlockend, man muss sich um nichts kümmern und weiß genau, was man investieren muss. Wenn man dann aber vor Ort ist und sich das Ganze doch etwas kritischer anschaut, müsste man ins Grübeln kommen.

Plötzlich sind da Menschen vor Ort, von denen manche ein rotes Bändchen tragen und uneingeschränkt an allen kulinarischen und Freizeit-Angeboten teilhaben können. Andere mit einem gelben Bändchen haben auch Zugang, der aber z. B. zeitlich eingeschränkt ist. Wieder andere haben gar kein Bändchen und müssen alles extra bezahlen. Und diejenigen, die da noch gar nicht im Blick sind, sind die, die zuhause bleiben mussten und sich überhaupt keinen Urlaub leisten können und die, die im Hintergrund – meist für wenig Geld – dafür sorgen, dass alles bereitsteht. Also weder alles inklusiv noch alle inklusiv? Und ist das ein Bild, das auch für die Bildungslandschaft in Deutschland gelten könnte?

Was heißt hier „all inclusive“?

Selbstverständlich hinkt dieser Vergleich mit der Mallorca Reise, wenn wir über Inklusion und inklusive Bildung reden, weil es sich hier um eine andere Bedeutung des Begriffs „inklusive“ handelt. Aber ist es nicht so, dass es auch ganz unterschiedliche Verständnisse von Inklusion gibt, wenn wir über Bildung, Teilhabe und soziales Miteinander reden?

Die meisten verstehen den Begriff immer noch im engeren Sinne, also im Kontext von Menschen mit einem diagnostizierten Förderbedarf. Wir möchten im Programm politische Jugendbildung im AdB aber gerade dezidiert einen weiten Inklusionsbegriff nutzen, der alle Menschen einschließt: Weder das Geschlecht, die sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen noch besondere Lernbedürfnisse dürfen dazu führen, dass ein Mensch seine Potenziale nicht entwickeln kann. Inklusive Bildung bedeutet, dass alle Menschen an qualitativ hochwertiger Bildung teilhaben können und ihre Fähigkeiten voll zur Entfaltung kommen.

Die Forderung nach einer inklusiven Bildung ist integraler Bestandteil der Bildungsagenda 2030, die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Das Hauptziel der Bildungsagenda 2030 ist in Ziel 4 der insgesamt 17 Sustainable Development Goals (SDG) formuliert: „Bis 2030 für alle Menschen inklusive, chancengerechte und hochwertige Bildung sicherstellen sowie Möglichkeiten zum lebenslangen Lernen fördern.“ (www.unesco.de/bildung/bildungsagenda-2030)

Diese Forderung muss auch für uns Maßstab unserer Bildungsangebote in der non-formalen politischen Kinder- und Jugendbildung sein.

Inklusive Bildung rückt die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Lernenden in den Mittelpunkt und begreift Vielfalt als Chance für Lern- und Bildungsprozesse. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für ein friedliches und soziales Miteinander. In einer humanen Gesellschaft erfährt jeder Mensch mit seinen individuellen Eigenschaften, Interessen und Bedürfnissen Anerkennung und Wertschätzung und erhält die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe. Jede Form der Exklusion wirkt einem friedlichen, sozialen und humanen Zusammenleben entgegen. Inklusive Bildung ist daher ein wichtiger Baustein für die Entwicklung einer Gesellschaft, in der in dieser Weise Vielfalt gelebt und jedem Menschen die Chance auf Teilhabe gewährt wird.

Inklusive Bildungsarbeit als Schwerpunkt in den Fachgruppen

Im Berichtsjahr ging es auch im Programm politische Jugendbildung im AdB in vielen Veranstaltungen und Vorhaben darum, wie Bildungsprozesse inklusiver gestaltet und so für möglichst viele Menschen ansprechendere Angebote gemacht werden können. Mit kritischem Blick auf das was wir tun und bieten, aber im Besonderen mit einem positiven Blick auf das was wir noch leisten können, wurden viele Angebote weiterentwickelt.

Durch die Aktivitäten der vier Fachgruppen des AdB-Programms kann man erkennen, wie sich das Thema dort widerspiegelt und wie es durch das Programm und die Zusammenführung der Erkenntnisse aus den Fachgruppen zu einem großen Ganzen werden kann. Jede Gruppe hat einen besonderen Blick auf das Thema: Wie muss man z. B. Inklusion verstehen, wenn es um das

Politische Jugendbildungim AdB

Das Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ mit seinen Jugendbildungsreferent*innen ist ein zentrales Arbeitsfeld des Verbandes und dient der Weiterentwicklung des Feldes auch weit über den Verband hinaus. In der aktuellen Programmphase (2017–2022) arbeiten vier Fachgruppen zu den Themenbereichen „Digitale Medien und Demokratie“, „Flucht und Migration“, „Erinnerungskultur und Teilhabe“ sowie „Arbeit und Lebensperspektive“. Ergebnisse dieser Arbeit sind neu entwickelte Projekte, Seminarkonzepte und Methoden, die in den Fachdiskurs der politischen Bildung eingespielt werden. Aktuelle Praxisbeispiele finden Sie unter: **www.politische-jugendbildung.de**

digitale Leben der Menschen geht? Wie erreichen wir es, dass alle an diesem digitalen Leben teilhaben können? – Fragen, die sich die Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“ stellt. Die Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“ bezieht die unterschiedlichen Lebensentwürfe der Menschen ein und macht daran die Verschiedenheit der Menschen sichtbar. Sie zielen auf die Bereicherung ab, die durch Vielfalt entsteht. Die Fachgruppe „Flucht und Migration“ arbeitet daran, wie junge Menschen, die neu in unsere Gesellschaft gekommen sind, besser an gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilhaben können. Welche Hürden gilt es dabei zu überwinden und wie können diese Menschen unterstützt und ermutigt werden? Last but not least ist da die Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“, die den Inklusionsgedanken ja bereits im Titel hat. Sie widmet sich der Frage, wie wir Erinnerungskultur so gestalten können, dass möglichst viele daraus Folgen für das zukünftige Handeln ableiten können. Dies beginnt ganz persönlich mit der Frage „Wie erinnere ich?“ und zeigt dann auf, wie und woran sich unsere Gesellschaft stets erinnern muss. Hierbei ist ganz wichtig, dass jede*r versteht, dass die Geschichte Deutschlands auch ihn oder sie selbst betrifft, denn nur so ist es möglich zu verstehen, wieso unsere Gesellschaft in vielen Bereichen „so tickt, wie sie tickt“.

Über all diesen spezifischen Fragen der Fachgruppen gibt es Anliegen der inklusiven Bildung, die alle betreffen und Ausdruck für die Wichtigkeit dieser Inklusivität ist. Eine diskriminierungssensible Sprache ist hier der Anfang. Da Sprache ein zentrales Medium ist, mit dem Menschen sowohl einbezogen als auch ausgegrenzt werden können, müssen wir – gerade auch in der politischen Bildung – auf unsere Sprache achten. Zum einen müssen wir sie möglichst klar und einfach gestalten und zum anderen auch immer wieder reflektieren, wie Redewendungen und Worte entstanden sind und hinterfragen, was unsere Worte bei anderen bewirken. Was heißt es also, immer nur über Lehrer, Fahrer oder Bildner zu reden? Sind das alles Männer, die diese Berufe ausüben? Weshalb sprechen wir die Lehrer*innen, Fahrer*innen und Bilder*innen nicht auch an?

Ein ganz wichtiger Aspekt von inklusiver Bildung ist aber auch, nicht einfach zu betonen, dass das Angebot doch offen für alle ist, sondern die Angebote tatsächlich offen zu gestalten und auf die Menschen zuzugehen. Politische Bildung muss hier auch weiterhin selbstkritisch sein und die eigenen Zugangsbarrieren wahrnehmen und abbauen. Um Bildungsprozesse jedoch wirklich ganzheitlich und inklusiv gestalten zu können, bedarf es der entsprechenden Rahmenbedingungen – Rahmenbedingungen, die nur die Fördergeber und die Gesetzgebung beeinflussen können. So gibt es zurzeit noch keine rechtliche Grundlage im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP), die die Assistenzbedarfe von Teilnehmenden im Blick hat. Kosten für Dolmetscher*innen können zwar in Ausnahmefällen finanziert werden, eine Assistenzperson ist förderrechtlich jedoch nicht vorgesehen. So liegt die Hoffnung sehr auf dem zurzeit laufenden Prozess zur Neugestaltung des SGB VIII. Eine Reform dieses Gesetzes wird hoffentlich so gestaltet sein, dass sie am Ende auch tatsächlich Auswirkungen auf die Förderrichtlinien in Bund und Ländern mit sich bringt.

Im Berichtsjahr hat jedoch nicht nur die Arbeit der einzelnen Fachgruppen auf das gesamte Programm und somit auf das Feld der politischen Bildung gewirkt. Wir haben ebenso erreicht, dass die in der Geschäftsstelle des AdB koordinierten Projekte auf und in das Programm politische Jugendbildung strahlen und ebenso die Expertise der Jugendbildungsreferent*innen genutzt werden

konnte. So wurde z. B. die Fachgruppe „Flucht und Migration", die auch gleichzeitig innerverbandliches Fachgremium für das Projekt „Empowered by Democracy" ist, angeregt, ein eigenes Fortbildungsformat für junge Teamer*innen mit Migrationserfahrung zu erarbeiten. Einen weiteren großen Mehrwert brachte die enge Verzahnung zum neuen AdB-Fachreferat „Religiös begründeter Extremismus". Hier wurden die Jugendbildungsreferent*innen bei der Konzeptentwicklung zur neuen Lehr- und Lernplattform einbezogen. Viele Jugendbildungsreferent*innen haben an den jeweiligen fachlichen Weiterbildungen von „Empowered by Democracy" und des Fachreferats teilgenommen und haben durch die im Projekt „anders statt artig" entwickelte „Toolbox – Kreative Ideen für interkulturelles Lernen" profitiert. Hier zeigt sich einmal mehr, wie wichtig es ist, sich als AdB in verschiedenen Förderbereichen und Projekten zu engagieren, um so die vorhandene Struktur des Programms politische Jugendbildung zu ergänzen und zu bereichern. ■

Zahlen und Fakten für 2018

2018 ist das zweite Jahr in der aktuellen Programmphase (2017–2022). Alle Beteiligten können auf ein intensives Jahr mit einer Vielzahl von Aktivitäten zurückblicken. Sie können mit der großen Vielfalt der durchgeführten Veranstaltungen zufrieden sein.

Im Vergleich zum ersten Programmjahr haben nun wieder deutlich mehr Maßnahmen (351) stattgefunden. Von diesen wurden 142 zum Teil oder ganz aus Geldern des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) finanziert. Für alle anderen Veranstaltungen wurden weitere Drittmittel (vgl. Abbildung 1) eingeworben. Dies belegt, dass die Förderung durch den KJP nicht nur einen fachlichen, sondern auch einen finanziellen Mehrwert generiert und bei weitem nicht für die große Nachfrage nach Veranstaltung ausreicht.

Ein Großteil der Maßnahmen hat in Kooperation mit anderen Einrichtungen, Initiativen und Organisationen stattgefunden (vgl. Abbildung 2). Hier ist sehr positiv zu bewerten, dass die Vielfalt der Kooperationspartner im Vergleich zum Vorjahr nochmals deutlich angewachsen ist. Es wurden neue Kooperationen u. a mit Jugendverbänden und Migrant*innenselbstorganisationen und Hilfsorganisationen für Geflüchtete vereinbart. Diese Entwicklung ist sehr erfreulich und zeigt die Offenheit der Einrichtungen im Feld und gegenüber angrenzenden Professionen.

Die Anzahl der Teilnehmenden unter 12 Jahren ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu identisch geblieben, da jedoch insgesamt wesentlich mehr Menschen erreicht werden konnten, ist ihr prozentualer Anteil deutlich gefallen. Politische Bildung mit Kindern ist weiterhin eine wichtige Aufgabe für den Verband und das Programm politische Jugendbildung im AdB. „Politische Bildung von Anfang an und für jeden" muss immer Ziel der Arbeit im AdB sein (vgl. Abbildung 3).

Seit Beginn der aktuellen Programmlaufzeit wurden die Angaben des Geschlechts nur noch dahingehend erhoben, wie viele Teilnehmerinnen sich selbst als weiblich in den Teilnehmendenlisten eingetragen haben. Die bereits im vergangenen Jahr entstandene deutliche Differenzierung zu den Vorjahren hat sich weiter bestätigt (51,3 % weiblich; 48,7 % männlich).

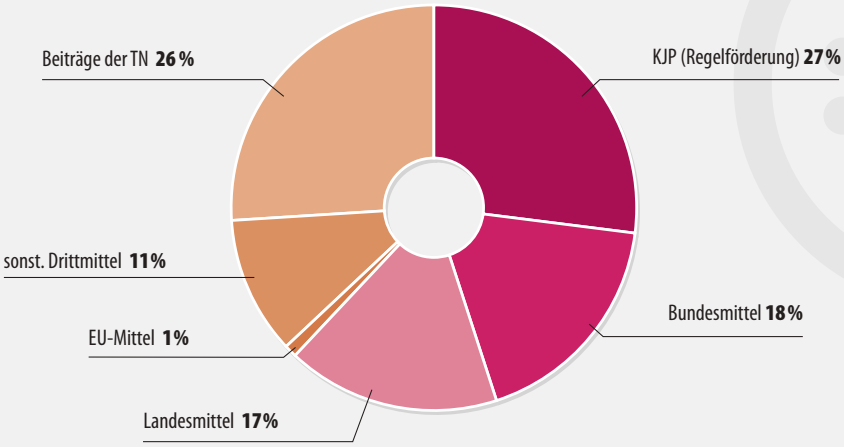
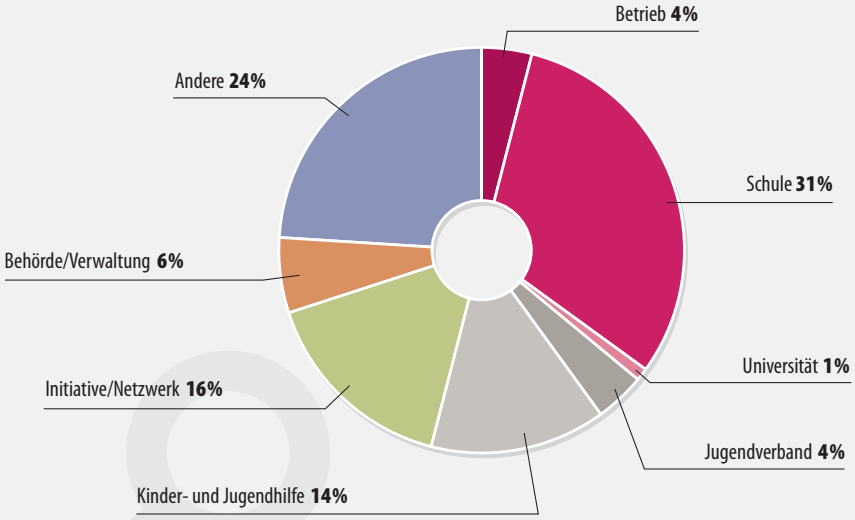


Abbildung 1: Überblick über die Verteilung der Fördermittel im Jahr 2018

Abbildung 2: Die prozentuale Verteilung der verschiedenen Kooperationspartner auf die 395 durchgeführten Veranstaltungen im Jahr 2018



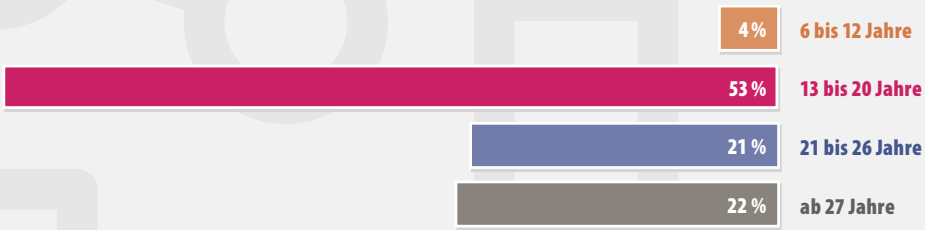


*Abbildung 3: Altersstruktur der Teilnehmer*innen*

Im Folgenden wird nun die Arbeit der vier Fachgruppen im Jahr 2018 vorgestellt. Die Jugendbildungsreferent*innen beschreiben ihre inhaltlichen Schwerpunkte und machen anhand konkreter Praxisbeispiele deutlich, wie politische Bildung zu den aktuellen gesellschaftspolitischen Themen gelingt.

Digitalisierungscarpaccio – Inklusion jenseits von Cyber- und Meatspace

Bericht aus der Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“

Digitalisierung spaltet. Nicht nur der digital Divide zwischen dem globalen Norden und Süden ist seit Jahren evident. Auch innerhalb der Europäischen Union und Deutschlands trennt Digitalisierung diejenigen, die teilnehmen und diejenigen, die keinen Zugang zur digitalen Welt haben.

Deutschland zerteilt wie Rinderhälften? Oder eher: Was hat Carpaccio mit Digitalisierung zu tun?[1]

Jahr für Jahr verspricht die Bundesregierung schnelles Internet für alle. Das Versprechen ist auch richtig, denn in Deutschland gibt es nur schnelles oder (fast) gar kein Internet. Das ist natürlich auch eine Stadt-Land-Frage: Während es in Städten und Ballungsräumen mit der Verfügbarkeit super funktioniert, passiert in vielen Regionen zwischen Kuhstall und Maisacker seit Jahren nichts. Den Vogel bei der Erfüllung des Verfügbarkeitsversprechens schoss aber die Bundesnetzagentur Ende 2018 mit ihrer Funklochmeldeapp ab. Bürger*innen sollen sich eine App auf ihr Smartphone laden und erfassen, wo wie welcher Empfang mit welcher Geschwindigkeit möglich ist. Die Veröffentlichung der App wurde in den Sozialen Medien lautstark und vor allem sarkastisch begleitet. Deutlich wurde, dass der Bundesregierung gar nicht bekannt ist, wie sich die Verfügbarkeit von schnellem und mobilem Internet in Deutschland verteilt, während die Nutzer*innen sehr gut wissen, wann das Telefonat (wir reden hier noch nicht über mobile Daten) abbrechen wird: „Ich biege gleich ab, ich ruf dich zurück, wenn ich wieder Empfang habe.“

Der Gap zwischen Politik und Bevölkerung, zwischen Modernisierungsversprechen und Realität, zwischen den Nutzer*innen und Entscheider*innen in Fragen von Digitalisierung ist kaum besser aufzuzeigen.

Über Geschmack lässt sich (nicht) streiten!? Das mag sicherlich an vielen Stellen zutreffen, übersieht aber einiges, wie etwa die Lektüre des D-21-Digital-Index zeigt. Der Index versucht, den Digitalisierungsgrad der deutschen Gesellschaft zahlenmäßig zu

beschreiben. An der Studie lässt sich einiges aussetzen,[2] aber in diesem Dateneintopf ist doch der eine oder andere Happen zu finden. Sie zeigt, dass Digitalisierung mehr als nur Online versus Offline ist. Vielmehr stellt sie eine Cluster-Analyse an, d. h. sie unterteilt die Bevölkerung in Gruppen, die sich durch ähnliche Zugänge, Kompetenzen, durch ähnliches Nutzungsverhalten und ähnliche Offenheit gegenüber Digitalisierung auszeichnet. Zusammengefasst gibt es drei Gruppen: digitale Vorreiter*innen, digital Mithaltende und digital Abseitsstehende. Die digitalen Vorreiter*innen stehen am Grill der digitalen Welt. Sie verfügen über sicheren und schnellen Zugang zum Netz sowie hohe Kompetenzen im Umgang mit Technologie und bringen eine sehr starke Offenheit gegenüber neuen Entwicklungen mit. Die digital Mithaltenden sind, was das Internet angeht, eher zurückhaltend. Sie warten ab, was an der Datentheke serviert wird und welche Trends sich durchsetzen werden. Sie nutzen hauptsächlich das Smartphone für ihre Kommunikation. Bei der Nutzung sehen sie vor allem Risiken. Sie verfügen zwar über gute Zugangsmöglichkeiten, sind in ihrer Nutzung aber wesentlich zurückhaltender, auch weil sie dafür über weniger Kompetenzen verfügen.

Die dritte Gruppe sind die digital Abseitsstehenden. Einige besitzen zwar ein Smartphone, aber jenseits von WhatsApp, mal nach einem Rezept für ein Gulasch googeln oder bestenfalls eine E-Mail versenden, spielt das Internet eine nachgeordnete Rolle. Viele von ihnen leben auch komplett ohne Internet. Sie sagen von sich selbst, dass sie bei der Nutzung häufig an ihre Grenzen stoßen und stehen technischen Neuerung nicht offen gegenüber.

Die grobe Einteilung in die drei Gruppen ist natürlich eher behelfsmäßiger Natur. Vielleicht hätte auch der geneigte Menschenverstand ohne aufwändige Studie die gegenwärtigen Verhältnisse gleichermaßen beschreiben können. Wichtig für uns ist aber folgende Erkenntnis, die in der Studie mit empirischen Zahlen belegt wird: Was man von Digitalisierung hält und inwiefern man von ihr profitiert, ist keine Frage des „persönlichen", sondern des „Klassengeschmacks". Dieser hängt maßgeblich von sozioökonomischen Faktoren ab: Bildung, Einkommen, Geschlecht und Wohnort bestimmen nicht nur, ob Menschen (etwa im Sinne Bourdieus) über einen „Luxusgeschmack" oder „Notwendigkeitsgeschmack" verfügen können, sondern auch, welcher der drei Gruppen – Vorreiter*innen, Mithaltende oder Abseitsstehende – sie sich zuordnen lassen. Die digitalen Vorreiter*innen haben meistens Abitur, ein durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen jenseits der 3.500 €, sind häufig männlich und wohnen häufiger in der Stadt als im ländlichen Raum. Bei den digital Abseitsstehenden verhält es sich genau umgekehrt: niedriger Schulabschluss, geringes Einkommen, häufiger Frauen aus dem ländlichen Raum. Das Internet und damit in Verbindung stehende Technologien haben emanzipatorisches Potenzial, schaffen aber per se keinen egalitären oder egalisierenden Raum. Seit den 1980er Jahren haben sich Reste großer Utopien gehalten, wie das Internet zu einer explosionsartigen Veränderung von Identitäten führt und dabei helfen kann, egalisierend zu wirken und Wissensungleichheiten zu beseitigen. Doch alles, was mit Technik zu tun hat, findet nicht außerhalb von ungleichen und ungerechten gesellschaftlichen Verhältnissen statt. Das alte Narrativ, das Internet als einen „anderen" Raum zu beschreiben, ist längst hinfällig geworden. Eine Unterscheidung in On- versus Offline, Cyberspace versus Meatspace oder gar „realer" Welt versus „virtueller" Welt, ebenso die Rede von ihrer „Durchdringung" ist obsolet, „dass selbst schon der Verweis auf diese einen historischen Charakter hat" (Jörissen 2017, para 1). Durch Eingebunden-Sein und defacto Erfasst-Sein in soziale Beziehungen wie etwa in sozialen Netzwerken konstituiert sich das Individuum (auch) online als „soziale Koordinate im digitalen Zeitalter" (Kergel 2018, S. 147). Das heißt nichts anderes, als dass sich die vielfältigen Formen von Ausschluss, Diskriminierung, Hürden, Privilegien, Ungleichheiten etc. in allem, was mit Digitalisierung zu tun hat, schlicht fortsetzen. So wie Gesamtgesellschaft grundsätzlich nur unzureichend in einer dualistischen Gegenüberstellung erfasst werden kann, kann auch die sich digitalisierende Gesellschaft kaum mit einfachen Kategorien erfasst werden. Vielmehr überschneiden sich auch in Hinblick auf die Nutzung von und den Zugang zu Technik, Internet usw. die verschiedenen Ausschließungsformen. „Rinderhälften" ist daher auf keinen Fall die passende Metapher. Die „feinen Unterschiede" in Gesellschaft zwischen den sozialen Klassen, Milieus, Schichten und Gruppen sind eher wie feine Scheiben eines Digitalisierungscarpaccios.

Heute auf der Karte: Schichtsalat

Die feministische Wissenschaftlerin und Filmemacherin Trinh T. Minh-ha entwickelte schon in den 1980er Jahren ein Konzept, das alternative Definitionen von „Identität(en)" als vielfache, unendliche Schichten beschrieb und den Impuls gab, sich von starren Identitäts- und Gesellschaftsbildern zu trennen. „‚Ich' ist (…) nicht (…) eine starre Identität, oder eine solide Masse, die mit Schichten von Oberflächlichkeiten bedeckt ist, die man schrittweise abschälen muss, bevor man ihr wahres Gesicht sehen kann. ‚Ich' ist selbst unendliche Schichten." (Minh-ha 1989) Wenn sich bereits Identitäten einzelner Menschen aus unendlichen Schichten zusammensetzen, nimmt die Komplexität auf der gesellschaftlichen Ebene noch zu. Das was Minh-ha vorschlägt, ist eine sogenannte intersektionale Perspektive. Der Ansatz der Intersektionalität geht davon aus, dass mehrere sich kreuzende – und nicht bloß „additive" – soziale Differenzkategorien gesellschaftliche Verhältnisse wie auch individuell konstituierte Identitäten beeinflussen. Verschiedenen sozialen Kategorien (Herrschaftsachsen), wie etwa Geschlecht, Ethnizität, Alter, Klasse, Attraktivität, Religion, Körper, sexuelle Orientierung oder Techniksozialisation sind dabei verschränkt. Digitalität, also der Zugang zu und die Kompetenz im Umgang mit Technik etwa

gehört dazu – und ist das, was wir mit Digitalisierungscarpaccio zu umschreiben versuchen. Diese gemachten Differenzlinien und ihre Überschneidungen müssen im Blick behalten werden, wenn es darum gehen soll, zeitgemäße Formate zu entwickeln und Barrieren in der eigenen Bildungsarbeit abzubauen. So wie ein Löffel nicht das richtige Werkzeug für ein Carpaccio ist, kommt politische Bildung mit einem „so wie immer" nicht weiter, wenn sie sich inklusiv und transkulturell öffnen will.

Webinare sind Käse?

Welche Anforderungen an Rezepte ergeben sich daraus nun für die politische Jugendbildung? Ein Bewusstsein über dieses Digitalisierungscarpaccio ist unbedingt notwendig: von der Zutatenliste (Teilnehmendenakquise, Konzeption …) über die Zubereitung (Teamzusammenstellung, Methodenauswahl …) bis hin zum Servieren (Umsetzung, Ansprache, Auswahl von Medientechnik …) und dem dazugehörigen Foodporn-Foto (Präsentation von Seminarprodukten, Öffentlichkeitsarbeit …).

Durch die Segregation im Bildungssystem aller Bundesländer schließt schon die Auswahl einer Schulklasse aus, eine diverse Teilnehmendengruppe zu finden. An Gymnasien, Real- und Hauptschulen usw. reproduziert sich soziale Ungleichheit durch Selektion ab dem Verlassen der Grundschule. Selbst wenn es sich hier um die Klasse einer Integrativen Gesamtschule mit inklusiven Ansatz handeln würde, hätten wir hier noch immer zumindest eine homogene Altersstruktur und würden nicht die Schüler*innen erreichen, die sich gegen diese Schulform entschieden haben (bzw. für die dies so entschieden wurde). Das spricht sehr dafür zu versuchen, Schüler*innen verschiedener Schul(typ)en mit einem Projekt zu erreichen. Die direkte Ansprache (Flyer vor Schulen; Kommunikation über Lehrer*innen und anderen Multiplikator*innen im Sinne einer aufsuchenden Teilnehmendenakquise) hat sich in unseren Erfahrungen dabei oft erfolgreicher gezeigt als Werbe-Targeting über soziale Netzwerke.

In Sachen Reichweite hat das Netz seine eigenen Gesetze. Und während appetitlich servierte Seminarprodukte aus der politischen Bildung oft nur wenige hunderte Menschen erreichen, gehen scheinbar halbrohe Filmschnipsel steil und erreichen fünf- bis achtstellige Klickzahlen. Viral breiten sich meist Inhalte aus, die leicht und schnell konsumierbar sind, vor allem aber meist viel näher an den Lebenswelten der Zielgruppe sind, als Medienprodukte aus dem Mikrokosmos Bildung oder Politik. Einen Kochkurs für eine Übertragbarkeit von Viralität und Reichweite auf die Seminarprodukterstellung können wir leider noch nicht bieten. Zutaten dafür aber können z. B. die Mitarbeit in Netzwerken wie bewegtbildung.net[3] sein oder die Verbreitung von medialen Seminarergebnissen über Wettbewerbe oder bundesweite Projekt-Plattformen wie eye-land.org.[4]

Und wir suchen weiter nach dem richtigen „YouTube-Tutorial". Die Zielrichtung – lebensnah und unterhaltsam – steht aber fest.

Digital ist besser, aber macht nicht alles gut. Über die Türöffner- und Icebreaker-Funktionen digitaler Technik und Tools ist viel gesagt worden. Wir möchten diese Euphorie nur ungern brechen, aber einige Erfahrungen teilen, die helfen können, digitale Medien auch inklusiv einzusetzen. Mit einem Fleischhammer als einzigem Werkzeug sieht jedes Problem aus wie ein Steak. Mit den digitalen Werkzeugen wird im Bildungskontext oft ähnlich umgegangen. Aber ein Etherpad ersetzt keine Diskussion, ein Umfrage-Tool keine Seminar-Evaluation, ein Twitter-Backchannel keine Feedbackkultur. Mitunter kann digitale Technik die inklusive Bildungsarbeit mit heterogenen Gruppen erleichtern (Übersetzungsapps auf dem Smartphone, haptisch einfach bedienbare Interfaces auf Tablets …), z. T. aber auch bremsen (Apps installieren, Logins erstellen statt schnell auf Totholzmedien und Stift zurückzugreifen …) oder Ungleichheiten zementieren, wie etwa bei Bring-Your-Own-Device (BYOD)-Ansätzen. BYOD birgt insbesondere bei produktorientierten Medienprojekten die Gefahr, dass etwa die ästhetischen Ergebnisse qualitativ stark abhängig davon sind, wie viel Geld ein*e Teilnehmer*in in ihr Smartphone stecken konnte (verfügbarer Speicherplatz oder Datenvolumen sind hier weitere sichtbare Variablen). Eine gute Ausstattung der „Medienküchen" von Bildungseinrichtungen ist daher der notwendige Anfang.

Im potenziellen Umkehrschluss wäre ein Verbot der Nutzung eigener Geräte im Seminar ein fataler Schuss in den Ofen. Eine, wenn nicht sogar die Stärke digitaler Medien ist zeit- und standortunabhängige Kommunikation und Kollaboration. Digitalen Medien im Präsenzseminar können erfahrungsgemäß zur selbstorganisierten und selbstbestimmten Kommunikation beitragen. Messenger-Gruppen, in denen Teilnehmende sich während der Seminarzeit hinzufügen, werden oftmals auch noch Monate nach Projektende weitergeführt. Die Kontakte überdauern das Vis-à-vis. Gerade nach transkulturellen und inklusiven Seminaren bekommen wir von ehemaligen Teilnehmenden oft die Rückmeldung, dass daraus langfristige Kontakte, Freundschaften, Beziehungen, Bands oder Projekte entstehen. Dabei sind die Vis-à-vis-Begegnungen in Präsenzseminaren mit heterogenen Gruppen der Schlüssel, um aus auch im Netz bestehenden Filterblasen herauszukommen und gegenseitige Bedarfe wahrzunehmen und bestehende Unterschiede zu akzeptieren. Ein Webinar oder andere rein digitale Lernformen haben in der außerschulischen Jugendbildung kein vergleichbares Potenzial.

Bei der Wahl des digitalen Bestecks kommt es immer auch auf die Dreifaltigkeit der verfügbaren Ressourcen, des Knowhows und der Zeit an. Im Idealfall gibt es immer alles in Hülle und Fülle. Die Realität ist aber oft eine hinterlistige Gesellin. Und während sich mit einem Haufen Geld auch Zeit oder externes Wissen kaufen lässt, braucht es doch ein Mindestmaß an pädagogisch-technischem Geschick und entsprechender Ausstattung. Die Arbeit mit einfach handhabbaren iPads oder Handys mit simplen Apps wie iMovie ermöglicht in inklusiven Seminaren mit größeren Gruppen einen niedrigschwelligen Zugang zur Medienproduktion. Seminarprojekte mit höherwertiger Technik von Spiegelreflex- bis Kinokameras können Jugendlichen dagegen auch neue Horizonte öffnen. Unabhängig von der Skala der technischen Ausstattung des gewählten und möglichen Lernsettings jedoch ist es von unschätzbarem Wert, wenn Jugendliche selbst alle Schritte einer Produktion in die Hand nehmen, damit die Prozesse des Produzierens verstehen und steuern können sowie neue Möglichkeiten kennenlernen und erproben, Medien für die Vermittlung ihrer Interessen, Sichtweisen und Meinungen zu nutzen.

Auch bei digital gestützten Seminaren muss der Lebensweltbezug im Mittelpunkt stehen. Netz-, Remix- und Medienkultur mit Memes, Katzen-, Ziegen- und LetsPlay-Videos, die urheberrechtlich geschützte Inhalte nehmen und verändern, gehören für Jugendliche zu ihrem Alltag. Das Urheberrecht und seine aktuellen Entwicklung z. B. hin zu Uploadfiltern oder einem EU-Leistungsschutzrecht, stehen dem entgegen. Die dahinter liegende politische Diskussion zu Eigentum, Verwertung und Innovation von digitalem Content ist damit unmittelbar auch mit dem bildungspraktischen Alltag verbunden und wird in diesem zu einer Gratwanderung. Auch wenn Open Educational Ressources (OER), CC-Lizenzen und Open Source wichtige Prinzipien z. B. für die Verbreitung unserer eigenen Inhalte bleiben, erfordert die Auseinandersetzung mit digitalen Inhalten und Themen der Netzkultur im Seminar eine kritische Reflexion des ©.

„Wenn sie einen Scheißprozess haben und den digitalisieren, dann haben sie einen digitalen Scheißprozess."

Politische Bildung, die sich mit Digitalisierung beschäftigt, Technik nutzt oder auch nur Soziale Netzwerke bespielt, muss darüber nachdenken, was sie eigentlich will und warum sie Technik überhaupt einsetzt. Der CEO von Eurowings ist sicher eine fragwürdige Referenz, aber er hat vollkommen Recht, wenn er sagt „Wenn sie einen Scheißprozess haben und den digitalisieren, dann haben sie einen digitalen Scheißprozess." (Dirks 2016) Seminare werden nicht attraktiver, weil ihr Titel in Form eines Hashtags daherkommt. Formate werden nicht dadurch partizipativer, weil eine Twitterwall installiert wurde. Ganz im Gegenteil: Der Versuch, Dinge besser zu machen, indem man sie durch den „Digitalisierer" schickt, ist wie einen Deckel für den Wok zu suchen, der keinen will und braucht. Der oft bemühte „Digitalisierer" ist vollkommen unnütz, wenn er zum Selbstzweck wird. Was es braucht, ist eine inklusive, intersektionale, diskriminierungskritische Perspektive, die sich Technik und

Barcamp politische Bildung zu „Inklusion in der digitalen Gesellschaft"; Stiftung wannseeFORUM

Digitalisierung in ihren emanzipatorischen Potenzialen zunutze macht. Technik- und Medieneinsatz soll Partizipation begünstigen, Selbstbestimmung ermöglichen und freiheitliche Räume eröffnen – und nicht genau das Gegenteil. Nur wenn es für die Nutzenden, in unserem Fall also die Teilnehmenden, einen Nutzen gibt (Nützlichkeit), wenn es benutzbar ist (Nutzbarkeit), es einen positiven Eindruck hinterlässt (Nutzungserfahrung) und die Adressat*innen es auch nutzen (Nutzung), machen Medien und Technik Sinn (vgl. Kirschner 2018) und können inkludieren statt auszuschließen. Politische Bildung muss einen „Gebrauchswert" haben. Der kommt jedoch nicht durch das beliebige Hinzufügen von Digitalem zustande. Angebote der politischen Bildung müssen Spaß machen und alle mitnehmen, von Anfang an und die ganze Zeit. Das geht aber nur, wenn Anbietende das allgemeine (d. h. jenseits des einzelnen Bildungsangebots) und spezifische (d. h. konkret in der Veranstaltung) Digitalisierungscarpaccio reflektieren. Um in der Metapher zu bleiben: Bildung muss sich anfühlen wie eine wilde Party mit dickem Buffet, bei der es etwas Leckeres für alle gibt, sich die Konsequenzen von Fleischkonsum in der kritischen Auswahl der angebotenen Speisen niederschlägt und auch die Soja- und Weizenallergie bedacht ist. Was heißt das jetzt? In jedem Fall: Digitalisierungscarpaccio zum Wörterbuch hinzufügen! ■

[1] Die Autor*innen kommen überein, dass Fleischmetaphern unangemessen sind. „Carpaccio" umschreibt aber das verhandelte Problem so gut, dass trotz Neigungen zum fröhlichen Kampfveganismus zunächst nicht Soja-Haché im begrifflichen Fokus steht. Der Begriff „Meatspace" beschreibt im Netzjargon physische Treffen zwischen User*innen.

[2] Auf jeden Fall macht es stutzig, dass es „Premiumpartner" wie Allianz, Barmer und Fujitsu gibt und Microsoft sowie die Bertelsmann-Stiftung mit beteiligt sind. An sich ist es kein Problem, wenn Unternehmen Studien veröffentlichen, es wird jedoch kritisch, wenn das Wirtschaftsministerium auf Grundlage eines Beschlusses des Bundestages das Unterfangen fördert, anstatt eigene, unabhängige, wissenschaftliche Studien in Auftrag zu geben. So erklärt sich auch der Fokus auf E-Health-Anwendungen und die Forderung, diese zu fördern.

[3] Interdisziplinäres Netzwerk der politischen Bildung von Akteur*innen aus den Bereichen Wissenschaft, Bildung und politische Bildung, Medienpädagogik, Social Web und Webvideo; https://bewegtbildung.net

[4] Bundesweites Projekt für Austausch zu und Veröffentlichung von fotografischen Arbeiten von Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrung zum Thema „heimat, flucht, fotografie"; www.eye-land.org

Bericht aus der Praxis
Seminar „Bilder im Kopf 2.0“ – Interaktiv gegen Stereotype

Das Seminar „Bilder im Kopf 2.0 – Interaktiv gegen Stereotype“ richtete sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 27 Jahren. Es handelte sich um eine Gruppe, die eine Ausbildung zum/zur Sozialassistent*in macht. Anhand der Bearbeitung des Themenkomplexes sollte die Medienkompetenz der Zielgruppe erweitert werden: von Konsument*innen zu kritischen Nutzer*innen hin zu aktiven Gestalter*innen digitaler Beiträge.

Junge Menschen sind mittlerweile nicht mehr nur mit gesellschaftlichen Rollenvorstellungen in den klassischen Medien wie Fernsehen und Zeitungen konfrontiert, sondern sind vor allem in den sozialen Medien im Netz aktiv. Dies hat starke Auswirkungen auf ihr Identitätsverständnis. Dadurch wird auch die Bandbreite von Vorstellungen zu Männlichkeit, Weiblichkeit und geschlechtlicher Vielfalt erweitert. Das Seminar verfolgte die Annahme, dass im Netz Geschlechterrollen schnell konstruiert, zugeschrieben und kommentiert und dadurch Stereotypisierungen verstärkt werden. Hier setzte das Projekt „Bilder im Kopf 2.0“ an. Mit jungen Erwachsenen sollten die eigenen (digitalen) Vorbilder analysiert werden und sie sollten zu einem bewussteren Umgang mit Medien angeregt werden. Sie sollten unterstützt werden, vermittelte Rollenbilder zu erkennen und diese kritisch zu diskutieren.

Darüber hinaus wird im Medienbereich immer noch nichts emotionaler diskutiert als das Thema Fake News. Das Seminar sollte im zweiten Schritt das Thema Stereotype mit dem Thema Fake News verbinden. In Fake News werden gerne Stereotype genutzt, da diese leichter die Aufmerksamkeit bekommen als diversitätsbewusste Nachrichten. Um sich dem Thema Stereotypen in den Medien zu nähern, wurde zu den Themen „Influencer*in“ und „Fake News“ in den sozialen Medien gearbeitet. Ausgangspunkt des Seminars war die Auseinandersetzung der Teilnehmenden mit ihrem eigenen Medienverhalten. Dazu diskutierten sie die in den Medien verbreiteten Geschlechterrollen, um diese auf das eigene Handeln zu beziehen, mit dem Ziel der Reflexion eigener medialer Vorbilder. Es wurde mit Geschlechterbildern, die durch soziale Netzwerke vermittelt werden, begonnen. Schnell wurde über die digitale Reichweite von Mainstream-Meinungen und damit von stereotypen Darstellungen gesprochen, aber auch darüber, dass YouTube auch die Möglichkeit für subkulturelle Inhalte bietet und dadurch Stereotype brechen kann.

Mit Stereotypen in Medien beschäftigten sich die Teilnehmenden im weiteren Verlauf anhand mehrerer Übungen, in denen sie Kurzfilme erstellten und dabei filmische Mittel wie Perspektiven

und Einstellungen kennenlernten, die für die Manipulation von Bildern eingesetzt werden können.

Durch Filmanalysen weiterer Beispiele wurde die Wirkung eingehender besprochen. Gleichzeitig wurde das Thema „Wahrheit" anhand des Schlagworts „Fake News" diskutiert und der eigene Medien- und Nachrichtenkonsum reflektiert. Circa die Hälfte der Teilnehmenden hatte viel Wissen zu Influencer*innen und versteckten Marktmechanismen in sozialen Netzwerken. Sie kannten das Konzept von Fake News und waren sich der Gefahren bewusst. Für andere spielten Soziale Netzwerke eine weniger zentrale Rolle im Leben. Alle waren aber zumindest daran interessiert.

Mit „Fake it Again" wurde dann eine Methode durchgespielt, in der deutlich wurde, wie einfach Fake News gemacht und verbreitet werden können. Dabei gründeten die Teilnehmenden fiktive Medienagenturen, die versuchten, Fake News zu produzieren. Hier wurde beispielsweise über einen Autounfall von Justin Timberlake berichtet. Mit dieser und anderen Nachrichten sollten sie die anderen Teilnehmenden davon überzeugen, dass ihre Nachrichten wahr sind. Am Ende wurde darauf eingegangen, wie Fake News erkannt und entlarvt werden können.

Bei der Umsetzung eigener Filme beachteten die Teilnehmer*innen das Gelernte in der filmisch kritischen Inszenierung von Stereotypen. Dabei setzten sie auch unterschiedliche Interviewformen zur Rolle von „Fake News" in den Medien ein und nutzten diese in redaktionellen Berichten. Der im Haus vorhandene Greenscreen kam hierbei produktiv zum Einsatz.

Auch die Frage von Urheberrechten bei der Erstellung und Veröffentlichung von Filmen spielte eine Rolle. Für den technischen Bereich waren die Voraussetzungen sehr unterschiedlich. Die Vorkenntnisse bzgl. Medienproduktion stellten sich als sehr unterschiedlich heraus. Einige hatten schon in der Schule Videos produziert und dadurch konnten sie mit der Medientechnik recht vertraut umgeht. Allen wurde aber der Aufwand von Medienproduktionen bewusst und die Schwierigkeiten, die durch äußere Umstände und technische Probleme auftreten können.

Zentrale Erkenntnis des Seminars war, dass Stereotype leicht bedient werden können. Diversität ist in der medialen Darstellung komplex und in der Wahrnehmung der Medienkonsument*innen oft langweilig. Vergleichbar ist das wohl mit einem Krimi im Fernsehen mit viel Aktion und der tatsächlichen Polizeiarbeit, die von viel Bürokratie geprägt ist. Der Ansatz der politischen Bildung in diesem Seminar war es, die Komplexität von Gesellschaft deutlich zu machen und zu zeigen, dass nur dann ein inklusives Miteinander entstehen kann, wenn man sich dessen auch bei der Mediennutzung bewusst ist. ■

Frank Feuerschütz,
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.

Bericht aus der Praxis
Off- und Onlinelernen im Projekt „Dein Fotofilm zum Thema Heimaten“

Still aus dem Fotofilm „Mein Körper ist hier, meine Seele ist dort“

> „Man kann einen Menschen aus seinem Heimatland vertreiben, aber keine Heimat aus einem Menschen“

Hala Attalah, Eingangszitat ihres Fotofilms „Das Leben ist eine Geschichte“

Circa 30 % der Asylanträge in Deutschland werden von Frauen gestellt (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2018), die meisten in der Altersgruppe von 16 bis 29 Jahren. Um ihnen Zugänge zu Ausbildung, Arbeit und Gesellschaft zu öffnen, ist die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und Teilhabe grundlegend. Das Internet bietet Möglichkeiten für die Partizipation aller Menschen, egal welchen Geschlechts, Hautfarbe oder Herkunft. Welche Stimme aber haben Mädchen und Frauen mit Fluchterfahrung dort? Wo werden ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Interessen abgebildet?

Aus dieser Überlegung und aus der Erfahrung im wannseeFORUM, dass Bildungsangebote für Jugendliche mit Fluchterfahrung überwiegend von männlichen Teilnehmenden wahrgenommen werden, entstand die Idee, ein Angebot speziell für geflüchtete Mädchen und junge Frauen zu entwickeln. Ihnen sollte ein in einem nur für weibliche Seminarbeteiligte reservierten Gebäude ein geschützter Raum und damit niedrige Zugangsschwellen geboten werden, um eigene Bilder entwickeln, produzieren und veröffentlichen zu können. Ein zentraler Ansatzpunkt lag dabei im bildbasierten Medium Fotofilm, um über Sprache hinaus Ausdrucksformen für eigene Narrative und Abbildung von Sichtweisen zu erproben und mit der Veröffentlichung der Fotofilme den digitalen Raum mitzugestalten. Eine aktuelle Möglichkeit für eine größere Öffentlichkeit bot die Teilnahme an „eye_land: heimat, flucht, fotografie“/eye-land.org. In dem bundesweiten Fotoprojekt

lud das Deutsche Kinder- und Jugendfilmzentrum (KJF) mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb Kinder und Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrungen ein, ihre Bilder in einer gemeinsamen Fotografie-Plattform zu teilen.

Vor diesem Hintergrund entwickelte das wannseeFORUM zusammen mit dem Verein Concrete Narrative Society e. V. das Projekt „Heimaten", an dem zwischen dem 1. Oktober und 2. November 2018 fünfzehn Mädchen und junge Frauen teilnahmen. Sie teilten die Erfahrung, den Ort ihrer Kindheit und ihres Aufwachsens verlassen zu haben. Um über individuelle, emotionale Bezüge über ihre Erfahrungen reflektieren und Bedingungen und Wünsche für ein neues Zu-Hause-Sein ausloten zu können, wurde als inhaltlicher Ausgangspunkt der Begriff „Heimaten" gewählt – verbunden mit der Auseinandersetzung mit tradierten Rollenbildern und -zuschreibungen und dem Aufbrechen von Stereotypen. Geschaffen werden sollten so Erfahrungsräume für Selbstbestimmung, Demokratielernen und Zusammenleben: offline in zwei Seminaren sowie online in einer dazwischen liegenden Selbstlernphase mit webbasiertem Austausch und Beratung. Für viele Teilnehmerinnen war es die erste Lernerfahrung in der außerschulischen Bildung, für die Mehrzahl der Teilnehmerinnen auch die erste Möglichkeit, einen Raum außerhalb von Schule und Unterkunft für Geflüchtete für sich und intensive Lernprozesse zu entdecken.

Heimaten erzählen? Das Start-Seminar

Wo fühlst du dich zu Hause? Was bedeutet für dich Heimat? Wie erzählt man von verlassenen, gegenwärtigen und kommenden Heimaten? Zeichnend näherten sich die Teilnehmerinnen „Bildern von Zuhause". Aus Einzelbildern im Fotoformat entstand ein gemeinsames Bild aus Familie, Freunden, Orten, Essen, Traditionen, Zeit und Raum für sich selbst und eigene Rückzugsmöglichkeiten. Die folgende Einführung in die Arbeit mit der Spiegelreflexkamera beleuchtete erste Möglichkeiten, durch Licht- und Schärfeneinstellung gestalten und Aussagen treffen zu können. So näherten sich die Teilnehmerinnen dem Erzählen mit fotografischen Mitteln und den Möglichkeiten eines Fotofilms an.

Inhaltliche und medien-künstlerische Impulse bot im dreitägigen Startseminar ein spannender Vortrag mit anschließendem Gespräch mit Lela Ahmadzai, Multimedia-Journalistin und Fotografin, aktiv u. a für die Neuen Deutschen Medienmacher. Sie erzählte von ihrer Flucht aus Afghanistan, ihrem Werdegang als Journalistin und über journalistische Herangehensweisen, um Menschen dazu zu bewegen, über Ängste, Wünsche und ihre Vorstellung von Heimaten zu sprechen sowie Bilder dafür zu finden. Im Zusammenhang mit ihrer Arbeit und mit Projekten wie „Die Unbeugsamen" (Porträts von Frauen in Kabul) oder der Plattform handbookgermany.de ging es dabei auch ganz praktisch um Interviewtechniken und Methoden, wie man mit Fotografie erzählen und beim Storytelling Spannung erzeugen kann. Welche Rolle spielt die Kamera vom Bildausschnitt bis zum Ton? Wie entwickelt man ein eigenes Konzept für einen Fotofilm? Übungen mit der Kamera, mit Audioaufnahmen beim gegenseitigen Interviewen und zur Storyboard-Entwicklung boten einen Einstieg zu diesen Fragen. In Kleingruppen entstanden erste Ideen.

Wichtiger Part des ersten Seminars war die Vorbereitung der anschließenden Selbstlernphase, in der die Teilnehmerinnen allein und in Kleingruppen Fotofilmprojekt-Ideen weiterentwickeln

und Bild- und Tonmaterial für das Produktionsseminar sammeln sollten – an von ihnen selbst gewählten Orten, unterstützt durch webbasierten Austausch und Beratung. U. a wurde dafür im Sinne praktischen Handwerkszeugs über ein digitales Kahoot-Gruppen-Quiz spielerisch und praxisbezogen Grundwissen zum Recht am eigenen Bild vermittelt. Hier gab es keine oder kaum Vorkenntnisse bzw. falsche Annahmen. Wichtig war die Besprechung des Themas für das eventuell schon notwendige Einholen von Einverständniserklärungen von Aufnahmen von Orten und Menschen in der Selbstlernphase.

Zwischen Screen & Flipchart. Online gestützte Selbstlernphase und Medienproduktion vor Ort

Zur Vorbereitung des Online-Arbeitens tauschten sich Team und Teilnehmerinnen über die Nutzung ihrer Social-Media-Kanäle aus. Eingeführt wurde für Video-Treffen das Tool jitsi.org sowie das digitale Pinnwand-Tool padlet.com mit einem geschützten Bereich – beides aufgrund intuitiver Handhabung und Nutzbarkeit ohne Account-Einrichtung als niedrigschwellig und für inklusives Arbeiten in der Konzeption als sehr geeignet eingeschätzte Anwendungen.

Beim gemeinsamen Erproben aber zeichneten sich bereits die ersten Barrieren ab: Nicht jede der Teilnehmerinnen verfügte über ein eigenes Handy, nur zwei über einen einfachen Zugang zu einem Rechner im familiären Kontext, d. h. Teilnehmerinnen verabredeten sich zu den geplanten Onlineterminen zu einem physischen Treffen.

Die konzeptionierte Umsetzung der Onlinetreffen stellte sich als große Herausforderung und als Lernprozess für alle Beteiligten dar. Trotz Erinnerungsmails meldete sich nur eine Gruppe regelmäßig zu vereinbarten Terminen. Die eingeführten Online-Tools wurden kaum genutzt. Die Kommunikation zu Ideenentwicklung und Materialproduktion fand zum größten Teil über Social-Media-Kanäle sowie telefonisch und in einem Fall per Treffen für eine Fotoaktion statt. Auf Mails mit Infos oder Unterstützungsanfragen antworteten die Teilnehmerinnen nur selten.

Materialsammlung und Ideenweiterentwicklung für die Fotofilmprojekte sowie Austausch und Input dazu fanden während der Selbstlernphase über bereits bekannte Wege wie Instagram, Facebook und Telefon/Skype nach jeweils kurzfristigen Verabredungen sowie Social Media zeitversetzt statt.

Das anschließende fünftägige Seminar konnte wie geplant mit den in der Selbstlernphase produzierten Fotografien und Audioaufnahmen, eigenen Texten und weiterentwickelten Ideen und mit Fototerminen starten. Zu den mitgebrachten Fotos gehörten auch Bilder aus der Kindheit/Jugend und Fotografien, die Teilnehmerinnen bei noch in ihren Herkunftsorten lebenden Freund*innen und Verwandten als aktuelles Bildmaterial angefragt hatten.

Sehen und gesehen werden – Projektergebnisse

Entstanden sind sechs Fotofilme, die eine sehr intensive und persönliche Auseinandersetzung mit individueller Herkunft, Vorstellungen vom Zuhause-Sein und vom Begriff Heimat widerspiegeln und mit vielfältigen Mitteln über Erinnerungen und Gegenwart der jungen Medienmacherinnen erzählen: „Arabisches Essen“, „unterwegs“, „Das Leben ist eine Geschichte“, „Mein Körper ist hier, meine Seele ist dort“, „Meine Geschichte“ und „Nuna“.

Das Ringen um die bewusste Entscheidung, durch Veröffentlichung Gesicht/er zu zeigen, intime Einblicke zu geben und auch die Mühen der Einholung von Bildrechten auf sich zu nehmen, war dabei ein bewusster Abwägungsprozess. Vier der Filme wurden veröffentlicht und sind nun unter http://wannseeforum.de/de/5-x-heimaten zu sehen. Sie wurden auch bei eye-land.org und bei Filmwettbewerben wie dem Deutschen Jugendfilmpreis eingereicht. Veröffentlicht wurden zudem auch Informationsblätter, die die Inhalte der Filme auf Deutsch, Farsi und auf Arabisch erzählte. So sollen sprachliche Barrieren überwunden und die Ergebnisse für eine vielfältige Öffentlichkeit rezipierbar werden (Alle Projekt- und Fotofilm-Info-Texte unter https://wannseeforum.de/wp-content/uploads/2019/01/Gesamttexte_heimaten_projekt-1.pdf).

Wichtige Lernerfahrung aller Beteiligten war es, dass dreistündige, fest verabredete Online-Lerneinheiten, wie von einem der Fördergeldgeber gefordert, mit Jugendlichen in der außerschulischen Bildung nicht umsetzbar sind. Sie entsprechen nicht ihren Lebenswirklichkeiten. Die Onlineunterstützung war trotzdem wichtig – so das Feedback der Teilnehmerinnen. Die zeitversetzte Kommunikation über Social Media und Telefon sowie ein Treffen als Unterstützung von Fotoaufnahmen durch Techniksupport/-verleih und die Möglichkeit für Rückfragen und Austausch zwischen den beiden Seminaren bewerteten alle Teilnehmerinnen als sehr positiv.

Die Erfahrungen aus dem Gesamtprojekt zu inklusivem Lernen fließen nun in die Weiterentwicklung eigener Konzepte und in den Fachdiskurs ein. Offen bleibt die Frage nach Finanzierung von Ressourcen für webgestütztes Lernen, das nicht den Schemata der Erwachsenenbildung folgt sondern Logiken, Bedarfen und Möglichkeiten digitaler Kommunikation und jugendlicher Lebenswelten. ■

Annette Ullrich,
Stiftung wannseeFORUM

Die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie“

Juliana Barg
Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz
www.stiftunggollwitz.de
barg@stiftunggollwitz.de

Frank Feuerschütz
Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V.
www.kurt-loewenstein.de
f.feuerschuetz@kurt-loewenstein.de

Christian Kirschner
basa e. V. – Bildungsstätte Alte Schule Anspach
www.basa.de
christian.kirschner@basa.de

Annette Ullrich
(Fachgruppenkoordinatorin)
Stiftung wannseeFORUM
www.wannseeforum.de
ullrich@wannseeforum.de

Henning Wötzel-Herber
ABC Bildungs- und Tagungszentrum e. V.
www.abc-huell.de
hwh@abc-huell.de

Partei ergreifen und den Finger in die Wunde legen! – Antimuslimischer Rassismus hat mit Religionskritik nichts zu tun

Bericht aus der Fachgruppe „Flucht und Migration“

Die deutsche Gesellschaft ist ein vielfältiges und von asymmetrischen Achsen durchzogenes demokratisches Konstrukt, in dem unterschiedliche Gruppierungen um Anerkennung, Chancengleichheit und strukturelle Gleichberechtigung streiten. Die Fachgruppe „Flucht und Migration“ wendete sich im Berichtsjahr besonders den Muslim*innen oder als solche gelesenen bzw. markierten Menschen zu.

Damit soll ein Beitrag geliefert werden, um „der Weiterentwicklung problemorientierter Forschungs-, Handlungs- und Vorbeugungskonzepte“ im bildungspolitischen Bereich nachzukommen, wie es Alexander Häusler kürzlich formulierte (Häusler 2019, S. 49).
Im folgenden Text wird zunächst der Diskurs um antimuslimischen Rassismus von mehreren Seiten beleuchtet, um im zweiten Teil die Arbeit in der Fachgruppe „Flucht und Migration“ vor diesem Hintergrund einzuordnen.

Nüchterne Betrachtung – Fehlanzeige

„Antimuslimische Ressentiments sind ein weitverbreitetes Phänomen – nicht nur in Deutschland, sondern in allen europäischen Gesellschaften.“ (Shooman 2016, S. 1) So schreibt die Leiterin der Akademieprogramme des Jüdischen Museums Berlin und belegt es mit zahlreichen Studien.

Die damit ausgedrückte Islamfeindlichkeit spielt auch für den europaweit erstarkenden Rechtspopulismus eine tragende Rolle, wie der Blick auf verschiedene rechtspopulistische Parteien und Regierungen verrät. Kernmerkmale dieses antimuslimischen Populismus und seiner Islamfeindlichkeit ist eine Sprache des Hasses, mit denen Muslim*innen und als solche markierte Menschen zu einer Bedrohung Europas stilisiert werden. Diese gedankliche Konstruktion konzeptualisiert Muslim*innen und als solche markierte Menschen als Andere, Fremde, nicht zu Europa gehörende, als essentiell Verschiedene, die sich weder anpassen wollen noch können. Insofern sehen rechtspopulistische Parteien und Gruppen im Pluralismus der europäischen Gesellschaften und der Migration eine Kernbedrohung für ihre Vorstellungen einer WIR-Identität (vgl. Häusler 2019, S. 41 ff.).

Begriffe wie „kulturelle Etablierung“, „Geburtenrate“, „feindliche Übernahme“ oder „großer Austausch“ prägen dabei den rechten

Diskurs von Gruppen wie der neurechten Identitären Bewegung (www.identitaere-bewegung.de/kampagnen/grosser-austausch; Zugriff: 04.05.2019) bis hin zu Einzelpersonen wie dem (ehemaligen) österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache von der FPÖ, der dieses Bild bemühte, als er in einem Interview für die österreichische Kronen-Zeitung vom „Kampf gegen den Bevölkerungsaustausch" sprach (https://orf.at/stories/3120400; Zugriff: 30.04.2019).

An dieser Stelle spielt es auch eine untergeordnete Rolle, ob es sich nun um einen „biologistischen", auf Abstammung und letztlich „Blut" bezogenen oder um einen „kulturellen" Rassismus, d. h. auf

kulturkonstruktivistische Zuschreibungen beruhende Eigenschaften bezogen, handelt: Es geht um „die Konstruktion und Definition des Eigenen und des Fremden sowie die mit dieser Unterscheidung einhergehende Herabwürdigung des Anderen und die Definition einer angeblichen Überlegenheit des Eigenen. Diese Dichotomisierung der Gesellschaft in das Eigene und das Fremde, das ‚Wir' und das ‚Sie', und die damit einhergehende positive beziehungsweise negative Bewertung führten zu einer gesellschaftlichen und strukturellen Legitimation von Diskriminierung, Ausbeutung und Ausrottung der Anderen. Das ist Rassismus." (Broden 2012, S. 8)

Religion als „Feigenblatt" der Zuschreibung

Dabei ist der Fokus auf die Religionszugehörigkeit ein Produkt des Migrations- und Integrationsdiskurses der letzten 50 Jahre. Mit der Arbeitsmigration der 60er und 70er Jahre in die Bundesrepublik Deutschland haben sich ganz neue Wahrnehmungen und Deutungen von der eigenen Gesellschaft etabliert. Wurden in den ersten Jahrzehnten dieser Migrationsgeschichte die nach Deutschland zuziehenden Menschen mehrheitlich als Gastarbeiter bezeichnet und dabei insgesamt unter dem Terminus „Südländer" subsumiert, werden Menschen im gegenwärtigen Diskurs zunehmend nach vermeintlich religiösen Differenzkategorien eingeordnet. Diese Konstruktion beruht maßgeblich auf der Vorstellung von Muslim*innen als einer homogenen Gruppe, bei denen territoriale, religiöse, soziale, politische und individuelle Merkmale keine Unterscheidungskriterien darstellen (vgl. Tezcan 2012, S. 13, zitiert nach Shooman 2018).

Verstärkt wurde dieser Diskurs dann in den 90er Jahren im Zusammenhang mit der „Wiedervereinigung" und im Zuge der Balkankriege. Während einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung 1995 in Erfurt nannte dies der Bielefelder Soziologe Franz-Olaf Radtke schon die „Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte" (Radtke 1996, S. 11).

Ein weiterer Debattenbeschleuniger war dann die Änderung bzw. Erweiterung des Staatsbürgerschaftsrechtes 1999. Die Ergänzung des bis dahin geltenden „Abstammungsprinzips" (jus sanguinis) um das „Geburtsortprinzip" (jus soli) erzeugte paradoxerweise neue Ausgrenzungsmechanismen: „Die religiöse und kulturelle Identität hat bei der Aushandlung von Zugehörigkeit massiv an Bedeutung gewonnen. Mittels der Vorstellung einer ‚Leitkultur', die auf eine (nie vollendete) Assimilation des kulturell Anderen abzielt, kann (…) auch in Zeiten einer brüchig werdenden ‚Abstammungsgemeinschaft' die Fiktion einer homogenen Nation aufrechterhalten werden, denn sie wirkt gemeinschaftsstiftend und schafft zugleich neue Mechanismen der In- und Exklusion." (Shooman 2016, S. 6) Ihren bis heute andauernden Höhepunkt in der Debatte markierten die Terroranschläge von 9/11 sowie die seit Herbst 2015 anhaltende Diskussion über Migration nach Europa.

Beim antimuslimischen Rassismus und der Islamfeindlichkeit geht es aber im Grunde weder um religiöse Kontroversen noch um Fragen nach der religiösen Identität an sich. Religion ist hier nur ein Substitut für ein essentialistisches Zugehörigkeits- und Ordnungsdenken, das es erlaubt, Menschen nach einer anscheinend klaren Differenzkategorie einzuordnen (vgl. ebd., S. 12 f.).

Shooman schreibt dazu: „In Gesellschaften, in denen Zugehörigkeitsfragen, die Verteilung von materiellen und symbolischen Ressourcen und die soziale Stellung kulturell-religiös-ethnischer Minderheiten ausgehandelt werden, gilt es vielmehr, Fragen des Rassismus in die Analyse mit einzubeziehen. Zugleich muss festgehalten werden, dass der antimuslimische Rassismus Menschen als Muslim_innen angreift und nicht als Migrant_innen (…). Kennzeichnend für den antimuslimischen Rassismus sind daher Vorstellungen, die auf eine Essentialisierung, Dichotomisierung und Hierarchisierung von Kulturen und Religionen hinauslaufen." (Ebd., S. 12 f.)

Antimuslimischer Rassismus und seine Ausprägungen

Der antimuslimische Rassismus hat dabei konkrete Funktionen für Gruppen: Er stabilisiert auf Dauer Konstruktionen von politischen Gemeinschaften. In diesem Fall stützt er die widerlegte Annahme von ethnisch bzw. biologisch homogenen Nationalgesellschaften, indem diese Konstruktion zugleich an eine kulturelle Identität Europas appelliert. Muslim*innen und als solche markierte Menschen werden also gleich doppelt ausgeschlossen: einmal aus der

Gesellschaft des Nationalstaates, außerdem aus den europäischen Gesellschaften insgesamt (vgl. Shooman 2018).

Dabei erfüllt die Vorstellung von einer imaginierten homogenen Gesellschaft gemeinschaftsstiftende und Privilegien verteidigende Zwecke. Sie bedient sich Bildern der Angst vor dem Anderen, der Globalisierung sowie der Konkurrenz durch die Anderen bzw. Fremden, um der Infragestellung von Hierarchien und damit Deutungshoheiten über viele verschiedene gesellschaftlichen Fragen in Interessenskämpfen entgegenzuwirken.

Dieser Befund kann in seiner gesellschaftlichen Sprengkraft für unsere heutigen Demokratien aber keineswegs unterschätzt werden. Antimuslimischer Rassismus bezieht sich nicht nur auf die Migrant*innen im engeren Sinn. Er hat auch Auswirkungen auf die bereits hier geborenen, unabhängig welcher Generation. Antimuslimische Einstellungen richten sich grundsätzlich gegen Minderheiten und sind damit nicht vereinbar mit einer liberalen, pluralistischen Demokratie.

Die Unterschätzung, das mangelnde Bewusstsein oder gar die Ignoranz dieses Phänomens schafft grassierende Probleme für die demokratische Kultur. Auch dass antimuslimische Straftaten nicht erfasst oder die Beobachtung islamfeindlicher Aktivitäten (mit Ausnahme von Bayern) nicht gegeben ist, zeugt von einer mangelnden politischen Anerkennung. Dass diese Missachtung und damit Duldung antimuslimischen Rassismus' Menschen nicht nur physischen und materiellen Schaden zufügt, sondern auch stigmatisiert, scheint auf der Hand zu liegen: Alltägliche Erfahrungen des Rassismus gehen nicht spurlos an Menschen vorbei (vgl. Shooman 2016, S. 13).

Im Kontext der politischen Bildung als Menschenrechtsbildung fällt somit der Fokus auf den Begriff „hybride Identität". Hybride Identität bedeutet, sich zwei oder mehreren kulturellen Räumen zugehörig zu fühlen. Das kann in diesem Fall die muslimische Religionszugehörigkeit in Verbindung mit einer deutschen Staatsbürgerschaft sein. Antimuslimischer Rassismus wirkt also nicht nur gegen Zugewanderte und Geflüchtete, sondern auch als Fremdzuschreibung gegen in Deutschland geborene, was zu einem sozialen Dilemma führt. „Auf der einen Seite sind sie einem äußeren Assimilationsdruck durch die deutsche Gesellschaft ausgesetzt; diesem nachzugeben garantiert jedoch nicht, dass ihre Identität nun von der Mehrheitsgesellschaft als ‚deutsch' anerkannt wird. Auf der anderen Seite fordert die Assimilation von ihnen eine Verneinung und Loslösung von elterlichen Werten, und damit geht der Verlust traditioneller Sicherheiten, familiärer Bindungen und sicherer Identität einher." (Foroutan/Schäfer 2009, S. 13)

Deshalb brauchen wir in der politischen Bildung Empowerment-Strategien, um die Menschen, die vom antimuslimischen Rassismus betroffen sind, aufzuwerten, ihnen ihre Würde zurückzugeben, sie sichtbar und ihre Stimme im öffentlichen Raum hörbar zu machen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen.

Politische Bildung als Labor des machtkritischen und freien Denkens

Die Fachgruppe „Flucht und Migration" setzt mit ihrer Arbeit genau hier an: Durch die Projekte soll eine erhöhte Aufmerksamkeit für diese Form der Diskriminierung geschaffen werden. Die Fachgruppe tritt durch ihre Projekte entschiedenen gegen antimuslimischen Rassismus ein und entwickelt neue Konzepte, die problemorientiert dagegen vorgehen.

Um in der öffentlichen Debatte und politischen Kultur ein Bewusstsein für den wachsenden antimuslimischen Rassismus zu schaffen, richten sich einige der Projekte an Multiplikator*innen. So organisierte der Jugendbildungsreferent der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg einen deutsch-griechischen Fachkräfteaustausch im Handlungsfeld Flucht und Migration (siehe Projektbeschreibung). Die Projekte zum demokratischen Zusammenleben in einer Gesellschaft der Vielfalt im Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e.V. wiederum beziehen mit Schülervertretungen jugendliche Multiplikator*innen mit ganz verschiedenen Hintergründen ein, die einen weiten Wirkungskreis unter Jugendlichen haben. Über

diese Multiplikator*innen wird ein größeres Bewusstsein für Formen antimuslimischer Diskriminierung in verschiedenen öffentlichen Räumen geschaffen.

Die beste Form gegen antimuslimischen Rassismus einzutreten ist, muslimische Menschen oder solche, die muslimisch markiert werden, zu empowern. Empowerment bedeutet u. a, ausgegrenzten Menschen eine Stimme zu geben, damit sie selbst für sich sprechen. Dazu müssen diese Personen mit den nötigen Ressourcen ausgestattet werden, um an politischen Diskursen teilzunehmen. Des Weiteren muss die Zahl der aktiven Trainer*innen erhöht werden, die muslimisch sind oder als solche markiert werden. Die Jugendbildungsreferent*innen der Jugendbildungsstätte Kaubstraße, von dock europe und der EJBW bestreiten vor allem diesen Weg: Junge Muslim*innen oder als solche markierte werden in JuLeiCa-Ausbildungen zu Trainer*innen geschult, damit auch in der politischen Jugendbildung Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen wirken. Das ist ein wichtiger Schritt, um deren Sichtbarkeit im Berufsfeld zu erhöhen und damit eine Normalität zu schaffen. In der EJBW spielt antimuslimischer Rassismus z. B. in den Trainer*innenausbildung von und mit Geflüchteten eine Rolle. Außerdem entwickelt die Fachgruppe immer wieder neue problemorientierte Konzepte und Formate, z. B. arbeitet sie an der Entwicklung, Planung, Organisation und Umsetzung eines mehrteiligen Forums für Fortbildung, Austausch und Vernetzung für Multiplikator*innen mit und ohne Fluchthintergrund, das im Jahr 2019 umgesetzt werden soll. Bei „Train the Trainer on Tour“ werden sich, auch dank der bisherigen Ausbildungstätigkeit der Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe, junge Multiplikator*innen mit ganz verschiedenen lebensweltlichen Bezügen treffen. Im Mittelpunkt stehen zwar Menschen mit individuellen oder familiären Migrationsbiographien, aber auch Teamer*innen ohne solche Erfahrungs- und Deutungshorizonte. Ziel dieses Forums ist es, die Vielfalt der Gesellschaft in Deutschland auch in der politischen Bildung abzubilden und denen eine eigene authentische und selbstwirksame Stimme zu geben, die durch die gesellschaftliche Markierung vom antimuslimischen Rassismus betroffen sind. Am Ende sprechen die Menschen selbst für sich und ihre Erfahrungen.

Über das Berichtsjahr hinaus erscheint die Beschäftigung mit der aktuellen Studie „Ost-Migrantische Analogien I – Konkurrenz um Anerkennung“ eine interessante Perspektive für die Fachgruppe „Flucht und Migration“ zu sein (vgl. DeZIM 2019). Die Studie nimmt zwei Gruppierungen der deutschen Gesellschaft in den Fokus: Die der „Muslim*innen“ und die der „Ostdeutschen“. Aus der Studie geht hervor, wie Ostdeutsche und Muslim*innen nicht nur Ausgrenzungserfahrungen – sondern auch Klischees, die Westdeutsche von ihnen haben, teilen. „Während Großteile der ostdeutschen Bevölkerung “, so ein Fazit, „also ein Gespür für die benachteiligte Lage der Muslim*innen haben, sind Bedrohungsängste gegenüber deren Verbesserung ebenso sehr verbreitet“ (ebd., S. 37). Die Deutschen halten Muslim*innen für benachteiligt, fürchten aber deren sozialen Aufstieg – im Osten mehr als im Westen. Ein zweites, gesellschaftsrelevantes Fazit der Studie ist: „Ostdeutsche sind mit ähnlichen Abwertungen konfrontiert wie Muslim*innen. Westdeutsche werfen beiden Gruppen vor sich zum Opfer zu stilisieren und noch nicht im heutigen Deutschland angekommen zu sein.“ (Ebd.)

Auch wenn die Studie noch viele Lücken aufweist, die kritisch aufbereitet werden sollten, setzt sie ein solides Fundament für die politische Bildungsarbeit, bei der Machtverhältnisse einer kritischen Reflexion unterzogen werden. Gerade für eine bundesweit zusammengesetzte Fachgruppe ergibt sich damit ein überaus spannendes Thema.

Antimuslimischer Rassismus und politische Bildung

Die Fachgruppe „Flucht und Migration“ schafft mit ihrer Arbeit einen Raum, um Migration und Integration in einem gesellschaftlichen, globalen und historischen Kontext zu verstehen und regt an, kritisch auf bestehende Machtverhältnisse zu schauen und neue Anerkennungsverhältnisse zu ermöglichen.

Dort anzusetzen, wo das Werte- und Demokratieverständnis der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet ist (vgl. BMI o. J.), scheint aktuell allerdings nicht einfach. Immer wieder müssen wir uns in den letzten Jahren gegenüber Rechtspopulist*innen und -extremist*innen rechtfertigen, ob wir als politische Bildner*innen nicht einem nebulös formulierten Neutralitätsgebot verpflichtet sind. Die Bildungspolitik sowie die Akteure der politischen Bildung dürfen sich nicht durch Populist*innen von rechts verunsichern lassen. Demokratie ist keine wertfreie Veranstaltung. Die Demokratie beruht auf der Achtung der Menschenrechte, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit. Diesen Grundlagen der Demokratie kann eine demokratische Bildungsarbeit nicht „neutral“ gegenüberstehen. Vielmehr ist ihre Aufgabe, zum selbständigen Denken anzuregen und die Fähigkeit zu fördern, eine eigenständige politische Meinung zu entwickeln und zu vertreten. Außerschulische politische Bildung muss nachhaltige, synergetische und inklusive Angebote machen, Lern- und Bildungsorte schaffen, in denen Vielfalt gelebt und Multiperspektivität ermöglicht wird. Diese Ziele zu erreichen und diese Räume zu schaffen sind weitreichende, aber nicht unlösbare Aufgaben der gegenwärtigen außerschulischen politischen Bildung (vgl. Balzter/Ristau/Schröder 2014). Es ist an der Zeit, dass politische Bildung (wieder) eine Selbstverständlichkeit im Bildungssystem wird. Auf diese Weise wäre es dann auch möglich, kontinuierlich antimuslimischen Rassismus zu thematisieren und diesem zu begegnen. ■

Bericht aus der Praxis
Weimar als Brennglas von „Diktatur und Demokratie-Erfahrungen“

„Zwischen Diktatur- und Demokratie-Erfahrungen“ lautete der Titel eines Projekts, das das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW aus Essen in Kooperation mit der Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“ (EJBW) gemeinsam mit 16 jungen Erwachsenen überwiegend mit Fluchterfahrung über drei Wochen Ende November/Anfang Dezember 2018 durchführte. Wir setzten uns mit verschiedenen Aspekten deutscher Geschichte und Gegenwart auseinander, versuchten ihre Ikonografie und die Erinnerungsformen zu deuten und boten den Jugendlichen Anknüpfungspunkte, über ihre eigenen Erfahrungen und Sichtweisen zu sprechen. Die erste Woche stand unter dem Motto der Freiheitsrechte (Presse, Meinungsfreiheit, Freiheit der Kunst, Freiheit der Religionen). In der zweiten Woche setzten sich die Jugendlichen theoretisch und praktisch mit Erinnerungen an Täter*innen und Opfer des Nationalismus auseinander und zeichneten ihre Exkursionen medial auf. Gemeinsam fuhr die Gruppe in die Eifel zum Internationalen Platz Vogelsang, einer ehemaligen Ordensburg der Nationalsozialisten. Sie begleiteten zwei Stolpersteinverlegungen in Essen, führten Interviews mit den Akteur*innen und einer Nachfahrin und besuchten eine religions- und machtkritische Ausstellung im Kunstmuseum Bochum. Eine viertägige Fahrt nach Weimar schloss das Projekt ab.

Weimars Janusköpfigkeit – zwischen Weihnachtsmarkt und NS-Geschichte

Die Exkursion nach Weimar führte die Teilnehmenden sowohl in die Gedenkstätte Buchenwald, als auch an Orte der Diktatur- und Demokratiebegründung Deutschlands. Darüber hinaus stand mit der EJBW auch das Kennenlernen des Lernortes Bildungsstätte auf dem Programm, den die Teilnehmenden bisher nicht kannten.

Schon in Essen hatte sich die Gruppe über kleine Rechercheaufträge zur Stadt, deren Geschichte und über hier lebende Personen informiert. Mit einer vom Bildungsreferent der EJBW durchgeführten abendlichen Stadtführung bekam das Gelernte nun ein Gesicht und die Ambivalenz des Lernortes Weimar zwischen Klassik, Demokratiebegründung und deren Zerstörung im Nationalsozialismus wurde deutlich. Ganz nebenbei ließen sich so auch die Altstadt und der Weihnachtsmarkt mit seinen vielen Angeboten entdecken.

Auf der „Straße der Nationen“

Vor dem Lagertor Buchenwald

Projekt „Zwischen Diktatur- und Demokratie-Erfahrungen“

NS-Geschichte zwischen Täter*innen, Opfern und Gedenken

Am zweiten Tag ging es für einen ganzen Tag in die Gedenkstätte Buchenwald. Lothar Billep, freiberuflicher Mitarbeiter der Gedenkstätte, begleitete die Gruppe inhaltlich und methodisch. Nach einer kurzen Einführung wurden anhand eines Lagermodells sowohl die Dimensionen des Häftlings- und SS-Bereiches als auch die speziellen Funktionen der Anlage erläutert. Eine assoziative Methode mit Bildern aus dem Archiv der Gedenkstätte und eine Kleingruppenarbeit half zudem, die Perspektiven „Täter*innen“, „Opfer“ und „Zivilbevölkerung“ im Lager deutlich zu machen. Am Nachmittag begleitete Lothar Billep die Gruppe über das Gelände und beantwortete alle offenen Fragen.

Mit dem Wissen, dass die Gedenkstätte Buchenwald nicht an einem Tag erfasst oder gar „verstanden“ werden kann, beendete der Guide seine Führung an der in den 1990er Jahren entworfenen Gedenkplatte aus Metall. Versehen mit einer offenen Liste von Nationen und Ethnien, deren Angehörige in Buchenwald während der Nazizeit inhaftiert waren, wird die Platte permanent auf eine „lebensverbindende“ Temperatur von 37 ° C beheizt. Gerade in Bezug auf die Frage: „Wie wird erinnert und welche künstlerischen Varianten gibt es?“ ein, wie ich finde, eindrucksvoller Ort!

Am folgenden Morgen ging es im winterlichen Wetter zum zweiten Mal auf den Ettersberg. An diesem Tag war allerdings nicht das ehemalige Konzentrationslager das Ziel, sondern das Mahnmal „Glockenturm“ an der Südseite des Ettersbergs. Im Monumentalstil der sozialistischen Moderne ragt ein düster und drohend wirkender Glockenturm in den Himmel. Vor ihm die Plastik von Fritz Cremer. Eine Figurengruppe, die im Sinne der DDR-Ideologie den (und gern nur den) sozialistisch-kommunistischen Widerstandskampf im Konzentrationslager anhand verschiedener Charaktere beschreiben soll. Inwiefern Cremer, der auch in Essen lebte, dem DDR-Auftrag in Gänze nachkam, bleibt fraglich. Immerhin gab es auch einen „Zweifler“ (vgl. Scheurmann 2014). Unterhalb der Plastik eröffnet sich eine abfallende, riesige Treppenanlage, die in mit Säulen eingefassten Ringgräbern endet. Diese natürlichen Erdsenken nutzten die Nazis im Frühjahr 1945, um die Asche der ermordeten Opfer verschwinden zu lassen. Nun sind sie in das Mahnmal einbezogen. Beim Rundgang sprachen die Teilnehmer*innen viel über die historischen Ereignisse, den Schwur von Buchenwald und die Inszenierung des Gedenkens für staatspolitische Zwecke.

Vorbei an den sieben Stelen mit heroischen Motiven des antifaschistischen Kampfes der Kommunist*innen im KZ erreichte die Gruppe das kleine Museum, das sich mit der Geschichte der Gedenkstätte und dem Bau des Mahnmals auseinandersetzt. Gerade die immer wiederkehrende Frage nach Möglichkeiten der Erinnerung und des Gedenkens konnte hier anschaulich diskutiert werden. Auch die Parallele von Diktatur und Religion im Sinne einer „politischen Religion“ kam hier zur Sprache. Der vorherige Besuch der Ausstellung „BILD, MACHT, REGLIGION“ erwies sich somit erneut als enorm hilfreich.

Spurensuche in Weimar … und der Blick zurück auf das Projekt

Am letzten Tag richtete sich der Blick wieder auf die Stadt und ihre ambivalente Geschichte. Mit einer Stadtrallye wurde die Spurensuche zu „Demokratie- und Diktaturerfahrungen“ fortgesetzt. Hier galt es, kleine Aufgaben zu lösen und mit Passant*innen ins Gespräch zu kommen. Das leere Carl-Alexander-Denkmal diente z. B. als Symbol der „Selbstermächtigung“ bzw. des Empowerments, ein zaghafter Versuch, ein eigenes Denkmal zur Erinnerung an die Weimarfahrt mit ihren Körpern zu bilden.

Das leere Carl-Alexander-Denkmal wird neu belebt

Während der Auswertung der Stadtrallye überraschte, wie leicht die jungen Menschen mit Personen in Weimar ins Gespräch kamen und sich trauten, auch hinter geschlossene Türen zu schauen. Den positiven Erlebnissen im Sinne von „Mitmachen und Mitmischen" folgte dann die Gesamtauswertung des Projektes.

Da das Leitungsteam die Jugendlichen im Vorfeld kennengelernt hatte, konnte es sich gut auf das ungefähre Sprachniveau der jungen Menschen einstellen und genügend Medien und Methoden auswählen, die in der Seminararbeit eingesetzt wurden. Besonders die Arbeit mit historischen Fotografien und Bildern kam bei den Jugendlichen immer wieder gut an. Dieses Format konnte auch für die Reflexion des Gesehenen genutzt werden (z. B. die Geschichte der Befreiung Buchenwalds). Aufgrund von Parallelen zur Bildsprache in der Religionsausstellung in Bochum ließ sich somit auch der (Selbst-)Erlösungsgedanke von Diktaturen, die sich als politische Religionen initiieren, sehr gut herausarbeiten. Gerade in der Ambivalenz zwischen Freiheit der Kunst und Religion kamen aber auch mehrfach Spannungen auf, die die gesamte Seminargruppe bis in die tiefen Abendstunden begleiteten.

Die Diskussion über Homosexualität bot eine weitere Kontroverse. Homosexualität sei eine Krankheit und müsse behandelt werden, lautete die überwiegende Meinung der Teilnehmenden. Inwiefern die Auseinandersetzung mit Homosexuellen als Opfergruppen im NS hier eine erste Nachdenklichkeit erzeugt hat, wird sich noch zeigen müssen.

Die Jugendlichen wollten Diktaturerfahrungen oder Verfolgungsgeschichten aus ihren Herkunftsländern thematisieren und Formen der Neubegründung von Zivilgesellschaften begreifen. Sie wollten das „Recht, Rechte zu haben" als notwendige Voraussetzung für persönliche Freiheit und gesellschaftliches Engagement spüren. Das macht aber auch eines deutlich: Außerschulische politische Bildung ist immer Beziehungsarbeit mit Lebensweltbezug und das darf nicht nur als Anhängsel des inhaltlichen Programms daherkommen. In der Arbeit mit dieser Zielgruppe kann es nicht nur um Wissensvermittlung gehen. Hier braucht es Räume des zwischenmenschlichen Austauschs, der Vertrauen schafft. Vertrauen in Menschen, aber auch Vertrauen in die demokratische Gesellschaft, Vertrauen, um über persönliche Dinge zu sprechen, die durch das Programm angestoßen wurden. So berichtete bspw. ein jugendlicher Afghane nach dem Besuch der Erschießungsanlage in Buchenwald, dass sein Vater von den Taliban erschossen wurde. Andere empfanden Schamgefühle in Bezug auf religiöse Fragen. Hier ist eine große Sensibilität bei den Referent*innen gefragt, die es gestattet, über alles zu reden, aber auch Differenzen auszuhalten und aus professioneller Perspektive Stellung zu beziehen. Das ist Teil einer demokratischen Haltung und das stärkt das Vertrauen in demokratische Prozesse bei den Jugendlichen. ■

Christian-Friedrich Lohe,
Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar"

Bericht aus der Praxis
Civil Society – Working towards diversity and inclusion of refugees

Im Rahmen einer deutsch-griechischen Fachkräftebegegnung besuchten 10 Multiplikator*innen aus der Migrations- und Flüchtlingsarbeit vom 15. bis 24. Oktober 2018 die Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg ANTIGONE in Thessaloniki, Griechenland. Ziel dieser internationalen Begegnung war es, mehr über die Arbeit der griechischen NGO zur Integration von Geflüchteten und ebenso über deren Unterstützung während der Flucht zu erfahren. Die Teilnehmer*innen sollten einen Überblick über die zivilgesellschaftlichen Akteure in diesem Bereich in Nordgriechenland bekommen. Der Fokus der Partnerorganisation ANTIGONE liegt vor allem auf der menschenwürdigen und sicheren Unterbringung schutzbedürftiger Flüchtlinge sowie einer besseren Integration dieser Gruppe in die griechische Gesellschaft.

Die Gruppe der Fachkräfte bestand aus fünf Männern und fünf Frauen, die sich in vielfältiger Weise mit Flucht, Fluchtursachen und der Arbeit mit Geflüchteten auseinandersetzten. Unter anderem sind die Teilnehmer*innen in der Flüchtlings- und Beratungshilfe tätig, unterstützen als Ehrenamtliche geflüchtete Familien oder arbeiten bei Trägern, welche Jugendliche und physisch und psychisch eingeschränkte Menschen berät und unterstützt.
Das vielfältige Programm gab den Teilnehmer*innen der Fachkräftebegegnung einen grundsätzlichen Überblick über die Situation in Griechenland und über die Anstrengungen staatlicher Institutionen und der Organisationen aus der Zivilgesellschaft in diesem Arbeitsfeld.

Vor der Reise nach Griechenland fand ein Informations- und Vorbereitungstreffen in Potsdam statt. Startpunkt war dann Thessaloniki im Norden Griechenlands.

In den folgenden neun Tagen erfuhren die Teilnehmer*innen in Gesprächen, Workshops und Präsentationen mehr über die Arbeit der einzelnen NGO wie auch über die Situation staatlicher Behörden und Institutionen. Dabei zeigte sich in den Gesprächen mit den NGO die außerordentliche Leistung, die durch ihre Arbeit gewährleistet wird, sei es bei der akuten Hilfe in den Flüchtlingscamps, u. a Idomeni, oder bei der Bereitstellung von Wohnraum und sozialen Aktivtäten im Nachgang. Die vielfältigen Tätigkeitsbereiche der NGO zeigen eindrücklich, welche große Rolle sie bei der Betreuung und Versorgung der Geflüchteten spielten und immer noch spielen.

Die Vielfalt der Gesprächspartner machte die unterschiedlichen Zugänge und Ansätze der Migrations- und Flüchtlingsarbeit in Griechenland deutlich: Das Thessaloniki Solidarity Center (TSC) wird durch die Organisation SOLIDARITY NOW betrieben und ist seit 2014 ein zentraler Knotenpunkt, der Gesundheitsdienstleistungen, soziale Unterstützungsdienste und Rechtshilfe für unterprivilegierte Gruppen in Thessaloniki anbietet. Alle Dienstleistungen werden kostenlos zur Verfügung gestellt. Dabei gibt es keine Anforderungen wer die Dienstleistungen in Anspruch nehmen kann. Daher sind Griechen, Migranten und Flüchtlinge willkommen. Die Leiterin des Thessaloniki Police Department – Spezialabteilung gegen „racist violence" – erläuterte das Aufgabenfeld der Spezialabteilung. Sie hat die Aufgabe, Verbrechen in Bezug auf Rasse, Geschlecht oder Herkunft zu verfolgen. Gleichzeitig zeigen die Polizist*innen der Abteilung Präsenz in der Bevölkerung und sensibilisieren Geflüchtete wie auch Polizisten im Umgang mit Hate Crime.

Im Rahmen von Gesprächen mit der Sprecherin der Stadt Thessaloniki und dem Sprecher der Regionalregierung der Präfektur Zentral Makedonien sowie einer Vertreterin des UNHCRs zeigten sich unterschiedliche Wahrnehmungen wie auch unterschiedliche politische Ansichten bezüglich der Situation mit den Geflüchteten. Dabei wurde über die Entwicklung eines strategischen Refugee-Plans durch Thessaloniki und Athen und das „React Programm" diskutiert, mit welchem Geflüchtete in den Städten untergebracht werden. Die Vertreterin des UNHCR lobte im Rahmen des Gesprächs vor allem die Arbeit der Stadt Thessaloniki und die Zusammenarbeit mit den örtlichen NGO.

Die NGO NAOMI, hervorgegangen aus der Evangelischen Gemeinde deutscher Sprache in Thessaloniki, hatte bereits Nothilfe für die Geflüchteten im Camp Idomeni geleistet. Momentan werden im Rahmen des Projekts „remember Idomeni" aus den UNHCR-Decken, die im Flüchtlingscamp in Idomeni zum Einsatz kamen, in der eigenen Textilmanufaktur Produkte von Geflüchteten produziert. Gleichzeitig werden Näh- und Sprachkurse für Geflüchtete angeboten. Unweit des ehemaligen Flüchtlingscamps Idomeni liegt die Stadt Kilkis. Dort sitzt die NGO OMNES, welche momentan die Unterbringung von mehr als 521 Geflüchteten organisiert und diese betreut. Aus der Notfallhilfe heraus konnte die NGO, unterstützt aus Mitteln der UNHCR, eine professionelle Unterbringung von Geflüchteten in der Stadt gewährleisten. Zudem werden die Geflüchteten von Sozialarbeitern, Krankenschwestern, Anwälten und Übersetzern bei der gesellschaftlichen Integration unterstützt. Die Organisation PRAKSIS arbeitet mit SOLIDARITY NOW im Thessaloniki Solidarity Center zusammen. Migranten, sozial schwache und gesellschaftlich ausgegrenzte Menschen finden dort medizinische und psychologische Unterstützung genauso

Teilnehmer*innen
der deutsch-griechischen
Fachkräftebegegnung

wie Unterstützung und Hilfestellung durch Sozialarbeiter. Das Select-Respect-Netzwerk versucht, NGO aus verschiedenen Bereichen zu vernetzen, um Synergien und Lerneffekte zu erzielen. Zudem soll der griechischen Gesellschaft aufgezeigt werden, welch positiven Einfluss die NGOs auf die Gesellschaft haben. Im Rahmen der Netzwerkarbeit fand 2018 zum zweiten Mal das Respect Film Festival in Thessaloniki statt. Ziel des Festivals ist es, den öffentlichen Dialog zwischen Filmemachern und der Öffentlichkeit zu verbessern und die Fragen von Vielfalt und Menschenrechten zu diskutieren.

Als kleinste Auslandsstiftung im Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung Griechenland in Thessaloniki eng mit lokalen NGOs zusammen, um gemeinsam für Menschenrechte, Minderheitenschutz, Erinnerungspolitik und die Zukunft Europas zu arbeiten. Gleichzeitig versucht sie, NGO über das Select-Respect-Network zu vernetzen, damit diese Synergien bilden und professioneller arbeiten können.

Im Roma-Viertel Dendropotamos in Thessaloniki befindet sich das Centre for Child Protection, in welchem Kinder Nachmittagsangebote nutzen können, sowie das Social Centre, das Frauen die Möglichkeit bietet, sich zu vernetzen und die Schule nachzuholen. Ziel ist es, Sinti und Roma besser in die Gesellschaft zu integrieren und die Bildungs- und Aufstiegschancen zu verbessern. Die NGO AddART legt ihren Fokus auf die Produktion von Comics und arbeitet u. a mit Geflüchteten und Griechen in Projekten zum Thema Humanität und Flucht zusammen. Ziel ist es auch hier, die Position von Geflüchteten, allen voran Kindern und Frauen, in der Gesellschaft zu stärken.

Neben den Workshops und Besuchen der einzelnen NGOs und Einrichtungen, wurde auch die Stadt erkundet. Im Rahmen einer dieser Stadtbesichtigungen wurde auf die

facettenreiche Geschichte Thessalonikis verwiesen, welche zum einen durch einen prosperierenden Multikulturalismus aber auch durch Flucht und Verfolgung gezeichnet ist.

Fazit des Austauschs

Eindrücklich wurde allen Beteiligten der Begegnung die Situation vor Ort geschildert bzw. gezeigt. Dabei stachen besonders das Engagement und die Professionalität der NGOs heraus, die auf vielfältige Art und Weise die Aufgaben des Staates übernommen hatten. Gleichzeitig stehen die griechischen NGOs vor der Problematik, gesellschaftlich keinen guten Stand zu haben. Die Heinrich-Böll-Stiftung Griechenland versucht durch die Etablierung des Select Respect Networks und dem angeschlossenen Filmfestival dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Fraglich bleibt für die Beteiligten der Begegnung, inwiefern sich die Situation vor Ort entwickelt, da die wirtschaftliche Situation Griechenlands stagniert und kaum Perspektiven für junge Griechen wie auch Geflüchtete bietet. Dies zeigt sich auch an der demografischen Entwicklung des Landes. Zudem wurden zahlreiche NGOs direkt durch die Europäische Union oder Deutschland gefördert. Eine nachhaltige Strategie und Verstetigung der Strukturen und Erkenntnisse sollte ein Ziel für die NGOs wie auch die griechischen Behörden darstellen.

Alle Teilnehmenden engagierten sich bereits vor der Reise in der Integration von Geflüchteten. Aus diesem Erfahrungs- und Wissensschatz heraus hatten viele Teilnehmende spezielle Fragen an die Fachkräftereise, die alle in Diskussionen mit den Personen der unterschiedlichen Organisationen angesprochen und zum Teil geklärt wurden. Die Auseinandersetzung mit den individuellen Lebenswegen der Menschen in Griechenland, seien es Personen mit oder ohne Migrationshintergrund und das Erleben der Herausforderungen in der Zivilgesellschaft half den Teilnehmenden bei der Bildung eines eigenen Urteils – warf aber auch neue Fragen auf. Immer wieder wurde die Verantwortung der deutschen Gesellschaft von den deutschen Teilnehmenden betont. Die Reiseteilnehmer*innen wurden animiert sich politisch/gesellschaftlich noch mehr dem Thema Flucht zu widmen und sich lokal zu engagieren. Kooperationen mit griechischen Organisationen wurden diskutiert und Informationsveranstaltungen in Deutschland geplant. Die Teilnehmenden erklärten einen großen Respekt vor den Menschen in Thessaloniki und der Region für deren Umgang mit den geflüchteten Menschen, insbesondere mit Blick auf die eigene schwierige wirtschaftliche Lage. ■

Macelo Trautmann,
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe „Flucht und Migration“

Kerem Atasever
(Fachgruppenkoordinator)
Alte Feuerwache e. V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße
www.kaubstrasse.de
kerem@kaubstrasse.de

Urte Bliesemann
dock europe e. V. – Internationales Bildungszentrum
www.dock-europe.net
urte.bliesemann@dock-europe.net

Jonas Gryier
Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
www.gsi-bevensen.de
jonas.grygier@gsi-bevensen.de

Christian-Friedrich Lohe
Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar
www.ejbweimar.de
lohe@ejbweimar.de

Marcelo Trautmann
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e. V.
www.boell-brandenburg.de
trautmann@boell-brandenburg.de

Worüber wir reden, wenn wir über Inklusion reden? – „Alles über Anne“ für alle

Bericht aus der Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe“

In seinem 2012 erschienenen Essay „Worüber reden wir, wenn wir über Anne Frank reden“ zwingt Nathan Englander seine Protagonist*innen, sich spielerisch der radikalsten aller Fragen zu stellen. Sein „Nichtspiel“ nötigt die Anwesenden zu einem Gedankenexperiment: „Wer würde mich verstecken im Falle von … unter Androhung von … selbst, wenn es um Leben und Tod ginge?“ Das Herantasten an diese zugleich provozierende wie unerträgliche Demarkationslinie im menschlichen Zusammenleben hat in der Geschichte zwei Namen: das „Selbstgerechte Nichtjuden-Spiel“ oder schlicht – das „Anne Frank Spiel“.

Ausgerecht und warum Anne Frank!? Ausgerecht und warum ist sie vor dem Hintergrund solch essentialistischer Gewissensprüfung Bezugspunkt für historisch-politische Bildung mit und für Jugendliche? Ist sie es für alle Teilnehmer*innen, gleich welcher Herkunft? Sie, die junge Jüdin, die Tagebuchschreiberin, Opfer nationalsozialistischer Verfolgung?

Ihr in 70 Sprachen übersetztes Tagebuch sowie zahlreiche Wander- und stationäre Ausstellungen sind für viele Kinder und Jugendliche der erste, oftmals nicht ganz freiwillig aufgenommene Kontakt zur Geschichte des Nationalsozialismus, zur Geschichte der Shoah und zu historischen sowie gegenwärtigen Dimensionen von Antisemitismus. Und dieser „Erstkontakt“ mit „Anne“ – als Bezugspunkt, Bezugsperson und in gewisser Hinsicht vielleicht auch Reibungsfläche oder Role Model, findet manchmal vermutlich in einem Alter statt, in dem man sich schlichtweg für ausschließlich andere Dinge interessieren darf.

Dies fordert die politische Jugendbildung heraus, gerade für Jugendliche Angebote zu entwickeln, die sie erreichen, berühren und zum Nachdenken anregen. Da reicht es nicht aus, Schulen, Straßen und Plätze nach Anne Frank zu benennen. Vielmehr muss gefragt werden, wie Erinnerungsprozesse angeregt, wie gemeinsames Erinnern möglich ist, wie die Menschen einbezogen oder auch ausgeschlossen werden können. Kollektives, inklusives Erinnern für alle – Was bedeutet das? Wer ist die Zielgruppe? Wer regt die Prozesse an?

Meine, deine, unsere Geschichte

Wenn politische Kinder- und Jugendbildung über neue Zielgruppen für Projekte im Themenspektrum Erinnerungskultur und Teilhabe nachdenkt, kann es vielleicht mitunter zu sperrigen oder irritierenden Kombinationen von Inhalten und Teilnehmenden

kommen. Nicht selten müssen in der Gemengelage von Gruppen konkurrierende Erinnerungen ausgehandelt werden. Besonders an dieser Stelle dürfen Debatten und Verständigungsprozesse nicht zuletzt von ihrer Offenheit gewinnen können. Eine Zielsetzung kann durchaus am Ende über den Haufen geworfen werden. Denn wir können nicht wissen, wie Jugendliche auf unsere anspruchsvollen Angebote reagieren und ob wir gemeinsam in der Lage sind, produktive Fragen zu historischen Ereignissen zu entwickeln. Macht es Sinn, mit jungen Geflüchteten die Spur der Roten Ruhr Armee zu verfolgen, sich mit Diktatur- und Demokratieerfahrungen in Deutschland auseinanderzusetzen oder mit einer Gruppe junger Libanes*innen, die seit drei Generationen im Status des Geduldet-Seins in Deutschland leben, die Jüdischen Kulturtage zu besuchen? Was erwarten wir, wenn wir mit Jugendlichen einer Förderschule ein Projekt zu Patient*innen-Morden gestalten? Was erwarten sie selbst? Macht es überhaupt Sinn, immer wieder die Folterwerkzeuge der Vergangenheit für eine bessere Zukunft zu bemühen?

Zugleich stehen wir vor einem Imperativ – einem richtigen. Denn wenn „Inklusion" Aufgabe der politischen Bildung ist, ist sie unverbrüchlich verbunden mit einem Rechtsanspruch – auf Bildung, auf Teilhabe für alle. Im Moment der Bildungssituation stellen sich indes nichtsdestotrotz immer wieder durchaus pragmatische Fragen. Wie etwa erreichen wir alle Menschen mit unseren Angeboten und ermöglichen ihnen eine aktive, gleichberechtigte Teilhabe? In Nordrhein-Westfalen erklären die Gymnasien fast flächendeckend, dass sie „aus der Inklusion aussteigen" werden. Zahlreiche Einrichtungen und Lernorte der politischen Bildung sind nicht für alle zugänglich. Es scheint naheliegend, wie strukturelle Ausschlüsse sich aushebeln lassen können: Kooperieren wir dann eben mit anderen Einrichtungen, bauen Aufzüge und denken alle Bedarfe mit. Oder nicht?

Zahlreiche Ausstellungen, Gedenkstätten und Lernorte haben sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht, inklusive Angebote und Module für Kinder und Jugendliche mit und ohne Förderbedarf zu entwickeln – unter Einbeziehung von Expert*innen und ihren Erfahrungen mit strukturellen aber auch praktischen Anforderungen. Der erste Praxisbericht skizziert die verschiedensten Herausforderungen und Dimensionen einer inklusiven Neugestaltung von Lernorten, die nicht haltmacht bei sinnlichem Wahrnehmungslernen, sondern auch ein Umdenken bei allen Akteur*innen erfordert.

Einblicke in Erinnerungslabore

Ungeachtet all dieser Bemühungen gibt es aber weder flächendeckend inklusive Angebote, noch werden die vielfältigen, teilweise lokalspezifischen Facetten, die migrantischen Narrative, widerständische Bewegungen und vergessene Geschichten, öffentlich erzählt. Zumal auch das Cluster „Erinnerungskultur und Teilhabe" weit über wissenschaftlich-historische und museal aufbereitete Aspekte hinausreicht.

Für die politische Jugendbildung ist es zentral im Erinnerungslernen sensibel und genau mit historischen Fakten umzugehen. Daneben ist ein zweiter, ganz erheblicher „Faktor" entscheidend – ein Moment, der außerhalb jeder pädagogisch-konzeptionellen Reichweite liegt: Denn schließlich ist es nicht mehr und nicht weniger als die intrinsische Motivation der Jugendlichen, die Voraussetzung für gelingende Projekte ist. Dabei kann die Frage „Was hat Erinnerung eigentlich mit mir/mit uns zu tun?" methodisch vielfältig aufgegriffen werden. In Kleingruppen können mitgebrachte Erinnerungsgegenstände oder Fotos vorgestellt und inszeniert werden. Gerne darf das Setting auch mit der Videokamera aufgezeichnet werden, sodass alle Jugendlichen ein „gut ins Bild

gesetztes“ Porträt von sich, dem Erinnerungsgegenstand und der dazugehörigen Geschichte zu einem Videoclip schneiden können. Auch die Einrichtung eines kleinen Museums lässt sich relativ einfach realisieren. Ein ebenfalls kommunikativer Einstieg ist mit der Arbeit an mitgebrachten Fotos zu beginnen. Private Fotografien von Festen, Fotos von historischen Ereignissen, Bilder von bekannten Orten, Gebäuden, Personen, von Demonstrationen und vielem mehr liegen unsortiert vor den Teilnehmenden und alle werden gebeten, sich ein Bild, das sie – ganz persönlich – mit Erinnerungen verbinden, auszuwählen. In Kleingruppen tauschen die Jugendlichen sich aus, z. B.: Wer erinnert (sich) wo an diese Ereignisse? Warum und mit welchen „Erzählungen“ ist diese Erinnerung intensiv, warum scheint sie eher blass für andere? Ist sie in der deutschen Erinnerungskultur präsent? Steht diese Erinnerung im Konflikt mit anderen Erzählungen? Abgeschlossen wird die Übung dann mit einer These oder Frage, die mit einem oder mehreren ausgewählten Bildern verbunden ins Plenum gestellt werden. Nach diesen Annäherungsversuchen kann ein Blick auf die gesellschaftlichen und öffentlichen Perspektiven von Erinnerung anschließen. Visualisierungen – etwa im Rahmen einer Kleingruppenarbeit, in der die Teilnehmenden auf großen Plakaten eine Präsentation gestalten – können diesen Bogen vom „Kleinen“ ins „Große“ unterstützen. Leitend können hier konkrete Fragen sein, die den Teilnehmenden vorgestellt und ihnen zur Auswahl angeboten werden: Wie und an was wird in der Familie erinnert? Wie ist es in deiner Familie? Wie wird im öffentlichen Raum erinnert? Welche Erinnerungsorte (in eurer Stadt) kennt ihr? Oder auch: An was wird im Kalender erinnert (Gedenktage/Feste)? Woran erinnert Geschichte, im Populären, in der Schule oder in der Wissenschaft?

Nach diesem Stationenlernen wissen aufmerksame Jugendbildner*innen meist um die Interessenslage der Teilnehmenden, können die thematischen Feineinstellungen für die nächsten (inhaltlichen) Schritte vornehmen und unvorhersehbare Vorschläge zu Inhalt und Methoden inkludieren. So hat etwa jüngst eine Jugendgruppe in Essen einen Schwerpunkt vorgeschlagen, den das Bildungswerk in der Jugendbildung bislang nicht „auf dem Schirm“ hatte: Über „Zwangsarbeit“ wollten die Jugendlichen sich an die Fragen „Wie funktioniert Erinnerung?“ annähern. Doch ganz so verwunderlich, wie dieser Wunsch auf den ersten Blick scheint, ist er bei zweiter Betrachtung gar nicht. Im Gegenteil: Die Jugendlichen leben überwiegend in einem Stadtteil, der durch die Firma Thyssen-Krupp dominiert wird. Auch wenn die Überreste der Industriegeschichte im Stadtteil nach und nach verblassen, haben sie für die Jugendlichen dennoch weithin sichtbare Relevanz, da sie Schüler*innen des Alfried-Krupp-Gymnasiums sind.

Damit ein spontanes Interesse – wie im Essener Beispiel – auch zeitnah umgesetzt werden kann, heißt es für politische Jugendbildner*innen vor Ort aktiv zu sein, Netzwerke mit Stadtarchiven, Geschichtswerkstätten, Lokalhistoriker*innen und Menschen der Stadtgesellschaft zu bilden, um gemeinsam mit Jugendlichen in ganz praktischer Hinsicht auf Spurensuche zu gehen. Solche Annäherungsweisen sind heute bereits vielerorts

Teil der Jugendbildung: Das Lidice Haus in Bremen arbeitet mit Jugendlichen zur Kolonialgeschichte, Soziale Bildung e. V. in Rostock erinnert mit Jugendlichen in verschiedenen Formaten an die Pogrome von Lichtenhagen 1992, Jugendkulturarbeit e. V. in Oldenburg inszeniert mit Jugendlichen „Erinnerungen sind Leben“ und begibt sich mit dem Projekt „Jewish Places goes Oldenburg“ in einer Kooperation mit dem Jüdischen Museum Berlin auf Spurensuche nach jüdischem Leben in Oldenburg. Das aktuelle forum e. V. in Gelsenkirchen erforscht ruhrgebietsweit unbekannte Aspekte der Migrationsgeschichte und setzt Spuren mit Geo-Cache-Fundstücken, die mit Hilfe eines GPS-Empfängers gesucht und vor Ort in ihrem Kontext und ihrer Bedeutung für die „Spieler*innen“ eingeordnet werden können. Das Bildungswerk der Humanistischen Union in Essen entwickelt mit Jugendlichen eine App zu Stolpersteinen in der Stadt, begleitet Stolpersteinverlegungen mit Interview- und Rechercheprojekten. Etwa 300 Stolpersteine wurden bislang in Essen von Initiativen, Schulen oder engagierten Stadtteilgruppen für Opfer des Nationalsozialismus vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort verlegt. Sie tragen die Namen, die Geburtsdaten sowie Zeitpunkt und Zielort der Deportationen, sofern

bekannt auch die Todesdaten. Nicht zuletzt ist hier aber der Aspekt oder Eindruck, dass die meisten der Stolpersteine an Menschen vordergründig vor allem wegen ihres gewalthaften Todes durch NS-Verfolgung und Ermordung erinnern, Anlass genug, das Leben der Verfolgten in den Blick zu nehmen. Es gilt, die Geschichte(n) der Menschen, an die die Stolpersteine im öffentlichen Raum erinnern sollen, nicht von ihrem gewaltsamen Ende her zu betrachten. Vielmehr kann gerade das Leben und Wirken, die Alltags- und Ausnahmesituationen von Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Gewerkschaftler*innen, Widerstandskämpfer*innen und anderer Opfer des Nationalsozialismus in den Blick genommen werden. So recherchieren die Jugendlichen zu den Lebensgeschichten der mit Stolpersteinen geehrten Menschen, finden etwas über Fluchten, Verstecke, Widerstand, Handlungsräume, Solidaritäten und Zivilcourage heraus. Ebenso wie sie vom Scheitern von Widerstand erfahren, von Verrat und Kollaboration und der verzweifelten Suche nach Unterschlupfen oder Auswegen. Bei ihren Recherchen können die Jugendlichen in der Regel mit den Pat*innen der jeweiligen Gedenksteine sprechen und zusammenarbeiten, Stolpersteinverlegungen filmisch begleiten, Kontakt zu Nachfahren in aller Welt aufnehmen oder aber im Stadtarchiv sowie bei stadtteilbezogen Geschichtsinitiativen Informationen, Fotos und vieles mehr entdecken und medial aufbereiten. Mit der „Stolpersteine-App" sind die Ergebnisse dieser intensiven Recherche- und Dokumentationsarbeit im tragbaren Format zusammengefasst. So können mit dem Tablet oder Smartphone die von den Jugendlichen erstellten kurzen Videoclips an den Gedenksteinen angeschaut werden, ebenso wie Fotografien und Dokumente zu den Menschen, an die erinnert wird.

All diese anspruchsvollen Angebote können niederschwellig gestaltet werden und individuell für die (hofffentlich!) inklusiven Teilnehmer*innengruppen spannend durchgeführt werden. Welche Quellen, welche Sprachen, welche Medien eingesetzt werden, muss situativ entschieden werden.

Ein Engel der Geschichte für alle

Ein weiterer wichtiger Prozess muss sich der Inklusion derer widmen, die in den Erinnerungsprozessen oft vergessen werden. Er trägt dem Erinnern in seiner Scharnierfunktion Rechnung und fragt, wie sich Vergangenheit – im Wortsinne gewissermaßen „postfaktisch"– verändert, sobald wir uns zu ihr durch unser Erinnern in eine Beziehung setzen. Oder vice versa: wie die Vergangenheit und ihre Betrachtung durch uns, in unserer Gegenwart also, unsere aktuellen Kontexte und Perspektiven auf unser gegenwärtiges Leben verschieben, neu erzählen oder verändern kann, je nachdem, in welchem Lichte wir auf sie zurückschauen. So ist es – im Sinne Walter Benjamins – die Vergangenheit selbst, die es im besten Falle zu inkludieren, im Mindesten aber in ihrer Fragmentiertheit zu bemerken gilt.

„Dem Gedächtnis der Namenlosen ist die historische Konstruktion geweiht." (Benjamin 2010/1939). Mit einem an Walter Benjamin orientierten Geschichtsbegriff, der die Vergegenwärtigung der unfertigen Vergangenheit, des unabgeschlossenen Gewesenen in den Blick nimmt, wird Erinnerung zu einer Auseinandersetzung mit den Nachwirkungen des Vergangenen in der Gegenwart. Für diese Deutung von geschichtlicher Zeit, die eben nicht nur als linear verlaufende Abfolge von geschehenen Ereignissen zu verstehen ist, übernimmt Benjamin aus der jüdischen Theologie den Gedanken, dass Geschichtszeit nicht irreversibel ist und die Jetztzeit das Vergangene verändern kann. Es sei die Aufgabe des Eingedenkens, schreibt Benjamin, „zu retten, was gescheitert ist". Das Leben, Denken und Wirken Walter Benjamins als Deutscher, Jude, Migrant, Exilant, Paria, Flüchtender, Verfolgter und undogmatischer Denker können Orientierungen für partizipative jugendpolitische Bildungsarbeit im Cluster „Erinnerung und Teilhabe" bieten.

Was bei Benjamin etwas angestaubt klingt hat jedoch im gegenwärtigen Erinnerungsdiskurs neue Aktualität erhalten. So beschreibt Aleida Assmann im Jahre 2013: „Das neue an der Erinnerungskultur ist ihr ethischer Rahmen, die Hypothek einer unerledigten Vergangenheit, weil sie einen Anspruch auf Anerkennung, Wiedergutmachung, Versöhnung oder Erinnerung mit sich führt." (Assmann 2013, S. 186) Assmanns Prämissen für eine neue Erinnerungskultur lauten: Erinnern ist Vergegenwärtigung von Vergangenheit. Allein die Gegenwart ist der Ort, von dem Geschichte(n) aufgerufen werden. Sie ist der Kontext, in den sie neu transformiert werden können. Somit wird Erinnerung nicht zu einer Rückholaktion vergangener Ereignisse. Vielmehr bedarf sie immer wieder einer neuen Darstellung, Beschreibung, Modellierung und Deutung.

Inklusion als neue Herausforderung der Erinnerungskultur

Beziehen wir in diese Gedanken den Anspruch auf Inklusion mit ein, darf es – so Martin Lücke – „durchaus konfliktreich zugehen, wenn Einzelne oder Kollektive sich Erinnern und vergangene Wirklichkeiten in unserer Gegenwart mit Sinn versehen" (Lücke 2015). Denn Lücke kritisiert an anderer Stelle die lediglich integrative Erinnerungskultur als eine Geschichtserzählung, die widersprüchliche und konkurrierende Narrative lediglich zusammenführen will. „Inklusive Erinnerungskultur würde sich dem Ziel verschreiben, eine Erinnerungslandschaft zuzulassen, in der conflicting memories ausgehandelt werden." (Ebd.)

Wie die politisch-historische Bildung dieser Herausforderung nach Teilhabe ungeachtet persönlicher Unterstützungsbedürfnisse gerecht werden kann, skizziert er wie folgt:

- Inklusive Erinnerungskultur zeigt auf, wer sich an wen erinnert und zu welchem politischen Zweck. Auf diese Weise wird Erinnerung als Mittel von Herrschaft sichtbar. Hier geht es dann um Herrschaftskritik.
- Inklusive Erinnerungskultur zeigt auf, wer beim Erinnern marginalisiert wird, oder noch genauer: wer vergessen wird – und deshalb in unserer so historisch überbordenden Gegenwartsgesellschaft gar nicht erst über die Ressource von Geschichte verfügen darf. Hier geht es um die Sichtbarmachung des Vergessenen.

- Inklusive Erinnerungskultur fordert, dass die Teilhabe an Geschichte für alle möglich sein muss – weil Geschichte zu einer mächtigen Ressource geworden ist, die als kultureller Kitt unser Machtgefüge absichert. Inklusive Erinnerungskultur fordert also Empowerment durch Erinnern und Geschichte gerade für die Machtlosen (vgl. ebd.).

Um eine inklusive und auf Teilhabe orientierte Erinnerungskultur in der Migrationsgesellschaft zu erproben gilt es, das häufig normativ aufgeladene Feld der Erinnerungskulturen neu zu öffnen und die Idee der „Multidirectional Memory" weiterzuentwickeln. Ziel kann und mag es sein, bislang marginalisierte Positionen und Perspektiven in alle Erinnerungsdiskurse – insbesondere in die nationaler und transnationaler Perspektiven – gleichberechtigt aufzunehmen. Im gegenwärtigen Europa spiegeln sich die (eurozentristischen) Grundnarrative von Holocaust-Erinnerungen schon lange nicht mehr „nur" mit sich selbst. Vielmehr treffen sie mit postmigrantischem Wissen und Erinnern etwa an Kolonialisierung, Flucht- und Bürgerkriegs-, Diskriminierungs- und Verfolgungserfahrungen zusammen. Bislang weitestgehend marginalisierte Vergangenheitsperspektiven wie diese sind dabei immer auch unmittelbar mit deutscher Geschichte verbunden. Aus beiden ein integriertes Erinnern machen zu können, ist aktuell bereits in vollem Gange – verbunden sicherlich mit Prozessen der Dekolonialisierung von Erinnerung und einer rassismuskritischen Grundanalyse. Nicht zuletzt im Rahmen dieser Entwicklungen ist der Blick auf einen Kontextualitätswandel von Erinnerungslandschaften und (trans-)nationalen Narrativen zwingend notwendig, wenn wir von inklusiver Erinnerungsarbeit sprechen wollen.

Aber auch die nichterzählte(n) Geschichte(n) und Erfahrungen sozialer Bewegungen und Kämpfe, religiöser Minderheiten, die Erinnerungshintergründe von z. B. Selbsthilfe-, Migrant*innen-Selbstorganisationen, der Teilhabe und Anerkennungskämpfe von Menschen mit Behinderungen, verschieben und erweitern inklusive Erinnerungslandschaften. Marginalisierte Erinnerung sind dabei nicht länger Themen Marginalisierter selbst – sie laden ausdrücklich dazu ein, „traditionelle" Ausschlüsse aufzuheben auch dann, wenn es um das Erinnern geht.

Gemeinsam kann dieser integrierende Blick, der sensibel ist für die Frage: „Von wem wird an wen erinnert?", Nährboden und Grundlage eines orientierenden Narrativs für das postmigrantische Deutschland sein. Denn dieser Blick ermöglicht einen veränderten Umgang mit der Verbindungen zwischen Erinnerungen und Identität, er bricht mit traditionellen Zugehörigkeitsmustern und mit Ausschlussstrukturen. Engagierte Teilhabe verknüpft Erinnerung mit aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und kann so dazu beitragen, die Vorstellung vom „naturgegebenen" Nationen- oder Zugehörigkeitsverständnis als Identitätskategorie zu überwinden. ■

Bericht aus der Praxis
Alles über Anne – Eine inklusive Ausstellung für die historisch-politische Bildung

„Alles über Anne“ heißt die neue Dauerausstellung des Anne Frank Zentrums in Berlin. Am 19. November 2018 wurde sie feierlich eröffnet. Die Ausstellung bietet als Lern- und Erinnerungsort verschiedene Zugänge zum Thema Anne Frank. Sie ist biografisch, interaktiv und inklusiv gestaltet. Berlinweit ist sie die einzige Ausstellung zum Thema Holocaust und Shoah, die sich explizit an Kinder und Jugendliche richtet. Sie eignet sich für Einzelbesucher*innen genauso wie für Teilnehmer*innen von pädagogischen Programmen.

„Alles über Anne“ ist in 3 Bereiche gegliedert:

- Im *Eingangsbereich* erhalten Besucher*innen kurze Antworten auf die häufigsten Fragen, z. B. zur vielfältigen Geschichte des Gebäudes und des Viertels am Hackeschen Markt vor und während der Zeit des Nationalsozialismus, zur Arbeit des Anne Frank Zentrums und zur Frage, was Annes Lebensgeschichte mit Berlin verbindet. Von Anfang an treffen Besucher*innen hier auf das durchgängige Bodenleitsystem, einen taktilen Orientierungsplan, auf Texte auf Deutsch und Englisch in Klarer Sprache sowie Übersetzungen in Deutsche Gebärdensprache.
- Der *Historische Teil* erzählt die Lebensgeschichte von Anne Frank, ihrer Familie und von ihrem Umfeld in fünf chronologischen Zeitabschnitten. Der historische Kontext wird aus der Perspektive von Anne und ihrem Umfeld dort erläutert, wo er für das Verständnis ihrer Lebensgeschichte notwendig ist. In jedem Abschnitt finden Besucher*innen eine Auswahl von unterschiedlichen Exponaten und historischen Quellen, die sie in die Hand nehmen und selbst ausstellen können. Ein zusätzlicher Epilog schildert als Überleitung in den Gegenwartsteil die Überlebensgeschichte und Rückkehr von Annes Vater Otto und seiner Veröffentlichung von Annes Tagebuch.
- Der *Aktuelle Teil* fragt Besucher*innen in verschiedenen Bereichen nach der Gegenwartsbedeutung von Annes Lebensgeschichte für sie selbst: „Warum sind Tagebücher wichtig?“, „Wer bestimmt, wer ich bin?“, „Wie sieht Gedenken aus?“ und „Wie zeigt sich Antisemitismus?“ Mitmach-Stationen laden die Besucher*innen ein, sich mit diesen Fragen auf unterschiedliche Weise zu beschäftigen und die Ausstellung um eigene Beiträge zu erweitern.

Während des zweijährigen Entwicklungsprozesses wurden die Ziele, Inhalte und Konzepte der neuen Ausstellung partizipativ erarbeitet. In den einzelnen Phasen der Entwicklung waren Gremien und Fachbeiräte eng eingebunden: Lehrer*innen verschiedener Berliner Schulformen, Mitarbeiter*innen von Museen und Gedenkstätten, Expert*innen in eigener Sache im Bereich Inklusion sowie Peer-Guides, die Gruppen als Expert*innen für die Vermittlung durch die Ausstellung begleiten.

Die Ausstellung bietet mit unterschiedlichen Mitteln Zugänge für Menschen mit verschiedenen Bedürfnissen: Die Ausstellung ist rollstuhlgerecht gestaltet. Alle Texte der Ausstellung sind mit Unterstützung einer Prüfgruppe in Klarer Sprache verfasst. Das heißt: Sie sind leicht verständlich und grammatikalisch korrekt. In der Ausstellung und in einem Glossar zum Mitnehmen gibt es Erklärungen für schwierige Wörter. Die wichtigsten Inhalte der Ausstellung sind in Gebärdensprache übersetzt und werden an insgesamt zwölf Monitore über jedem Überblickstext gezeigt. Blinde Menschen können sich in der Ausstellung mit einem taktilen Übersichtsplan, einem Bodenleitsystem und Audiodeskriptionen orientieren. Darüber hinaus gibt es verschiedene Tastobjekte, etwa Annes Porträt, ihr erstes Tagebuch und das Versteck im Hinterhaus.

Ein Bereich im Aktuellen Teil der Ausstellung geht anhand verschiedener Denkmale der Frage nach, was Gedenken in unserer Gesellschaft bedeutet. Zu sehen sind beispielsweise das Denkmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas, das May-Ayim-Ufer in Berlin Kreuzberg und das Denkmal für Burak Bektaş in Berlin Neukölln.

Als Tastmodell werden die Stolpersteine, die für die Familie Frank in Aachen verlegt sind, präsentiert. Unserer bisherigen Erfahrung nach kennen die meisten Jugendlichen Stolpersteine bereits als Form der Erinnerung. Sie sind in den meisten deutschen Städten präsent, aber für blinde Menschen nicht oder nur schwer ertastbar. Mit Hilfe unserer Berater*innen haben wir uns entschieden, die Stolpersteine der Familie Frank mit einem kurzen Einleitungstext und einer taktilen Übersetzung der Inschrift zu zeigen. Damit können alle Menschen erfahren, wo die Stolpersteine normalerweise liegen (vor der Haustür der letzten freiwillig gewählten Wohnung) und was auf den Stolpersteinen über die Person steht.

Die letzten Monate haben gezeigt, dass auch sehr viele sehende Besucher*innen das Tastobjekt nutzen. Peer Guides verwenden es in pädagogischen Begleitungen und diskutieren in Gruppengesprächen die aufkommenden Fragen von Teilnehmenden. Für alle ist es interessant zu sehen und/oder zu ertasten, wie die Stolpersteine unter der oberen Messingplatte beschaffen sind. Damit wird eine wichtige und weit verbreitete Form der öffentlichen Erinnerung an die im Nationalsozialismus Verfolgten auch für blinde und sehbeeinträchtige Menschen zugänglich gemacht. Dieses Beispiel zeigt, dass die inklusive Gestaltung von Ausstellungsinhalten nicht nur eine größere Zugänglichkeit und damit gesellschaftliche Teilhabe gewährt, sondern allen Besucher*innen zugutekommt. ■

Giulia Tonelli,
Anne Frank Zentrum e. V.

Bericht aus der Praxis
Leichte Sprache – schwere Sprache. Bericht aus der Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Multiplikator*innen

Seit drei Jahren findet im Herbst in der Villa Fohrde – Bildungs- und Kulturhaus e.V. ein Multiplikator*innen-Wochenende zum Thema „Leichte Sprache als Methode der Inklusion" statt. Das Seminar stellt sich der grundlegenden Frage, inwieweit und wie Leichte Sprache zur Teilhabe an (historisch-politischer) Bildung beitragen kann. Die Teilnehmenden setzen sich mit den Grundprinzipien, Erfahrungen und Schwierigkeiten Leichter Sprache auseinander. Darauf aufbauend diskutieren sie den Beitrag von Leichter Sprache für eine inklusive und partizipative Gesellschaft und insbesondere für die politische Bildungsarbeit.

Geleitet wird das Seminar von Thorsten Lotze, Vorstand des Netzwerks Leichte Sprache und langjähriger Übersetzer in Leichte Sprache in Osnabrück, von Shpresa Matoshi, Prüferin für Leichte Sprache, sowie einer Bildungsreferentin der Villa Fohrde. So treffen hier sehr verschiedene Erfahrungen schon im Leitungsteam aufeinander: Die Praxis und das Engagement für Leichte Sprache trifft auf die Praxis der historisch-politischen Jugendbildungsarbeit. Das Leben mit einer Lernschwierigkeit trifft auf ein Berufsbild, zu dem ein akademischer Abschluss (bisher) fast selbstverständlich dazu gehört. Die Klammer ist zunächst das Bekenntnis für eine inklusive, offene Gesellschaft. Diskutiert und gestritten wird auf dem Seminar über den Weg hin zu dieser Gesellschaft und über die Sprache(n), die dieser Weg braucht.

Im November 2018 begann das Seminar mit einer inklusiven „Führung als Gespräch" in der Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie-Morde in Brandenburg (Havel). In der Gedenkstätte sind seit Ende 2016 in Kooperation mit der Lebenshilfe Guides mit Lernschwierigkeiten tätig. Im Jahr 2016 eigneten sich die Guides in einem gemeinsamen Projekt das notwendige Wissen an und entwickelten daraus das Konzept einer inklusiven „Führung als Gespräch". Diese Führungen bieten sie Menschen jeden Alters mit und ohne Lernschwierigkeiten an. Viele Jugendseminare der Villa Fohrde besuchen seit Anfang 2017 für einen Tag die Gedenkstätte und erhalten eine inklusive Führung mit anschließendem Austausch und themenbezogenem Workshop. Die Rückmeldung einer jugendlichen Teilnehmerin: Am Anfang sei es erstmal gewöhnungsbedürftig und komisch gewesen, da nicht erwartet wurde, dass „solche" Menschen eine Führung in einer Gedenkstätte machen. Dann war es „aber cool, weil sie einfach so geredet haben, wie wir auch im Alltag reden. Ich musste mir manchmal fast das Lachen verkneifen, weil die kein Blatt vor den Mund genommen haben. Das war voll gut, ich habe dadurch echt viel vom Thema verstanden." In den Führungen wird nach eigenem Anspruch nicht nach den Regeln der Leichten Sprache gesprochen, aber eine möglichst einfache Sprache verwendet. Es ist also nicht immer leicht, alles zu verstehen, aber dennoch einfacher, weil es näher an der Alltagssprache und weniger an einer akademisch wissenschaftlichen Sprache orientiert ist.

Die Referent*innen des Seminars erläuterten später im Seminar, dass Leichte Sprache im Gespräch etwas anderes bedeute als bei einer schriftlichen oder mündlichen Übersetzung. Im Gespräch sei es vor allem wichtig, Gegenfragen zu stellen, im Dialog zu sein, zu prüfen, ob das Gegenüber alles verstanden hat, langsam zu sprechen, Pausen zu machen, das Gesagte mit Skizzen zu illustrieren. Viel davon wird bei den inklusiven Führungen und Workshops in der Gedenkstätte bereits umgesetzt.

Nach der Erfahrung der Führung beschäftigten die Teilnehmenden viele Fragen: Was bedeutet ein inklusiver Ansatz für die Gedenkstättenarbeit? Und welche Rolle spielt Sprache dabei? Wie viele Grenzen errichten wir durch Sprache? Und was sind die Antworten darauf? Wie lässt sich differenziert forschen, lernen, diskutieren in einer Sprache, die für alle Menschen verstehbar ist? Und wie lässt sich Sprache in „Leichte Sprache" übersetzen?

Als Einstieg in das Seminar versuchten die Teilnehmenden zunächst selbst, schwierige Wörter wie „Philosoph" einfach zu erklären. Shpresa Matoshi gab den Teilnehmenden als Prüferin Feedback, ob sie die Erklärung verstand. Dadurch reflektierten die Teilnehmenden gleich zu Beginn, wie kompliziert es sein kann, Dinge zu vereinfachen, neue Bezeichnungen zu finden und Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen.

Im Seminar entspannen sich auf Grundlage dieses ersten Inputs und der besprochenen Regeln zahlreiche Diskussionen: Wie gehen wir mit Fehlern und Unvollkommenheiten von uns selbst, von anderen um? Shpresa Matoshi schrieb als Referentin bei einer Übung bewusst am Flipchart mit – so wie sie eben schreibt mit einigen Rechtschreibfehlern. Die Teilnehmenden reflektierten ihre eigenen Reaktionen darauf: Den Wunsch zu „helfen" und zu verbessern, die Irritation und das Aushalten davon, etwas „Nicht-Perfektes" zuzulassen.

Für wen ist Leichte Sprache notwendig? Für wen ist sie zusätzlich sinnvoll und hilfreich? Menschen mit Lernschwierigkeiten, funktionale Analphabet*innen, gehörlose Menschen, viele ältere Menschen, viele Jugendliche, Menschen im Spracherwerb usw. Insbesondere in Bezug auf die Erfahrungen von Shpresa Matoshi

wurde immer wieder deutlich, dass viele Menschen erst durch Leichte Sprache überhaupt den Zugang zu Texten und somit zu ihren eigenen Rechten und politischen und historischen Zusammenhängen erhalten können (z. B. Grund-Rechte & Behinderten-Rechts-Konvention in Leichter Sprache).

Was wiegt als politischer Anspruch schwerer: Übersichtlichkeit und Verständlichkeit oder eine geschlechtergerechte Sprache? In der Leichten Sprache werden keine Sternchen, Unterstriche etc. verwendet. Wenn zwei Geschlechter benannt werden sollen, kann höchstens von „Arbeitern und Arbeiterinnen" gesprochen werden – in dieser Reihenfolge. Dies wurde im Seminar kontrovers diskutiert.

In Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention wurde erarbeitet, wie sehr die rechtliche und praktische Umsetzung in vielen gesellschaftlichen Bereichen dem Anspruch der Konvention noch nicht gerecht wird. Kritisch wurden hier nicht nur verschiedene politische Informationsangebote im Internet diskutiert, sondern auch die eigene politische Bildungsarbeit der Teilnehmenden hinterfragt.

Auch das praktische Ausprobieren des Schreibens in Leichter Sprache kam nicht zu kurz. Hier wurde deutlich, wie anspruchsvoll der Prozess des Reduzierens auf das Wesentliche ist: Was ist wirklich notwendig? Welche Informationen lenken nur ab? Wie können Bilder und Piktogramme sinnvoll eingesetzt werden? Leichte Sprache ist wichtig – und ziemlich schwer zu schreiben –, so am Ende der Konsens aller Teilnehmenden. Ab Oktober 2019 startet daher in der Villa Fohrde eine Fortbildung für Übersetzer*innen für Leichte Sprache. ■

Susanne Albani/Mareike Mischke,
Villa Fohrde – Bildungs- und Kulturhaus e. V.

Netzwerk Leichte Sprache

Die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe „Erinnerungskultur und Teilhabe"

Susanne Albani
Villa Fohrde – Bildungs- und Kulturhaus e. V.
www.villa-fohrde.de
susanne.albani@villa-fohrde.de

Jennifer Farber
Vogelsang IP gGmbH
www.vogelsang-ip.de
jennifer.farber@vogelsang-ip.de

Stefan Nadolny
Soziale Bildung e. V.
www.soziale-bildung.org
s.nadolny@soziale-bildung.org

Verena Reichmann
aktuelles forum e. V.
www.aktuelles-forum.de
v.reichmann@aktuelles-forum.de

Katja Schütze (Fachgruppenkoordinatorin)
Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.
www.hu-bildungswerk.de
katja.schuetze@hu-bildungswerk.de

Gina Schumm
Jugendkulturarbeit e. V.
www.jugendkulturarbeit.eu
g.schumm@jugendkulturarbeit.eu

Olan Scott Pinto
Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus gGmbH
www.lidicehaus.de
scott.pinto@lidicehaus.de

Dirk Springenberg
Waldritter e. V.
www.waldritter.de
dirk.springenberg@waldritter.de

Giulia Tonelli
Anne Frank Zentrum e. V.
www.annefrank.de
tonelli@annefrank.de

Was gehört zu Care-Arbeit?
#Familie
Reproduktions-arbeit
Reproduktions-arbeit
Kinderpflege/-erziehung
Pflege
zuhören
„klassische" Hausarbeit
ziehung
"ALTENPFLEGE"
trösten
Gesundheitsbe
(Einschränkung durch Krankheit)
Reinigung
Kinder-betreuung
Betreuung
- Betreuung von Menschen mit geistiger/psychischer Behinderung
Überblick haben
(alles sauber? - Kaffee
Empfangsbereich - Kreis)
Fenste
Oma zum Geburtstag gratulieren
Putzen
-Geschenke für Kindergeburts-tage
Psychohygiene für sich und andere
Geschenke kaufen
Sozialarbeiter*innen
Joggen
Ehrenamtliche Tätigkeiten
Demonstrieren gehen
Pflegekräfte
(Altenpflege, Krankenhäuser ...)
Erzieher*innen
(Kirch)-Religionsgemeinde
Pfleger*innen

Die CARE-Seiten des Lebens im Fokus der politischen Bildung

Bericht aus der Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“

Der Begriff der CARE- oder auch Sorge-Arbeit entwickelte sich in den 1990er Jahren insbesondere im englischsprachigen Raum („care work“). CARE-Arbeit, Sorgearbeit oder reproduktive Arbeit werden oft synonym gebraucht. Dabei geht es sowohl um die Fürsorge für andere als auch um die Sorge der Individuen für sich selbst. Thematischer Schwerpunkt ist die Kinder- und Altenbetreuung, die sowohl als formelle Erwerbsarbeit oder als informelle Tätigkeit verrichtet werden kann und in der Realität meist von Frauen verrichtet wird. CARE-Arbeit als Anerkennungsdiskurs einer in Mainstream-Debatten unbenannten, gesellschaftspolitischen Dimension von Arbeitsmarkt und Arbeitsteilung entstand vor allem aus feministischen Theorien und Diskursen um Reproduktionsarbeit.

Reproduktionsarbeit als Erwerbsarbeit ist in den sogenannten nordwestlichen Demokratien überwiegend weiblich und ist geprägt durch geringe Bezahlung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, ungünstige Arbeitszeiten, geringe gesellschaftliche Anerkennung, hohe Arbeitsfluktuation, Personalknappheit, hohe psychische und physische Belastungen, Nachwuchs- und Fachkräftemangel. Als informelle Tätigkeit bedeutet Care-Arbeit vor allem fehlende Bezahlung, Überlastung der überwiegend weiblichen Pfleger*innen oder Erzieher*innen, v. a. durch die Gleichzeitigkeit von Pflege-, Erziehungs- und Erwerbsarbeit. Durch diese soziale Ungleichheit, Teilzeittätigkeiten und den Aufbau des geschlechtersegregierten Arbeitsmarkts potenzieren sich die Risiken der zumeist weiblichen Altersarmut.

Im Diskurs um CARE-Arbeit geht es um soziale Gerechtigkeit und um die Verantwortung von Politik und Unternehmen für prekäre ökonomische Situationen von CARE-Arbeiter*innen. Ziel ist die gerechte und anerkennende Entlohnung von CARE-Arbeit im professionellen, semi-professionellen und privaten Sektor. Die italienische Feministin Silvia Federici kämpft beispielsweise seit den 70er Jahren für entlohnte CARE-Arbeit. In der internationalen Kampagne „Lohn für Hausarbeit“ ist das Ziel, nicht nur die Position von Frauen zu verbessern, sondern gesellschaftsverändernd in die Struktur von Geschlecht und Arbeit einzugreifen (vgl. Boddenberg 2019). Die aktuellen Diskussionen verdeutlichen, dass Sorgearbeit in der Krise ist und dass diese Krise in einem engen Zusammenhang mit dem Wandel in der Gesellschaft und der Arbeitswelt steht. Gestiegene Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen, der Bedeutungsverlust der Familie, die Verbreitung von Armut und sozialer Ungleichheit sowie die Vernachlässigung der (sozialen) Infrastruktur verschärfen den Blick auf die grundsätzlichen Probleme von CARE-Arbeit.

Brisanz des Themas

CARE-Arbeit umfasst demzufolge nicht nur Aspekte der nichtentlohnten Reproduktionsarbeit in privaten Haushalten, sondern nimmt ebenso die entlohnte CARE-Arbeit im sozialen Sektor in den Blick. Im entlohnten CARE-Arbeit-Sektor, wozu beispielsweise Soziale Arbeit, Gesundheitspflege, Altenpflege, Erzieher*innen oder Reinigungsfachkräfte zählen, existieren überwiegend sehr schlechte Arbeitsbedingungen, wozu viel Arbeit für wenig Lohn, hohe Erwartung an Flexibilität und Engagement, wenig Qualifizierungsmöglichkeiten, fehlende Aufstiegschancen und steigende Arbeitsbelastung zählen. Insgesamt führen profitorientierte Sozialsysteme, gering finanzierte Elementarbildung in Kindertagesstätten und Grundschulen und die fehlende Anerkennung der CARE-Arbeit im entlohnten Sektor für viele Arbeitnehmer*innen zu kaum aushaltbaren Arbeitsbelastungen, die sich in Krankheitstagen und Burn-Out Zahlen widerspiegeln (vgl. DGB 2018; BMAS 2018). In zahlreichen Streiks und Protestmärschen machten verschiedene Berufsgruppen in den vergangenen Jahren auf die Missstände in Kindertagesstätten, Grundschulen oder Krankenhäusern aufmerksam.

Die Zustände im entlohnten CARE-Arbeit-Sektor bedeuten eine arbeitsrechtliche Stagnation der strukturellen und inhaltlichen Weiterentwicklung im Bereich von Bildung und Qualifizierung

sowie Digitalisierung und kommen damit einer Reduktion der Qualität der Versorgung und Begleitung der Patient*innen, Kinder und Hilfebedürftigen gleich. Die „Ökonomisierung des Sozialen" wirkt so unmittelbar auf jene, die in ihrem Berufsfeld unterstützend tätig und jene, die auf Unterstützung angewiesen sind (vgl. Lemke/Bröckling/Krasmann 2000). Die Brisanz des Themas CARE-Arbeit ergibt sich somit aus der Logik des Zusammenspiels der Abdrängung Hilfebedürftiger an den Rand der Gesellschaft mit den Professionen, die sich um abgedrängte Personengruppen kümmern.

Auf der Seite der Arbeitnehmer*innen finden Arbeitsniederlegungen und Tarifkämpfe (Erzieher*innen-Streik) statt. Hinweise auf die unerträglichen Arbeitsbelastungen („Pflege am Limit") und Forderungen nach mehr sozialer Anerkennung werden laut. Dennoch verhallen scheinbar viele der Proteste in den letzten Jahren trotz hoher Beteiligung unerhört. Unerhört finden wir die Nicht-Benennung dieser Facetten in der Arbeitsmarkt-Politik und fordern deshalb, dass CARE-Arbeit in ausgewählten Bereichen in der politischen Bildung zu Arbeitsmarkt und Lebensperspektive Raum greift. Zwar finden die Forderungen von CARE-Arbeitnehmer*innen durchaus Zustimmung in breiten Bevölkerungsschichten, werden aber durch die profitorientierte und finanziell schlechte staatliche Ausstattung des „aktivierenden Sozialstaats" torpediert. Nehmen wir das Beispiel von privaten Krankenhäusern und erinnern uns: Die Privatisierung des Gesundheitssystems in den 1990er Jahren in Deutschland war dem Zeitgeist des Wandels des Sozialstaats geschuldet. Eine Folge war die Privatisierung der Ausbildungen und der Gesundheitsanbieter. Damit folgte die Profitorientierung des gesamten Sektors. Heute sehen wir vielerorts insolvent gehende Krankenhäuser, sehen die Schließung von kleinen Krankenhäusern, massive Arbeitsbelastungen des Pflegepersonals, fehlende Hebammen, fehlende Diskurse um politische Themen im Gesundheitssystem und eine zunehmend ausgebaute Zweiklassenmedizin in der Versorgung. Wer glaubt, Gesundheit zu einem Profitsystem ausbauen zu können, klammert sich in diesem Diskurs an das Recht des Stärkeren. CARE-Arbeit in den Fokus zu nehmen aber bedeutet, diese Klammer zu dekonstruieren und sich wieder auf die Grundrechte von Versorgung und Menschenwürde zu besinnen.

Ethisch interessant sind die Diskussionen um Roboter in der Versorgung und Pflege hilfebedürftiger Personengruppen. Wie bewerten wir die Hinzunahme von Robotern für die Versorgung pflegebedürftiger Personen? Ersetzen sie Pflegepersonal oder sind sie zusätzlich eingesetzt? Sind sie künstliche Intelligenzen, die mit jeder emotionalen Reaktion ihrer Klientel dazulernen? Sind sie Maschinen, denen Zuwendung entgegengebracht wird? Sind sie Liebes-Ersatzobjekte? Oder mutieren sie gar zu maschinellen Subjekten? „Besser Roboter als gar keine Person", sagte kürzlich ein älterer Herr in einer Pflegeeinrichtung. Ist das die Antwort auf gesellschaftliche Einsamkeit in einer Leistungsgesellschaft, die auf Funktionieren, Arbeit und Beteiligung setzt? Was, wenn der Mensch nicht mehr leistungsfähig ist? Was, wenn er Leistung verweigert? Wenn er nicht mehr kann? Welche Grundrechte hat ein Mensch? Hat ein Mensch ein Anrecht auf menschliche Versorgung? Auf menschliche Kontakte? Oder reichen im Bereich der Sexualität Sex-Roboter im Privaten oder in der Gesundheitsversorgung aus, um Sexualität als Grundbedürfnis anzuerkennen? Und wir fragen weiter: Wo sind die Grenzen der Grundbedürfnisse? Ist Sexualität ein Grundbedürfnis? Gibt es ein Recht auf Sexualität? Mindestens mit einem Roboter? Deutlich wird, dass die Inanspruchnahme von Robotern in der psychosozialen und pflegerischen Versorgung die Menschen und die Gesellschaften vor neue Probleme stellt. Wenn Roboter günstiger als Pflegepersonal sind, könnte das „Kuscheln" mit dem freundlich schauenden Roboter bald in Pflegeeinrichtungen im ganzen Land zum Alltag werden.

Anhand der angeführten Beispiele wird deutlich: Die Themen rund um CARE-Arbeit, die für die politische Bildung zentral sind, sind vielfältig. Dabei geht es um Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktsegregation, Anerkennungsprozesse, Digitalisierung, Grundrechte, Älterwerden, solidarischer Umgang mit hilfebedürftigen Menschen, Zustand von Pflegeeinrichtungen, Betreuungsschlüssel, Sexualität als Menschenrecht, sexuelle Selbstbestimmung, sexuelle Dienstleistungen, Sexualassistenz, Pflegeeinrichtungen aus ihrem Ghetto-Status zu lösen, Umgang mit Ausschlüssen von Pflegenden, Umgang mit Angehörigen, Eltern/Alleinerziehende mit chronisch kranken Kindern, die Bedeutung von künstlicher Intelligenz, demografischer Wandel u.v.a.m. CARE-Arbeit als Thema der politischen Bildung braucht Expert*innen und Methoden, wenn sie Menschen empowern will, die CARE-Seiten des guten Lebens aus dem Nicht-Themen-Komplex herauszuholen.

Umsetzung des Themas CARE in der politischen Bildung

Die beschriebene Brisanz und Wichtigkeit von CARE-Arbeit in der Debatte um Arbeit, Erwerbsarbeit und damit auch in der arbeitsweltbezogenen politischen Jugendbildung haben die inhaltliche Auseinandersetzung der AdB-Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive" seit 2017 geprägt. Wir lasen wissenschaftliche Texte zum Thema, beteiligten uns an politischen Aktivitäten im Zusammenhang mit der aktuellen CARE-Revolution Bewegung (http://care-revolution.org), beschäftigten uns mit Statistiken und EU- sowie weltweiten Untersuchungen – kurz: Wir machten uns zu Expert*innen für diesen Themenbereich. CARE-Arbeit wurde somit zu einem praktischen Bestandteil unserer politischen Jugendarbeit in den Bildungsstätten.

Die Erkenntnisse und die Möglichkeiten der bildnerischen Beschäftigung mit der Thematik wollten wir unbedingt „multiplizieren", weitergeben an unsere Kolleg*innen der anderen Fachgruppen der politischen Jugendbildung im AdB. So gestalteten wir die Fortbildung „Die CARE-Seite des Lebens" im Rahmen der Zentralen Arbeitstagung der Jugendbildungsreferent*innen (ZAT), die im März 2018 im ABC Bildungs- und Tagungszentrum e.V. in Hüll stattfand.

Gemeinsam mit den Kolleg*innen widmeten wir uns zu Anfang verschiedener, uns persönlich betreffender Fragen: Wann habe ich das letzte Mal über CARE nachgedacht? Wer leistet CARE-Arbeit? Bin ich auch CARE-Arbeiter*in? Was gehört alles zu CARE-Arbeit? So wurde ein erster inhaltlicher sowie emotionaler Einstieg geschaffen. Der Schritt führte die Teilnehmer*innen in einen kreativen und intensiven Teil der Fortbildung, der auch das Kernstück der ZAT bildete. Die Zielsetzung der von uns mit „La Maison – es rappelt im Karton" betitelten Methode war:

- Auseinandersetzung mit den eigenen Arbeitsverständnissen und Anteilen,
- Einstieg in das Thema CARE und Sensibilisierung,
- Herausfinden des persönlichen Bezugs zur Thematik,
- kritische Auseinandersetzung,
- Erfassen dessen, was alles CARE-Arbeit ist.

Nach einem umfassenden Brainstorming zu den vielfältigen Arbeitsbereichen, die zu CARE gehören (könnten), ging es in eine kreative Phase der Gestaltung eines Lebenshauses als Momentaufnahme der derzeitigen, persönlichen Arbeitssituation. Der Platz dafür war je ein Schuhkarton (siehe Methodenbeschreibung S. 50).

Interessant an dem sich anschließenden Austausch war, dass die Lebenssituationen zwar sehr vielfältig sind, die Utopien aber immer mehr Raum für ein Leben und Wirken in der Nicht-Erwerbsarbeit in sich trugen. Die geschlechtersegregative Aufteilung von Pflege-Arbeit wurde betont, die häufig anzutreffende Selbstausbeutung (weil „notwendig") waren oft zu hören. Die individuellen Strategien zur Bewerkstelligung des eigenen Lebens wurden so von den Teilnehmer*innen verglichen und die politische Dimension konnte herausgearbeitet werden – systemimmanente Nicht-Wertschätzung von CARE-Arbeit, Privatheit von Sorgearbeit und gesellschaftlicher Verlass auf diese „Privatleistung".

Inhaltlich bedeutsam für die Fortbildung war auch die Vermittlung von Fakten zum Thema CARE-Arbeit. So wurde im Zusammenspiel mit einem diskursiven Austausch deutlich gemacht, dass CARE-Arbeit wichtig ist zur Sicherung menschlicher Grundbedürfnisse und für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Sie ist überall sichtbar und unsichtbar und dennoch besteht trotz dieser Allgegenwärtigkeit eine geringe Wahrnehmung ihrer Bedeutung. CARE-Arbeit ist in jedem Fall mehr als ein Bereich des menschlichen Tuns, es berührt Arbeits-, Sozial- und Migrationspolitik, besonders die Arbeitsteilung, Geschlechterrollen, Familienbilder, Lebensperspektiven und die Marktmechanismen wie Privatisierung, Ökonomisierung, Arbeitswelt 4.0. Der gesamte CARE-Diskurs stellt die dringende Frage nach dem guten Leben.

Die Fortbildung der Fachkräfte fand einen runden Abschluss mit dem Blick in die Historie von Sorge-Bewegungen wie den ersten Ärztinnen, der Etablierung sozialer Berufe als Fortschritt auch für die Selbstständigkeit von (bürgerlichen) Frauen, der Aids-Krise, der Krüppel-Bewegung in den 1980er Jahren, den aktuellen Pflegegesetzgebungen usw.

Nach einem anregenden Interview mit Prof. Dr. Gabriele Winker von der TU Hamburg-Harburg (Aufzeichnung siehe www.youtube.com/watch?v=LbVlSxAT5fM) nahmen die Bildungsreferent*innen vier ausgewählte Fragen in vier mehrmals stattfindenden Gruppen in den Fokus. So wurde den Teilnehmer*innen ermöglicht, an möglichst vielen Fragen zu arbeiten:

- Was bedeutet für mich solidarische Gesellschaft?
- Warum wird das Thema immer wieder vergessen? Was ist mein Anteil daran?
- Welche Chancen und Grenzen bietet die Digitalisierung für CARE-Arbeit?
- Wie kann ich CARE in meine politische Bildung einbauen?

Vor allem mit der letzten Frage wurde ein praktischer Anknüpfungspunkt zur politischen Jugendbildung in unserem Fachkreis gegeben. Wir konnten die Vielfalt der Thematik und die politische Dimension aufzeigen. Die Lust auf den Transfer für die eigene Bildungsarbeit wurde geweckt und durch die anregenden Methoden auch praktisch möglich.

Konsequenzen – Politische Herausforderungen

Aus Sicht der politischen Bildung sehen wir zahlreiche Anknüpfungspunkte für bildungspolitische Perspektiven. Grundsätzlich sehen wir die Notwendigkeit, CARE als geschlechtersensibles Thema zu setzen und intersektionale Perspektiven auf CARE-Arbeit im Kontext politischer Bildung anzubieten. Das bedeutet beispielsweise, die strukturellen Interdependenzen zwischen Migration, Klasse, Geschlecht und Körper konsequent in die Bildungspraxis einzubeziehen. Für die eigene Praxis gilt deshalb, Angebote und Fortbildungen zu Berufs- und Lebensplanung vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Lohnarbeits- und CARE-Verhältnisse kritisch zu hinterfragen. Somit soll die inhaltliche Auseinandersetzung von CARE-Arbeit als Leerstelle dekonstruiert, als zentrale soziale Frage in den Fokus gerückt werden. Dabei fördert CARE-Arbeit als Thema der politischen Bildung Gleichstellung: CARE-Nehmer*innen als mündige Subjekte behandeln mit dem Ziel, dazu beizutragen, CARE-Beziehungen menschlicher und selbstbestimmter zu gestalten. Dazu zählt, kritische Perspektiven auf profitorientierende Perspektiven in Gesundheits- und Pflegesystemen anzubieten und solidarische Prinzipien rund um CARE-Arbeit für und in Gesellschaft zu verankern. Es geht darum, zur Enttabuisierung der Themen um CARE-Arbeit beizutragen und die soziale und geschlechterspezifische Segregation der CARE-Aufgaben zu hinterfragen. Deshalb sollten Abelism und Ageism als Grundstrukturen von Gesellschaft in der politischen Bildung ernst genommen und im Querschnitt verankert werden. Ideen für konkrete Themen in der Umsetzung sind vielfältig. Zentral ist sicher die Idee der Leistungsgesellschaft als Kontrast zu der Idee von CARE-Revolution kritisch in den Blick zu nehmen. Beim Stichwort Lohngerechtigkeit (gleicher Wert der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und im Krankenhaus) sind Möglichkeiten

Methodenbeschreibung

„La Maison – es rappelt im Karton“

Zeitumfang 2–3 Stunden, mind. drei Teilnehmende

Brainstorming zum Thema Arbeit (Einzelarbeit + Plenum);

Arbeitsbereiche sammeln und visualisieren (um die Vielfalt von Arbeiten aufzuzeigen), ggf. mit einigen vorbereiteten Moderationskarten (pro Arbeitsbereich);

Kreative Auseinandersetzung zum Thema: Wie ist der Ist-Zustand meiner Arbeitsverteilung gemäß der Paradigmen Zeit und Bedeutung? (Gestalten mit Papier und zur Verfügung stehenden verschiedenen Bastelmaterialien in einem Schuhkarton);

Was ist die Utopie bei meiner Arbeitsverteilung gemäß der Paradigmen Zeit und Bedeutung? (ebenfalls gestalten);

Motti finden: Gibt es ein Motto, eine Fragestellung einen Aussagesatz für den Ist-Zustand und für die Utopie?

Triadenarbeit: 3 Personen, Zeitrahmen: Jede*r erzählt 5 min, Person 2 hört zu, Person 3 nimmt die Zeit (bitte strenges Zeitmanagement): „Stellt euch gegenseitig vor, was euch wichtig ist und auch das was ihr gerne erzählen wollt. Achtet in dem was ihr erzählt darauf, was ihr in dieser Runde berichten wollt.“

Auswertung: Wie komme ich von meinem Ist-Zustand zur Utopie? Ist das gewünscht?

(Achtung, an dieser Stelle nicht verharren, weil die Methodik sonst in der neoliberalen Logik des „Jede*r ist ihres/seines Glückes Schmied*in“ bleibt. Hierzu kann ein gemeinsames großes Haus theoretisch (schriftlich) oder haptisch (bspw. als Collage oder als Pappkartonhaus) gestaltet werden.

Im (ggf. halben) Plenum: Der politische Rahmen

Einleitung: „Bitte berichtet (anonymisiert) von euren Leuchttürmen aus der Triadenarbeit.“

Mögliche Reflexionsfragen dafür:

- Was gehört zur gesellschaftlichen Realität?
- Was hat gesellschaftliche Sprengkraft?
- Welche der Tätigkeiten würdest du an bezahlte Kräfte abgeben?
- Was zählen wir zur Arbeit und warum?
- Was würde ich tun, wenn ich freier mit Ressourcen sein könnte und bspw. ein Grundeinkommen bekäme?
- Wo erhalten wir Anerkennung? Und wie drückt sich diese aus?
- Spielt Diversität (Klasse, Geschlecht, Migration …) in diesem CARE-Prozess eine Rolle?
- Wer macht die CARE-Arbeit in Deutschland?

Berichten im Plenum: Interessantes aus der Diskussion, Visualisierung.

von Verschiebung und Veränderung zu diskutieren, sowie die Bedeutung und die Grenzen der Interessensvertretungen der Berufe bekanntzumachen.

Das Wissen um aktuelle Netzwerke, Kampagnen und Kenntnisse um soziale Bewegungen, die sich mit CARE-Arbeit beschäftigt haben, sind zu vermitteln. Dazu zählt auch das Vorstellen bekannter Persönlichkeiten, die sich der CARE-Arbeit im emanzipatorischen Sinne gewidmet haben. Einblicke in private Pflege-Beziehungen, rechtliche Grundlagen und Konsequenzen bieten dann Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit dem Alltag von Pflege im privaten Umfeld.

Von besonderer Bedeutung ist das Platzieren von minorisiertem Wissen in der politischen Bildung. Den machtkritischen Themen und Perspektiven Raum zu geben bedeutet, sich den Themen zu widmen, die für Jugendliche und Fachkräfte neu und diskursträchtig sind. Dazu zählen Themen wie beispielsweise Aids-Krise, Kita-Streik, Pflegekräfte-Streik, tagesaktuelle Perspektiven, Agenda 2010, z. B. durch kritische Perspektiven auf den „aktivierenden Sozialstaat" und das sozialpolitische Paradigma „Fordern und Fördern". Ebenso ist das Hinterfragen der CARE-Kette, in der Hierarchien durch schlechte Bezahlung und kriminalisierte Arbeitsverhältnisse eine große Rolle spielen, wichtig. Arbeitsmigration bedeutet oft, dass Migrant*innen Pflege in Deutschland ausführen (vgl. Lutz 2018; Schwenken/Heimeshoff 2011). Ebenso bieten die bereits oben erwähnten Themen Roboter und die Situation von Hebammen in Deutschland als soziales und frauen*politisches Thema Chancen für Aufklärung und Auseinandersetzung.

Die Fachgruppe strebt eine solidarische Gesellschaft mit Anerkennungsstrukturen für CARE-Arbeit an. Aus den bildungspolitischen Auseinandersetzungen ergeben sich für die Fachgruppe folgende politische Forderungen:

- Bezahlte Ausbildung in allen Bereichen. Das bedeutet auch, für die Forderung zu stehen, Erzieher*innen-Ausbildung als Studium oder als duale Ausbildung zu ermöglichen.
- Fairer Lohn für die entlohnte CARE-Arbeit, allgemeine Lohngerechtigkeit. Dazu zählt eine Gleichwertigkeit zu technischen Berufen. Gleiche Bezahlung ist angemessen.
- Sozialpolitische Anerkennung von Ehrenamt und nicht-entlohnter CARE-Arbeit, z. B. durch Rentenansprüche oder Zusatzleistungen.
- Schaffung von rechtlichen Grundlagen für prekäre Arbeitsverhältnisse im CARE-Sektor.
- Förderung der Fachkräfte, d. h. Migration mit sicherem Status und rechtlicher Absicherung.
- Europäische Lösungen für eine menschenrechtskonforme Arbeitsmigration.
- CARE-Arbeit als europäische und globale Aufgabe und Wirklichkeit rechtlich und menschenrechtlich regeln.
- Antidiskriminierungsschutz für Arbeitsmigrant*innen.
- CARE-Arbeit muss gemeinnützig und damit in erster Linie nicht profitorientiert sein.
- Denkfabriken „Digitalisierung und Mensch", „Digitalisierung und Roboter" anregen.
- CARE als Zukunftsthema zwischen Technik, Menschenrechten und Gleichberechtigung als Forschungsthema und soziale Frage in den Blick nehmen.
- Sozialleistungen und Lohnfortzahlung für Pflegende.
- Übergang von einer Leistungs- zu einer solidarischen CARE-Arbeit-Gesellschaft.

Eine „Care-Revolution" im Sinne von Gabriele Winker (2015) ist eine „gesellschaftspolitische Transformationsstrategie", die das Aufeinanderangewiesensein in das Zentrum gesellschaftlicher Transformation rückt. Ohne harte soziale Auseinandersetzung ist eine Überwindung der Care-Krise nicht zu erreichen. Sie erfordert organisations- und durchsetzungsfähige Akteure, die sich für Reformen der Sorgearbeit für andere und für die Selbstsorge stark machen und damit den Weg in eine solidarische Gesellschaft ebnen. ■

Bericht aus der Praxis
Auszubildende als Betroffene schwieriger sozialer Situationen – Care-Arbeit im Fokus

„Was ist gute Arbeit?“ und „Wie kann gute Arbeit für gute Pflege gelingen?“ Mit diesen Fragestellungen beschäftigten sich 26 Auszubildende der Krankenpflege vom 9. bis 13. Juli 2018 in einem 5-tägigen Seminar mit dem Titel „Auszubildende als Betroffene schwieriger sozialer Situationen – Care-Arbeit im Fokus“.

Im Vordergrund standen die Reflexion der aktuellen Arbeitssituation sowie die Auseinandersetzung mit zentralen Herausforderungen und Handlungsbedarfen in der Pflege. Besonders thematisiert wurden die Auswirkungen der Pflegesituation auf die Ausbildung und damit auf die Auszubildenden.

Die Auszubildenden befanden sich zum Zeitpunkt des Seminars am Ende des 2. Ausbildungsjahres und hatten im Rahmen ihrer Ausbildung bereits vielfältige Erfahrungen in den unterschiedlichen Abteilungen in Krankenpflegeeinrichtungen gemacht. Diese Erfahrungen spiegelten sich in den ersten Reflexionsprozessen des Seminars wider. Am Beispiel einer Positionierungsübung zur Motivation für einen helfenden/pflegenden Beruf gab es deutliche Diskrepanzen zwischen der Motivation zu Ausbildungsbeginn und der aktuellen Motivationslage. So war die Motivation zu Beginn der Ausbildung deutlich höher als zum Zeitpunkt des Seminars. Die Beweggründe für das Ergreifen eines helfenden Berufs wurden anschließend ebenso betrachtet wie die Ursachen für den sichtbar gewordenen Motivationsverlust.

Für alle stand zu Beginn der Ausbildung fest, dass sie „anderen (pflegebedürftigen) Menschen helfen“, „etwas Gutes für die Gesellschaft tun“, „eine sinnstiftende Aufgabe übernehmen“ wollen. Alle Teilnehmer*innen bewerteten in diesem Zusammenhang den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Arbeit einhellig positiv. Trotz dieser Motive und der anfänglich hohen Motivation hat die konkret erlebte Arbeitssituation zu einer kritischeren Auseinandersetzung mit dem Pflegeberuf und damit auch mit ihrer persönlichen Zukunft in diesem Arbeitsfeld geführt.

Mithilfe von Rollenspielen und theaterpädagogischen Elementen wurden die vielfältigen Herausforderungen und belastenden Arbeitsbedingungen wie Zeitdruck, körperliche Belastung, emotionale Anforderungen sowie die belastende Wirkung der unregelmäßigen Arbeitszeiten (Wochenend-, Schicht- und Nachtarbeit) herausgearbeitet. Die Auszubildenden selbst erlebten sich aufgrund der vorwiegend hierarchisch geprägten Strukturen in den Krankenpflegeeinrichtungen als besonders betroffen. Oftmals stehen sie

zwischen den Dimensionen „Helfen und Hilflos sein“ sowie „Macht und Ohnmacht“. Diese Dimensionen wurden im weiteren Seminarverlauf auf mögliche Handlungsstrategien hin reflektiert.

Die Auszubildenden definierten darüber hinaus im Rahmen einer „Entwicklungswerkstatt“ Kriterien für „Gute Arbeit“ im Sinne von Qualitätskriterien für die Pflegebranche – insbesondere für die Ausbildungssituation. Thematisiert wurden in diesem Prozess u. a Kommunikation und Betriebskultur (z. B. Einbindung in die Pflegeteams, Einarbeitung in die Abteilungen, Kommunikation zwischen Pflegeschule und Einrichtung), (Mit-)Gestaltungsmöglichkeiten (z. B. bei der Dienstplanung, Arbeitszeitgestaltung), Entwicklungsmöglichkeiten (z. B. Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen), körperliche und emotionale Entlastungen (z. B. Gesundheitsmanagement, höherer Personalschlüssel).

In der Auseinandersetzung mit den Anforderungen an „gute Arbeit für gute Pflege“ wurde den Auszubildenden deutlich, dass viele Kriterien oder Rahmenbedingungen an z. T. innere und äußere politische Entscheidungen gebunden sind und ihr eigener Einfluss auf eine mögliche Veränderung zunächst gering erscheint. Aufgezeigt wurde in diesem Kontext die Mitwirkung bei der Mitarbeitervertretung als eine Option, bei innerbetrieblichen Entscheidungen mitzuwirken.

Zum Ende des Seminars wurde besonderes Augenmerk darauf gelegt, den Teilnehmenden Möglichkeiten der Selbstwirksamkeit aufzuzeigen und sie in ihrer Situation von „innen“ zu stärken. Ein Ziel war es, den Zusammenhalt im Team zu verbessern, um Bedürfnisse und belastende Erfahrungen im Team auffangen und klären zu können. Zudem probierten die Teilnehmenden verschiedene Entspannungstechniken und Möglichkeiten von Teamsupervision aus.

Insgesamt ermöglichte das Seminar den Teilnehmenden einen kritischen Abstand zum Arbeitsalltag und die Entwicklung einer persönlichen Lebens- und Arbeitsperspektive in oder außerhalb des Pflegeberufs.

Die Ergebnisse der Seminararbeit wurden den Ausbildungsleiter*innen der Pflegeschule abschließend vorgestellt, einzelne Themenfelder und Handlungsansätze im Hinblick auf die Umsetzung im Rahmen der Ausbildung diskutiert und bewertet. ■

Mechtild Möller,
Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.

Bericht aus der Praxis
Seminar „Mein Leben“

Das Konzept von HochDrei e.V. für den Fachbereich „Arbeit und Lebensperspektive“ im Programm politische Jugendbildung des AdB beinhaltet die Betrachtung von Arbeitswelt mit den besonderen Aspekten Zukunftsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Chancengerechtigkeit. Bei der Zusammenarbeit mit Schüler*innen einer heilpädagogischen Waldorfschule wurden in einem Seminar vom 4. bis 8. Juni 2018 die Themen Zukunftsfähigkeit und die historisch-politische Bildung gewählt.

Die Jugendlichen befanden sich zum Zeitpunkt des Seminars ein Jahr vor ihrem Abschluss und dem potenziellen Beginn einer Ausbildung bzw. einer Anstellung bei einem Arbeitgeber für behinderte Menschen. Sie waren also mitten in der Berufsorientierung und schauten entweder mit Vorfreude oder verunsichert, mit überfliegenden Plänen oder resigniert in die berufliche Zukunft. Für einige war der Weg bereits festgeschrieben in Richtung Werkstatt für behinderte Menschen, für andere machten deren Träume und Ideen für die nächste Zukunft noch weite Perspektiven auf. Die Lernbegabungen und körperlichen Fähigkeiten waren sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Die Gruppe ging die Seminarwoche mit dem politischen Bildungsprogramm und der Herausforderung zur Selbstorganisation (d.h. die Mahlzeiten wurden durch die Gruppe unter Bereitstellung eines eigenen Budgets selbst geplant und zubereitet) sehr bewusst an. Dies entsprach genau ihrem Willen zur Selbstständigkeit und zu neuen Erfahrungen. Seit Jahren kooperiert HochDrei e.V. mit der Tobias-Schule Bremen und kann sich sehr gut auf die besondere und auch herausfordernde Zielgruppe einstellen, für die die Methodik und die Zeitpläne des Seminarplans angepasst wurden. Die Zielsetzung des Seminars bestand in der Erfahrung positiver Gemeinschaftserlebnisse und demokratischer Gruppenprozesse, in der individuellen und selbstständigen Formulierung von Wert- und Zukunftsvorstellungen sowie der Erarbeitung und Benennung von ersten Schritten und möglichen Wegen in eine selbstständige Zukunft. Im Part zur historisch-politischen Bildung beschäftigten sich die Jugendlichen mit der jüngeren Geschichte, mit der Verfolgung politisch Andersdenkender in der DDR. Um an der Lebenswirklichkeit der Jugendlichen anzuknüpfen, wurde die Frage gestellt: Was wäre mit mir in meinem Alter jetzt vor 35 Jahren gewesen? Wie hätte ein Leben in der DDR ausgesehen?

Die Gestaltung des Ablaufs bezüglich der Seminarzeiten, der Mahlzeiten und der Gestaltung der Freizeit in Potsdam lag dabei in der Hand der Jugendlichen. Betreuerin und Bildungsreferentin unterstützten sie dabei. Zentrale Inhalte bearbeiteten die Teilnehmer*innen in den Seminareinheiten, in denen es um ihre Zukunftsvorstellungen und deren Realisierung ging. Darin gingen sie essentiellen Fragen nach: Was kommt nach der Schule? Welche Vorstellungen habe ich davon? Was ist erstrebenswert? Was brauche ich, um meine Ziele zu erreichen? Wer kann mir auf meinem Weg behilflich sein? Welche Schritte stehen an? Sind diese realistisch und habe ich eine gute Alternative?

Die Bearbeitung der Inhalte mit der Anforderung, diese kritisch, geschlechtergerecht und emanzipatorisch zu gestalten, war insofern eine Herausforderung, als dass jede*r eine andere Lernbeeinträchtigung hatte. So war es wichtig, einen großzügigen Zeitrahmen für die Einheiten zu schaffen und methodisch auf kreative Mittel für die Meinungsäußerung (wie z.B. mit Collagen, Zeichnungen) zu setzen. Das funktionierte sehr gut und regte zum Gespräch an. Anders als in Gruppen mit Durchschnittsfähigkeiten, anders in Tempo und Intensität, aber genauso gut.

Die Teilnehmer*innen nahmen sehr engagiert am Seminargeschehen teil und beeinflussten aktiv den Verlauf der Woche. Sie nahmen die Informationen zu Berufswahl und Geschlechterverhältnissen interessiert auf und ließen sich gern auf den kritischen Austausch dazu ein. Sie nahmen ihre eigenen Perspektiven in den Blick und glichen sie ab mit den Wünschen und Bedürfnissen, die sie spüren. Die Jugendbildungsreferentin unterstützte dabei Talente und Fähigkeiten der Jugendlichen und regte zur Reflexion des eigenen Denkens und Tuns an.

Außer der Auseinandersetzung mit ihrer zukünftigen Arbeitswelt wünschten sich die teilnehmenden Jugendlichen einen Besuch in der Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert und damit die historisch-politische Beschäftigung mit der jüngeren deutschen Geschichte. In der langjährigen Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte konnten wir sicher sein, dass eine zielgruppengerechte Führung mit Schwerpunkt Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit der DDR stattfindet. Der Lernort machte Geschichte spürbar, die Jugendlichen hatten einen u.a emotionalen Zugang und erlebten bspw. die Beklemmung von Freiheitsentzug aus politischen Gründen. Ihre Reaktionen, die kleinen Bemerkungen und kurzen Gespräche in der Gedenkstätte verdeutlichten den unmittelbaren Erfahrungs- und Lernzuwachs.

Der ganzheitliche Ansatz von gemeinsamer Versorgung und Zusammenleben in der Seminarwoche, dem Lernen und dem Erkunden anderer Orte, stellte für die Jugendlichen einen besonderen Mehrwert dar. Sie übernahmen Verantwortung und setzten sich auch offen damit auseinander, wenn etwas nicht so gut gelang.

Die Arbeit mit den Jugendlichen war sehr anregend und aufschlussreich, was die eigenen Methoden und Möglichkeiten des Zugangs betrifft. Es zeigte sich erneut, wie wichtig es ist, politische Bildung für die verschiedensten Zielgruppen möglich zu machen und mitzudenken. Dabei ist es wichtig, klassische Seminarstrukturen zu verlassen und neue, andere Wege zu gehen: Zeitrahmen sind größer zu setzen, Zielsetzungen sind detaillierter zu formulieren, Arbeitsformen zu überdenken und neu zu ordnen.

Auch im Jahr 2019 wird die Kooperation mit dieser Schule fortgesetzt werden, denn die Einrichtung schätzt den Anspruch der politischen Bildung sowie die Offenheit von HochDrei e. V. ■

Tanja Berger,
HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg

Die Jugendbildungsreferent*innen der Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive“

Tanja Berger
(Fachgruppenkoordinatorin)
HochDrei e. V. –
Bilden und Begegnen in Brandenburg
www.hochdrei.org
berger@hochdrei.org

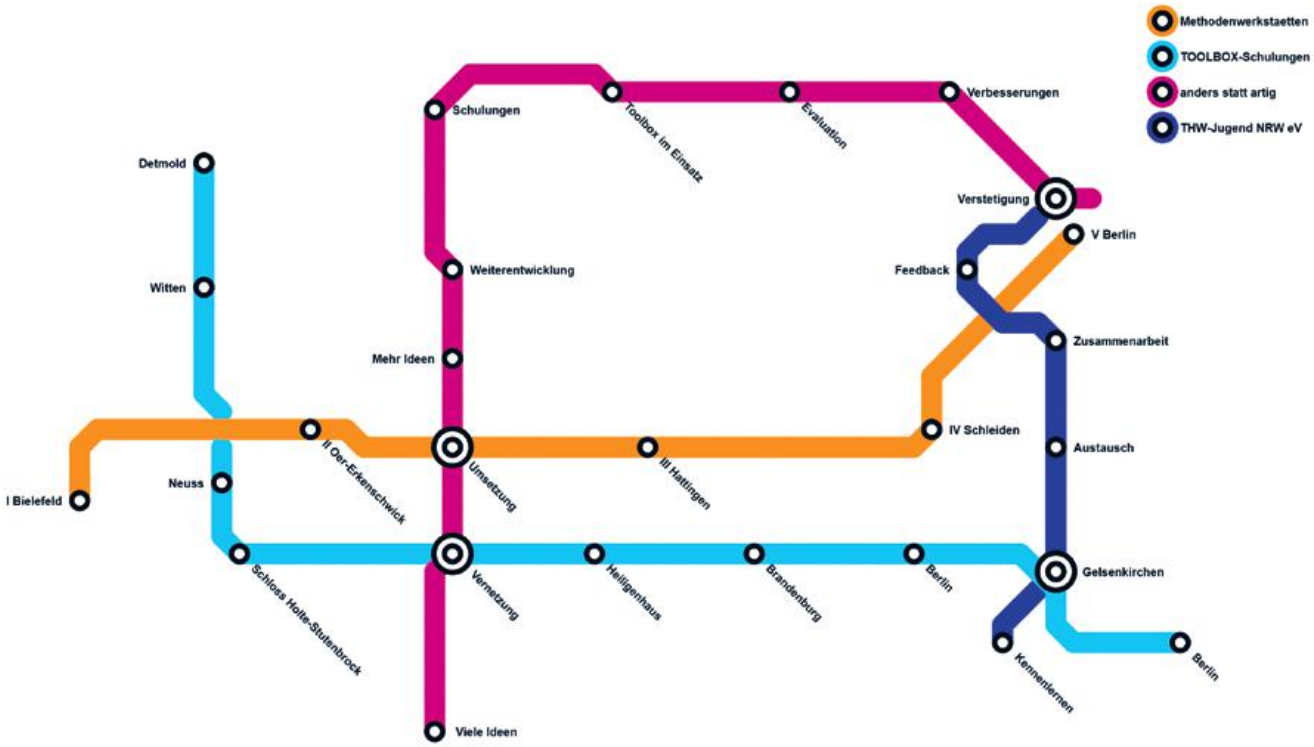
Mechtild Möller
Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.
www.hoeb.de
mechtild.moeller@hoeb.de

Dr. Ines Pohlkamp
Bildungsstätte Bredbeck –
Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz
www.bredbeck.de
ines.pohlkamp@bredbeck.de

Christine Strauß
Europahaus Aurich –
Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.
www.europahaus-aurich.de
strauss@europahaus-aurich.de

Kim Alexandra Trau
Stiftung Akademie Waldschlösschen
www.waldschloesschen.org
kim.trau@waldschloesschen.org

AdB-Projekte in Bundesprogrammen



Das Liniennetz von anders statt artig –
Mitfahren erwünscht, Einsteigen jederzeit möglich

Projekt im Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“

Interkulturelles Lernen im Verband: Partizipation als Motor für Bildungsprozesse

Das Modellprojekt „anders statt artig“

Freiwilliges Engagement in Deutschland hat viele Gesichter und bereichert unsere Gesellschaft. Vereine und Verbände übernehmen soziale und kulturelle, politische und gesellschaftliche Aufgaben. Aber: Sind diese – zum Teil traditionsreich gewachsenen – Verbände offen für alle Menschen? Wie können neue Zielgruppen angesprochen und wie kann dann das gemeinsame (interkulturelle) Lernen gestaltet werden?

Das Modellprojekt „anders statt artig. Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“, bereits im Jahr 2017 gestartet und vom AdB verantwortet, hat sich zum Ziel gesetzt, mit kreativen Ideen für interkulturelles Lernen das demokratische Miteinander in der THW-Jugend und darüber hinaus zu unterstützen. Dafür wurden eine Reihe von Methodenwerkstätten und partizipativen Prozessen genutzt, und am Ende eine Toolbox entwickelt, die allen Interessenten für die eigene Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt werden kann.

Seit März 2018 wurde diese Toolbox in der Praxis mit den Kooperationspartnern THW-Jugend Nordrhein-Westfalen e.V. und THW-Jugend Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt e.V. getestet. Gemeinsam mit über 120 ehrenamtlichen Multiplikator*innen im Alter von 14 bis 60 Jahren wurden die verschiedenen Bestandteile der Toolbox im Hinblick auf die Anwendbarkeit im Jugendverband des Technischen Hilfswerks, aber auch darüber hinaus in der politischen Bildungsarbeit allgemein, untersucht.

Das ehrenamtliche, freiwillige Engagement musste bei der Entwicklung der Toolbox eine hervorgehobene Rolle spielen. Zeitknappheit und die Vielzahl von Themen, die die Ehrenamtlichen den Kindern und Jugendlichen vermitteln, wurden bei der Entwicklung der Lernmaterialien besonders bedacht. Mit Hilfe

eines hoch partizipativen Ansatzes wurde gewährleistet, dass das Expert*innenwissen der Multiplikator*innen direkt eingebunden wurde, um die Methodenauswahl zielgruppenorientiert zu gestalten.

Ehrenamtliches Engagement in der Gesellschaft

Mehr als 40 % aller Bundesbürger*innen engagieren sich laut Freiwilligensurvey 2014 ehrenamtlich (vgl. Simonson/Vogel/Tesch-Römer 2017). Die größte aktuelle Untersuchung zur Zivilgesellschaft und zum freiwilligen Engagement in Deutschland, in Auftrag gegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, zeigt auch, dass der Großteil dieser Freiwilligentätigkeit nach wie vor am häufigsten in Vereinen und Verbänden stattfindet. Dabei sind die Motive der Ehrenamtlichen vielfältig. Neben Spaß an den Aufgaben engagieren sich viele Menschen auch, um mit anderen zusammenzukommen oder um die Gesellschaft mitzugestalten. Die Mehrheit der Befragten gab zudem an, im Laufe der Zeit soziale Fähigkeiten verbessert zu haben. Hinzu kam das Interesse am Erwerb von Fachkenntnissen im jeweiligen Bereich.

Das soziale, kulturelle, sportliche, politische und gesellschaftliche Engagement der Aktiven in Vereinen und Verbänden spielt eine große Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Vielfalt wäre durch staatliche Institutionen allein nicht – und wenn überhaupt nur mit deutlich höherem finanziellen und bürokratischen Aufwand – realisierbar. Die Vereine bieten die Möglichkeit zur Begegnung der Generationen. Sie übernehmen auch eine wichtige Funktion bei der Integration von Zugewanderten in örtliche Gemeinschaften und können auf vielfältige Weise zur Herbeiführung von Beziehungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft beitragen. Vereine können gerade auch für junge Menschen Orte des sozialen und interkulturellen Lernens sein. Besonders in strukturschwachen Gegenden bieten sie häufig die einzige Möglichkeit zur sinnstiftenden Freizeitgestaltung.

Partizipation – Schlüsselbegriff in der Jugendverbandsarbeit

Verbände können auch dazu beitragen, Kindern und Jugendlichen gesellschaftliche Grundprinzipien zu vermitteln. Partizipation ist hierbei das entscheidende Stichwort im Sinne von Mitbestimmung und Entscheidung, Mitsprache und Aushandlung sowie Mitgestaltung und Engagement (vgl. Derecik/Menze 2018). Dabei können die Jugendlichen Erfahrungen von demokratischen Aushandlungsprozessen, Kompromissfindung und auch Selbstwirksamkeit machen. Vertieft und gerahmt werden diese eher informellen Lernprozesse durch die Verknüpfung mit Angeboten der politischen Bildung, die es ermöglichen, das Erlebte zu reflektieren, zu hinterfragen und zu verstehen: Wer darf mitmachen, wer nicht? Warum ist das so? Welche Rechte haben Jugendliche im Verband? Wie kann das Miteinander befördert werden?

Baustelle: Hier entsteht ein Erklärfilm. Erproben und Weiterentwickeln des partizipatorisch entwickelten Toolkits zum Drehen von Erklärfilmen

„anders statt artig“ setzt auf aktive Beteiligung

Das Projekt „anders statt artig“ knüpft genau an diesem Punkt an. Es hat sich zum Ziel gesetzt, die Bildungsarbeit im Verband zu unterstützen, nicht aus einer Perspektive der Belehrung, sondern im Rahmen einer gemeinsamen Entwicklungsarbeit mit den Multiplikator*innen und den Jugendlichen der THW-Jugend. Gemeinsames Lernen politischer Bildungsinhalte auf Augenhöhe im Rahmen von Methodenwerkstätten mit Teamer*innen des AdB wurde zur Grundlage der im März 2018 fertiggestellten Toolbox „Kreative Ideen für interkulturelles Lernen“.

Das Modellprojekt zeigt, dass Partizipation bereits bei der Entstehung von didaktischen Materialien erfolgreich eingesetzt werden kann und im Fall des Modellprojekts sogar verschiedene Generationen (Altersspanne 14 bis 60 Jahre) miteinander in einen Lernprozess bringen kann.

Aufgrund der engen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den potenziellen Nutzer*innen ist, zusammengestellt in einer Toolbox, ein vielfältiges Angebot an Methoden und Materialien entstanden, das weit über die Verbandsarbeit der THW-Jugend hinaus eingesetzt werden kann: in der Jugendverbandsarbeit allgemein, in Angeboten der politischen Bildung, bei Fortbildungen für Multiplikator*innen u.v.m. Die Toolbox enthält Anleitung und Material für eine interkulturelle Funk-Rallye, ein Brettspiel rund um das Thema Katastrophenhilfe, zwei Planspiele mit Materialien, ein Toolkit zum Drehen von Erklärfilmen und ein TaschenHandBuch mit Spielen und Ideen für die Jugendarbeit. Alles ist so gestaltet, dass es hohen Ansprüchen, z. B. für die Nutzung im Freien, genügt. Die Multiplikator*innen wurden mit der Anwendung der Tools bei Schulungen durch Ausprobieren, Selbst-Erfahren und Interaktion vertraut gemacht und haben die Möglichkeit, ihre Erfahrungen per Online-Evaluationen bis zum Projektende im Juni 2019 den Projektverantwortlichen zu spiegeln.

Fazit und Ausblick

Sowohl in der Erarbeitungs- als auch in der Erprobungsphase zeigte sich, dass durch die Partizipation im Projekt folgende positive Effekte erreicht werden konnten:

Die Qualität der realisierten Materialien wurde fortlaufend verbessert und durch den kontinuierlichen Dialog mit der Zielgruppe optimal auf den Kontext der zukünftigen Nutzer*innen zugeschnitten. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Toolbox auch nach Projektende ihre Relevanz für zukünftige Jugendgruppen behält und weiterhin verwendet wird, ist damit enorm gestiegen.

Bereits im Entstehungsprozess konnten die Teilnehmenden wertvolle Lernerfahrungen machen, so wurden beispielsweise die Kommunikationsfähigkeit und Diskurskompetenzen gestärkt.

Die Teilnehmenden erfuhren eine Wertschätzung ihrer Kompetenzen, welche sie zur Auseinandersetzung mit weniger vertrauten Themen motivierte. Nicht nur die Haupt- und Ehrenamtlichen der THW-Jugend, sondern auch die Projektleitung und Teamer*innen des AdB konnten dadurch ihre eigenen Lernerfahrungen machen. Partizipation bildet somit einen zentralen roten Faden im Modellprojekt „anders statt artig“. Die Möglichkeit der Teilnahme aller Ehren- und Hauptamtlichen der THW-Jugend an der Ausgestaltung von Bildungsmaterialen und Methoden war das Besondere am Projekt und brachte das Vorhaben in entscheidender Weise voran. Es wird deutlich, dass Bildungsarbeit, die die Förderung der Demokratie, das interkulturelle Lernen sowie eine Überwindung gesellschaftlicher Ungleichheit zum Ziel hat, dieses glaubwürdiger erreicht, wenn sie alle Beteiligten hört und involviert. ■

Weitere Informationen zum Projekt unter
www.andersstattartig.eu

anders statt artig
KREATIVE IDEEN FÜR INTERKULTURELLES LERNEN

Z:T Zusammenhalt durch Teilhabe

Gefördert durch:
Bundesministerium des Innern
aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Projekt im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Politische Bildung für und mit jungen Geflüchteten

Das Projekt „Empowered by Democracy“

Der „Sommer der Migration“ liegt nun mehr als drei Jahre zurück. Die bewegten politischen und gesellschaftlichen Debatten in dieser Zeit über Willkommenskultur, Familiennachzug, Integration, Obergrenzen, Grenzsicherung, Abschiebung und Seenotrettung begleiten uns seither.

Im Verlauf dieser Zeit haben sich die Perspektiven auf und Diskussionen über das Thema aber verändert. Berichte über ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe wurden abgelöst von solchen über steigende Zahlen rassistischer Übergriffe und die Kölner Silvesternacht 2015. Sie mündeten schließlich in politischen Debatten über die Verschärfung des Asylrechts und über Grenzkontrollen.

Für die politische Bildung im AdB ist es selbstverständlich, politische Debatten wie die oben genannten aufzugreifen. Selbstverständlich ist aber auch der Anspruch, möglichst alle Menschen einzubeziehen und mit unterschiedlichen Formaten und Themen die verschiedensten Zielgruppen anzusprechen. Diese grundsätzliche Offenheit und das teilnehmendenorientierte Arbeiten als einer der Grundsätze politischer Bildungsarbeit machen es zu einer Selbstverständlichkeit, dass die Angebote auch neu zugewanderten Menschen offenstehen.

Vor diesem Hintergrund stand für den AdB fest, sich mit der Zielgruppe Geflüchtete auseinanderzusetzen, mit der Intention, mehr junge Menschen mit Fluchterfahrung als Teilnehmer*innen und Multiplikator*innen für Formate der non-formalen politischen Bildung zu gewinnen. Auch im Bereich der Weiterqualifizierung von Fachkräften und Multiplikator*innen im Feld zeigte sich ein hoher Bedarf, dem der AdB seit 2016 bereits mit Fortbildungsangeboten zusammen mit dem Informations- und Dokumentationszentrum

Teilnehmer*innen des Seminars ChancenGleichZukunft in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Emsland in Papenburg e.V. bei einer Übung im Freien

für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) begegnete. Aus diesem Verständnis und diesen Überlegungen heraus beteiligt sich der AdB am Projekt „Empowered by Democracy". „Empowered by Democracy" ist ein Gemeinschaftsvorhaben der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung GEMINI, das im März 2017 startete.

Da der überwiegende Anteil der nach Deutschland geflüchteten Menschen unter 25 ist, liegt der Schwerpunkt der Maßnahmen im Projekt im Bereich der politischen Jugendbildung. Neben der Gewinnung von neu zugewanderten Teilnehmer*innen ist die Qualifizierung junger Geflüchteter als neue Teamer*innen der politischen Bildung eines der zentralen Ziele. Außerdem finden im Projekt Maßnahmen statt, in denen Bildner*innen und Multiplikator*innen sich zu Fragen im Themenfeld fortbilden und sich trägerübergreifend und untereinander und mit neuen Kooperationspartner*innen vernetzen.

Aktivitäten im Projekt

Nach einem erfolgreichen ersten Projektjahr mit zahlreichen Projekten, Seminaren und Workshops konnten 2018 in Kooperation mit zehn Mitgliedseinrichtungen des AdB insgesamt 31 Maßnahmen umgesetzt werden. Beteiligt waren die Einrichtungen aktuelles forum e. V. in Gelsenkirchen in Kooperation mit dem Freizeitwerk Welper e. V. in Hattingen (NRW), das Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen (NI), dock europe e. V. Internationales Bildungszentrum in Hamburg, das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V. in Essen, die Stiftung wannseeFORUM in Berlin, die Alte Feuerwache e. V. – Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin, Hoch Drei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg in Potsdam, die Jugendbildungsstätte Bremen – LidiceHaus, die Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V. (NI) sowie die Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) (TH). Fünf dieser Einrichtungen und Träger waren bereits im ersten Projektjahr 2017 am Projekt beteiligt.

Die umgesetzten Maßnahmen im Projekt sind in ihren Themen, Methoden und Herangehensweisen sehr vielfältig. Auch 2018 ist es wieder gelungen, die vielen verschiedenen Inhalte und Facetten, die die politische Jugendbildung ausmachen, im Rahmen des Projekts umzusetzen. Im Fokus standen so unterschiedliche Themen wie die Vermittlung von Basiswissen über Geschichte und Politik in Deutschland, Verbraucherschutz und -rechte, Lebens- und Arbeitsperspektiven, Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenwürde, Zusammenleben in der Stadt sowie Themen historisch-politischer Bildung. Außerdem wurden verschiedene Kompetenzen vermittelt bspw. zur Produktion von Filmen, Musik oder zur Entwicklung eines eigenen Projekts.

Dabei verfolgten die Maßnahmen trotz ihrer Unterschiedlichkeit ähnliche Ziele: Neben der Vermittlung von Wissen über politische Institutionen und Zusammenhänge, die Basis für Interesse und Zugänge zu demokratischer Teilhabe sind, war es vor allem zentral, die Teilnehmer*innen in ihren Kompetenzen zu stärken und ein Empowerment der jungen Teilnehmer*innen zu erreichen. Maßnahmen der politischen Bildung können geschützte Räume bieten, in denen durch Reflexion und Anerkennung der Erfahrungen und Lebenswelten der Teilnehmer*innen und durch eine machtkritische Reflexion gesellschaftlicher und politischer Strukturen, neue Denk- und Handlungsräume entstehen. Teilnehmer*innen werden so in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt und lernen, eigene Bedürfnisse und Grenzen zu definieren und zu artikulieren. Sie erleben, dass ihre Erfahrungen als wertvoll anerkannt werden und machen Selbstwirksamkeitserfahrungen, die neue Handlungskompetenzen in Bezug auf unterschiedliche Themenfelder eröffnen können.

In einer Seminarreihe, die als Kooperationsveranstaltung zwischen dem aktuellen forum e. V., der Jugendbildungsstätte Welper und dem AdB stattfand, wurden ab Mai 2018, in vier Modulen jungen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung zu Multiplikator*innen der politischen (Jugend)Bildung qualifiziert. Am Ende der Maßnahmenreihe äußerten alle Teilnehmer*innen den Bedarf einer weiteren Begleitung und Qualifikation. Die neuen Teamer*innen werden daher ihre Qualifizierung in Hospitationen und weiteren Seminaren fortsetzen. Deutlich wurde hier, dass die Qualifizierungsmaßnahmen mit dem Ende des Projekts nicht als abgeschlossen betrachtet werden können und das Thema den AdB weiterhin beschäftigen muss.

Die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen im Projekt darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Auswirkungen der eingangs benannten Ereignisse und politischen Entscheidungen auch in den Maßnahmen eine Rolle spielen. Teilnehmer*innen mit Fluchterfahrung thematisieren ihren eigenen Aufenthaltsstatus, die Angst vor Abschiebung und die damit verbundene Unsicherheit sowie die Diskriminierungserfahrungen, die sie in Deutschland gemacht haben. Eine Teilhabe und Mitgestaltung der Gesellschaft ist aufgrund des Rechtsstatus der Jugendlichen nur eingeschränkt möglich und die geflüchteten Jugendlichen selbst äußern oft genug den Eindruck, dass ihre Teilhabe häufig nicht erwünscht ist. Viele der Teilnehmer*innen mit Fluchterfahrung wünschen sich im Alltag mehr Begegnung mit herkunftsdeutschen Jugendlichen und eine Möglichkeit, sich über die Maßnahmen der politischen Bildung hinaus Gehör für ihre Belange zu verschaffen. Politische Bildung allein wird diese berechtigte Forderung nicht einlösen können.

Trägerübergreifende Aktivitäten

Auch trägerübergreifende Maßnahmen, an deren Planung und Umsetzung der AdB durch die Zusammenarbeit in der Projekt- und Steuerungsgruppe beteiligt ist, fanden 2018 statt. Zwei Vernetzungstreffen zu dem die im Projekt beteiligten Einrichtungen der GEMINI-Träger eingeladen waren, wurden umgesetzt. Neben der Vernetzung fand dort die Auseinandersetzung mit jeweils einem Schwerpunktthema statt. Das Vernetzungstreffen im März im

Haus Neuland e. V. in Bielefeld, widmete sich dem Thema Empowerment und wie dieses im Kontext der politischen Bildung denkbar ist. Beim zweiten Vernetzungstreffen im September in Berlin, befassten sich die Teilnehmer*innen mit Fragen rund um Wertebildung in der Migrationsgesellschaft. Außerdem haben 2018 drei Fortbildungen stattgefunden, die sich an Fachkräfte und Multiplikator*innen der politischen Bildung richteten. Bei einem sogenannten Werkstattgespräch im Mai in der Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) erarbeiteten die Teilnehmer*innen mögliche Bausteine für eine Teamer*innen-Qualifizierung. Eine Fortbildung im November in Köln widmete sich Fragen rund um Perspektiven und Ansätze der geschlechtersensiblen Pädagogik in heterogenen Gruppen. Im Dezember fand in Berlin im Rahmen einer Fortbildung außerdem eine Auseinandersetzung mit Ansätzen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und der Intersektionalität statt. Des Weiteren wurde im November eine Vernetzungsveranstaltung mit Migrant*innenselbstorganisationen in Dresden umgesetzt.

Auf Basis der in den Maßnahmen gemachten Erfahrungen der Bildungspraktiker*innen und der Schwerpunkthemen im Projekt sind 2018 außerdem zwei Publikationen entstanden. Ein Diskussionspapier widmet sich dem Thema „Empowerment und politische Bildung" und fragt nach Konzepten aus Empowertmentworkshops etc. die für Formate der politischen Bildung nutzbar gemacht werden können (https://empowered-by-democracy.de/wp-content/uploads/2018/11/Diskussionspapier1_Empowerment_end.pdf). In einer Broschüre zum Projekt sind Praxisbeispiele aus allen beteiligten GEMINI-Trägern und die im Projekt bearbeiteten Themen praxisnah aufgezeigt.

Zahlen zum Projekt

Insgesamt wurden **2018** mit den umgesetzten Maßnahmen **574 Teilnehmende** erreicht. **Fast 50 % waren weiblich.** Es wurden rund **100 Maßnahmentage** realisiert, alle Maßnahmen haben mindestens 2 Tage gedauert, **das längste Seminar 6 Tage.** Der überwiegende Anteil der Maßnahmen waren Seminare in heterogenen Gruppen, d. h. mit **Teilnehmer*innen mit und ohne Fluchterfahrungen**. An diesen Maßnahmen haben **264** junge Menschen **mit Fluchthintergrund** und **119 mit Migrationshintergrund** teilgenommen. Somit waren **78 %** der Teilnehmenden junge **Menschen mit Fluchterfahrung oder Migrationshintergrund** (diese Zahlen beruhen auf der Schätzung der Seminarleiter*in).

Teilnehmer*innen bei der Exkursion des Lidice Hauses nach Berlin beim Stadtrundgang von Berlin Postkolonial e.V. in Berlin-Wedding

Ausblick auf 2019

Für das letzte Projektjahr 2019 wurden durch ein Interessenbekundungs- und Auswahlverfahren acht Mitgliedseinrichtungen ausgewählt, mit denen zusammen Maßnahmen umgesetzt werden. Der Schwerpunkt liegt auf Formaten zur Qualifizierung von jungen Menschen mit Fluchterfahrung zu Teamer*innen der politischen Bildung. Geplant sind außerdem ein letztes trägerübergreifendes Vernetzungstreffen im Mai, eine zweitägige Abschlussveranstaltung im September sowie eine Abschlusspublikation zum Projekt.

Zum Projekt

Der AdB führt im Verbund mit vier weiteren Mitgliedern der Gemeinsamen Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss politische Bildung (bap e.V.) von März 2017 bis Dezember 2019 das Projekt „Empowered by Democracy" durch. Beteiligt sind die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), der Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben (AL), die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) und der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR). Die ET hat die Gesamtkoordination des Projekts inne. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). ■

EMPOWERED BY DEMOCRACY
Stärken. Bilden. Vernetzen.

Gefördert vom

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

Umgang mit Diskriminierung und Radikalisierung

Gegenstrategien politischer Bildung

Umgang mit Diskriminierung und Radikalisierung

Gegenstrategien politischer Bildung

Politische Bildung muss wesentlicher Bestandteil einer offenen, liberalen, demokratischen Gesellschaft sein. Sie fördert die politische Mündigkeit (junger) Menschen, unterstützt die Ausbildung von Urteils- und Handlungsfähigkeit und stärkt die Beteiligung. Vor dem Hintergrund von feststellbaren radikalen oder extremistischen Einstellungen von Jugendlichen hat sich gerade in letzter Zeit die Frage gestellt, ob politische Bildung auch Prävention ist oder sein kann. Hier gilt es jedoch zu bedenken, dass beide Bereiche unterschiedlichen Logiken folgen: Prävention will qua Definition verhindern, politische Bildung will ermöglichen bzw. gestalten. In der Präventionsarbeit geht es darum, Problemen und Gefahren vorzubeugen; politische Bildung will zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Demokratie beitragen, ausgehend nicht von Fragen öffentlicher Sicherheit, sondern von den Bedürfnissen, Interessen und Fragen der Jugendlichen.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen hat der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten mit Unterstützung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im April 2018 ein neues Fachreferat aufgebaut, das sich der Frage widmet, wie junge Menschen davor geschützt werden können, sich (religiös begründeten) extremistischen Gruppierungen anzuschließen bzw. menschenfeindliche, antimuslimische und antisemitische Einstellungen zu entwickeln. Denn (religiös begründeter) Extremismus hat in den vergangenen Jahren deutlich an Brisanz gewonnen und stellt die Gesellschaft vor Herausforderungen. Im Rahmen der Arbeit des Fachreferats erörtern wir die Fragen, was Demokratie, Diversität, Migration, rassismus- und diskriminierungssensible Bildungsarbeit, Antisemitismus, antimuslimischer Rassismus als Themenfelder politischer Bildung mit Extremismus- und Radikalisierungsprävention zu tun haben. Welche Fortbildungen und Zielsetzungen braucht es und wie verorten sich politische Bildner*innen in ihrem Arbeitskontext? Welche Haltung braucht es seitens der politischen Bildner*innen?

Radikalisierung

Hinwendung zu radikalen, gewaltbereiten Bewegungen und Ideologien ist häufig Ergebnis einer Suche nach Zugehörigkeit und Sinn. Junge Menschen begründen ihre Hinwendung oft nicht über religiöse Fragestellungen, vielmehr sind es komplexe gesellschaftspolitische Themen, die sie umtreiben und dessen vermeintliche Antworten sie in den gemeinschaftlichen und festen Strukturen gewaltbereiter Gruppierungen finden. Anwerbestrategien, ob persönlich-direkt oder indirekt über soziale Medien, zielen darauf ab, Menschen von einer Idee zu begeistern und versprechen Abenteuer, Heldentum und die Zugehörigkeit als wichtiger Bestandteil einer sinnvollen und gemeinschaftlich orientierten Gruppe. Faktoren, die Jugendliche anfällig für diese Art von Propaganda machen, sind neben Identitätskrisen und sozio-ökonomischen Faktoren oft Frust, Ängste und Ungerechtigkeitsgefühle. Eine (gefühlte) Unzufriedenheit scheint hier ein wesentlicher Baustein auf dem Weg ins Radikale, da sie zugänglich macht für Narrative und Argumente extremistischer Gruppen. Gleichzeitig erleichtern gezielte Feindbilder den Prozess, denn sie lenken von der Verantwortung für das eigene Leben ab.

Über die Definition der Begriffe Radikalisierung und Extremismus besteht unter Wissenschaftler*innen keine Einigkeit. Während Radikalismus größtenteils als Prozess aufgefasst wird, dessen Schwelle die Bereitschaft zur Gewaltanwendung ist, wird Extremismus in der Forschung häufig als Gegensatz zum demokratischen Verfassungsstaat verstanden (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015): alleiniger Herrschaftsanspruch und Deutungshoheiten anstelle von Gewaltenteilung und Diversität. „Der zentrale Hebel für die Radikalisierung zur ideologisch legitimierten Gewalt ist ein Wechsel des persönlichen und individuellen Selbstkonzeptes zu einer ultimativen sozialen Identität, die Individuen nur durch die Selbstdefinition einer radikalen Gruppe und ihrer Ideologie bekommen." (Zick 2017)

Innerhalb der Forschung wird dabei der zugrunde gelegte Demokratiebegriff als ein obrigkeitsstaatlicher problematisiert, der den Blick auf gesellschaftliche Macht- und Ungleichheitsstrukturen verstellt. Demokratiefeindliche Bestrebungen aus der politischen „Mitte" werden verwischt und die Feinde der freiheitlich demokratischen Grundordnung werden allein an den politischen Rändern und den devianten Phänomenen lokalisiert. Identifiziert der Extremismusbegriff damit tatsächliche Gegner*innen der Demokratie oder bewegen sich im Spektrum des Extremismus auch diejenigen, die Demokratiedefizite zu überwinden suchen?

Uneinig ist man sich auch in der Frage, ob Radikalisierung zwangsläufig in einen (gewaltbereiten) Extremismus mündet. Denn bei Radikalisierungsverläufen spielt auch Zufall eine nicht zu marginalisierende Rolle: „Wen trifft man wann und unter welchen Bedingungen?" (Ceylan/Kiefer 2018, S. 47)

Einig ist sich die Forschung im Hinblick auf Radikalisierungsverläufe darin, dass es keinen einheitlichen Weg gibt. Traumatische Erlebnisse, Unmut gegenüber gesellschaftlichen Gegebenheiten, klare Antworten durch Ideologien und Mobilisierung als soziale Aktivität spielen eine Rolle. Unklar ist bisher die Gewichtung oder Reihenfolge solcher Vorkommnisse, ebenso wie die Kausalität zwischen spezifischen Faktoren und einer Radikalisierung.

Diskriminierung

Radikalisierungsverläufe sind, siehe oben, individuell abhängig von spezifischen Einflussfaktoren und bei jungen Menschen oft mit der Identitätsentwicklung verbunden. Daher sind Identitätskrisen oder Brüche in der Biographie, ebenso wie Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen Indikatoren. Dazu zählen sowohl individuelle Erfahrungen von Marginalisierung und Viktimisierung, als auch kollektive Diskriminierungserfahrungen. Erfahrungen von Ungerechtigkeit, Unzufriedenheit und (innerem) Konflikt begünstigen Radikalisierungsprozesse, denn sie schwächen den Selbstwert und stärken den oben genannten Unmut gegenüber gesellschaftlichen Gegebenheiten.

Diskriminierung folgt einer bestimmten Logik, bei der durch die Wahrnehmung sichtbarer Merkmale die Zuordnung zu einer bestimmten Gruppe erfolgt und diese Gruppe wiederum anhand (meist negativer) Eigenschaften bewertet wird. Dabei kann die Wahrnehmung der Merkmale auch durch strukturelle Diskriminierung verstellt sein. Die hierdurch entstehende Entwertung von Einzelpersonen/Personengruppen auf Grund (un-)bewusster Vorurteile schwächt den Selbstwert der Betroffenen. Assoziationen, Prägungen und Verknüpfungen von bestimmten Eigenschaften zu Personen(gruppen) festigen meist unrealistische Bilder, die dann (in-)direkt übertragen werden und (Vor)Urteile erzeugen, die infolgedessen für das Gegenüber herabwürdigend sind. Diese Bilder fördern Stigmatisierung und Zuschreibungen und sind verletzend und ausgrenzend.

Durch diese Produktion von Wissen über „die anderen“ wird deren Nichtzugehörigkeit zur eigenen Gruppe manifestiert und die Grenzlinie zu dieser feindlichen Gruppe verstärkt. Dieser Prozess des Othering und die Entstehung eines „Wir“ und „der anderen“, „fremden Gruppe“, ist eine Ausgrenzungspraktik.

Die gesellschaftlich produzierten Stereotype werden auch durch das eigene Othering reproduziert, wodurch sich der Prozess der Ausgrenzung zu einer Spirale entwickeln kann. Betroffene erleben diese Ausgrenzungen von der (Mehrheits-)Gesellschaft als Verlust von Zugehörigkeit, Identität und Selbstwert.

Die Auswirkungen, die strukturelle Diskriminierung und Othering auf Betroffene haben, d. h. Gefühle der sozialen Isolierung, Entfremdung, Minderwertigkeitskomplexe auf Grund von Ungleichbehandlung und Demütigung, nennt man Grievances. Diese „‚Grievances', also Wut und Empörung über gesellschaftliche Missstände und soziale Marginalisierung, werden in verschiedenen Studien als wichtige Faktoren ausgemacht, die eine ‚kognitive Öffnung' für religiös-extremistische Orientierungen befördern können." (Nordbruch 2016 nach Haider 2015, S. 5 f.)

Diese Wahrnehmungen kollektiver prekärer sozio-ökonomischer Umstände wie Arbeitsmarktdiskriminierung, werden als individuelle Kränkung aufgefasst und führen oft zu einem Gefühl der Verbitterung. Animiert durch öffentliche stigmatisierende politische Debatten wenden sich insbesondere Jugendliche auf der Suche nach neuen Identitäten von dieser Gesellschaft ab. So werden diesen Grievances, den Kränkungs- oder Verbitterungsgefühlen, eine immense unterstützende oder beschleunigende Bedeutung für den individuellen Radikalisierungsprozess beigemessen (vgl. Waldmann 2009 nach Fahim 2013, S. 44). Denn Diskriminierungserfahrungen schwächen nicht nur den Selbstwert, sondern verhindern auch Perspektiven von auf der Suche nach Identität befindlichen und meist jungen Menschen.

Gegenstrategien

Haltung einzunehmen, die Logik extremistischer Gruppierungen zu entzaubern und mittels Angeboten politischer Bildung junge Menschen auf ihren Wegen zu stärken, hat sich als Gegenstrategie zu extremistischer Propaganda bewährt. Angebote politischer Bildung schaffen geschützte Räume für Austausch und auch Kontroverse, fördern das Miteinander, ermöglichen neue Erfahrungen. Sie erzeugen, für mache Teilnehmenden erstmalig, positive Bildungserfahrungen.

Dabei geht es der politischen Bildung nicht in erster Linie um „die" Politik, vielmehr geht es um das Politische, das sich in den Zwischenräumen des gesellschaftlichen Miteinanders herausbildet und somit Überschneidungen von lebensweltlichen und politischen Räumen aufzeigt. In erster Linie bedeutet das, Interaktionen herzustellen, persönliche Erfahrungen anzusprechen und einen Zusammenhang mit dem großen Ganzen herzustellen.

Mit seinen Fortbildungen leistet das AdB-Fachreferat einen Beitrag zu diesem gesamtgesellschaftlichen Vorhaben. Zur Qualifizierung und Weiterbildung für Multiplikator*innen und politische Bildner*innen wurden bedarfsgerechte, wirkungsvolle Fortbildungen entwickelt und durchgeführt. Die Fortbildung „Diskriminierung und Radikalisierung: Gegenstrategien!" fand im Herbst 2018 mehrfach in der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main statt. Thematisiert wurde die Erfahrung, dass Diskriminierung die Hinwendung zum Extremismus verstärken kann, sowie die daraus folgende Bedeutung für eine diskriminierungssensible Bildungsarbeit. Die Teilnehmenden setzten sich mit Aspekten ihrer eigenen Identität auseinander. Durch den Versuch der Beschränkung auf wenige Aspekte der eigenen Identität und die Reflexion dieses Vorgehens in der Gruppe erlebten sie Mehrdimensionalität und Komplexität von Identität(en), die Dynamik und Veränderbarkeit und das Spannungsfeld zwischen Selbst- und Fremdzuschreibung. Teil der Fortbildungen war außerdem der Besuch des interaktiven Lernlabors der Bildungsstätte. Nah an der Lebenswelt Jugendlicher findet hier eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung in Vergangenheit und Gegenwart statt.

Zwei weitere Fortbildungen wurden mit externen Partner*innen durchgeführt: Die Fortbildung „Politische Bildung und Prävention zwischen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus" wurde in Kooperation mit ufuq.de (anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und in der politischen Bildung und Prävention zu den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus aktiv) durchgeführt. Thematisiert wurden erneut die Identitätsbildung und Diskriminierungserfahrungen von Jugendlichen und deren Bedeutung in Radikalisierungsprozessen. Die vierte Fortbildung zum Thema „Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention" wurde gemeinsam mit cultures interactive e.V. (Verein für interkulturelle Bildung, Gewaltprävention und zivilgesellschaftliche Jugendkulturarbeit) angeboten und beschäftigte sich mit Methoden und Ideen einer phänomenübergreifenden Bildungsarbeit, die vergleichende jugendkulturelle und medial gestützte politische Bildung anbietet. Das Ziel der Fortbildungen ist, im Hinblick auf die Diversität von Radikalisierungsverläufen Pädagog*innen Sicherheit im Umgang mit Persönlichkeitsveränderungen, Chiffren und Codes in Jugendkulturen zu geben.

Auch der Verknüpfung der Handlungsfelder politische Bildung und Soziale Arbeit wird eine zunehmende Bedeutung im Bereich der Radikalisierungsprävention beigemessen. Das AdB-Fachreferat kooperiert mit Hochschulen in Form von Studierenden-Workshops und Praxisforschungssemestern, um die Stärken der jeweiligen Felder herauszuarbeiten und eine sinnvolle Verknüpfung von Einzelfallbetreuung und Gruppenangeboten zu fördern. Hier erfolgt ein gezielter Austausch mit Studierenden der Sozialen Arbeit und die Planung eines Fachtags zum Thema „sozial oder politisch?" im Sommer 2019.

Die Konzeptionierung einer Online-Lern- und Lehrplattform ist ein weiterer Teil der Gegenstrategie des AdB-Fachreferats. Eingebettet in inhaltlichen Kontext sollen pädagogische Methoden und Informationsmaterial (zukünftigen) Pädagog*innen und Interessierten zu Verfügung gestellt werden.

Politische Bildung unterstützt (junge) Menschen dahingehend, ein eigenständiges Leben zu leben, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und Diversität als Lebensform zu etablieren. Darüber hinaus sollte die politische Bildung auch ihre Aufgabe nicht vergessen, die Determinierung gesellschaftlicher Strukturen durch Macht- und Herrschaftsverhältnisse zu verstehen und darüber aufzuklären. Indem es die politische Bildung vermag, Perspektiven für suchende Menschen zu schaffen und den Selbstwert für sich und für andere zu stärken, ist sie eine mächtige und fruchtbare Gegenstrategie zu unterschiedlichen Formen von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. ■

Competencies for democratic culture

Europäische und internationale politische Bildung im AdB

Competencies for democratic culture

Europäische und internationale politische Bildung im AdB

In einem Europa, das sich im permanenten Krisenmodus befindet, in dem Demokratie, Menschenrechte und Grundrechte immer mehr in Frage gestellt werden, kommt der politischen Bildung und der Menschrechtsbildung als Garanten demokratischer Kultur eine immer größere Bedeutung zu.

STEPS Workshop Trainers meeting in Potsdam

Hierauf baut die internationale Arbeit im AdB auf, indem sie versucht, Akteure der Jugendarbeit und weitere Nichtregierungsorganisationen zu vernetzen, um gemeinsam Räume des Diskurses über Inhalte, Herangehensweisen, Methoden und Grundfragen von Jugendbildung, Jugendpolitik und Menschenrechtspolitik zu schaffen. In der AdB-Geschäftsstelle werden hierzu mehrere europäische Projekte in enger Kooperation mit Partnern aus dem DARE-Netzwerk (Democracy and Human Rights Education in Europe) durchgeführt.

DARE
Democracy and Human Rights Education in Adult Learning

2018 hat der AdB einer Reihe von teils mehrjährigen europäischen Projekten mit spezifischen Angeboten zur Qualifizierung und Kooperation für Fachkräfte aus der politischen Bildung und benachbarten Feldern im Kontext internationaler Jugendarbeit angestoßen. Ziel war es, Foren für fachlichen und inhaltlichen Austausch, für thematische Vertiefung und Begegnung zu bieten.

STEPS: Jugendbildung gegen Rechtspopulismus und Radikalisierung

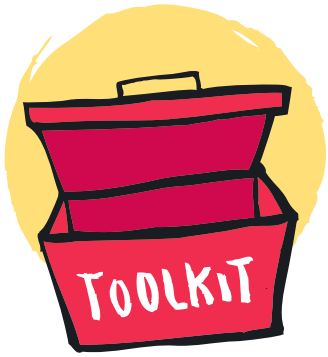
Mit dem Projekt „STEPS – Survival Toolkit for EDC in Postfactual Societies“ konnte 2018 ein zweijähriges europäisches Kooperationsprojekt vorläufig abgeschlossen werden. Mitglieder des europäischen DARE-Netzwerks stellten sich der Suche nach Antworten auf die Frage, in welcher Weise politische Jugendbildung durch Rechtspopulismus, Post-Truth und Radikalisierung herausgefordert ist – und zwar im Hinblick auf Jugend- und Bildungspolitik sowie auch auf konkrete Pädagogik.

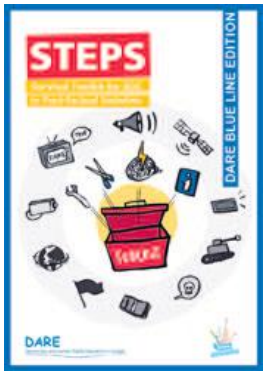
Stand im ersten Projektjahr 2017 eine umfassende Bestandsaufnahme auf der Agenda, ging es 2018 um pädagogische Konzepte und Jugendbildungsarbeit. Die beteiligten Partnerorganisationen

STEPS final conference in Nafplio

prüften eine große Zahl an Methoden, Herangehensweisen und Initiativen aus ihren jeweiligen Kontexten, tauschten sich über den Umgang mit antidemokratischen Haltungen in Bildungssettings aus und lernten spezielle Herangehensweisen wie Präventionsarbeit oder Umgang mit Hate Speech kennen. Ein weiteres Ziel war es, mit aktuellen Herausforderungen wie bspw. der zunehmenden Digitalisierung umzugehen. Es kamen beeindruckend viele Ideen und Ansätze zusammen, die zeigten, wie flexibel und schnell die non-formale Bildung europaweit auf die Herausforderungen reagiert, trotzdem sie vielerorts zunehmendem Druck ausgesetzt ist. In der Abschlusskonferenz des STEPS-Projekts in Nafplio/Griechenland wurde ein gemeinsames Positionspapier (http://dare-network.eu) verabschiedet, das zu einem wachen und aufklärenden Umgang mit den Entwicklungen auffordert, die die Demokratie gefährden. Das Papier verweist auf die vielfachen und komplexen gesellschaftspolitischen Verwerfungen in Europa, die zu einer wachsenden Unzufriedenheit mit der Demokratie als Herrschaftssystem münden. Es stellt Strategien der Diskreditierung von NGOs dar, die aktuell auch in Deutschland zu erleben sind, und verweist auf interessante Praxisinitiativen aus dem Bereich der politischen Jugendbildung in Europa.

Das Handbuch „Survival Toolkit for EDC in Postfactual Societies" dokumentiert das STEPS-Projekt als einen Prozess des gemeinsamen awareness raisings und capacity buildings. Die Lage von Bildungsorganisationen in den Mitgliedsstaaten, gerade die der non-formalen Jugendbildung, ist oftmals prekär und die Entwicklungen in den europäischen Ländern sind hochgradig ungleichzeitig. Angesichts der Herausforderung der zunehmenden Entdemokratisierung von Gesellschaften und Politik besteht ein enormer Bedarf an Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie an der gemeinsamen Entwicklung von Konzepten. Auch deutsche Träger können von den Erfahrungen anderer Länder im Umgang mit Rechtspopulismus profitieren. Rechtzeitig aufmerksam auf Entwicklungen im vorpolitischen Raum zu werden, aus einer Position der Reaktion in eine Position des politischen Handelns zu kommen und die eigene Kapazität und Handlungsoption als Träger der Jugendbildungsarbeit richtig einzuschätzen, ist von enormer Bedeutung.





Download der Broschüre:
http://dare-network.eu/new-publication-steps-survival-toolkit-for-edc-in-post-factual-societies

Folgende Veranstaltungen fanden im Rahmen des Projekts statt:

- STEPS Workshop Trainers meeting, 2. bis 7. Februar 2018 bei HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg in Potsdam
- STEPS final conference, 2. bis 7. Juli 2018 in Nafplio Griechenland

Partner im Projekt waren: AdB e.V. (DE), MitOst e.V. (DE), Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V. (DE), DARE-network (EU), Zink Asturias (ESP), University of the Peloponnes (GR), Partners Bulgaria Foundation, (BG), Jaan Tonissoni Institute (EE), Baltic Human Rights Network (Latvia), Education Development Centre (Latvia), Demokratiezentrum Wien, Zentrum Polis (AT), Panthersie für Europe (AT), demokrative.ch, Multikulturní Centrum Praha (CZ), Menneskerretighetakademiet (NO), Schuola Strumento di Pace (IT) International Training and Cooperation Centre Trento (IT), dinamo (PT), Intercultural Institute Timisoara (Ro), Friendship Ambassadors Targoviste (RO), Institute of Law Petersburg (RF), Culture goes Europe (DE). STEPS wurde gefördert aus Mitteln des Programms Erasmus+ Jugend in Aktion.

Seminar in Almunecar

SemiFIT in EDC/HRE: Was ist eigentlich gute non-formale politische Bildungsarbeit mit jungen Menschen in Europa?

Gute politische Bildungsarbeit braucht gute Konzepte und qualifizierte Bildner*innen. Politische Bildung schafft Raum für Austausch und Reflexion, taucht ein in die Tiefe gesellschaftlicher Diskurse, macht Kontroversen sichtbar und eigenes Handeln erlebbar. Bildungsarbeit im europäischen und internationalen Kontext schafft Begegnungsräume auch für unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Konzepten und Herangehensweisen. Sie erfindet sich immer wieder neu, um auf neue Herausforderungen adäquat reagieren zu können. Dabei steht die Haltung von Bildner*innen gegenüber Bildungsprozessen und Teilnehmenden, ihre Einstellung zu gesellschaftspolitischen Fragen, kurz der Kern der Profession im Fokus. Welche Konzepte gibt es, um die Kompetenzen der Bildner*innen, um die Qualität des Designs und der Gestaltung von Lernprozessen, von Themensetzung, -findung und -planung weiterzuentwickeln und auf welche Bestände greifen wir hierbei zurück? Was macht eigentlich non-formale Lernprozesse und non-formales Lernen aus?

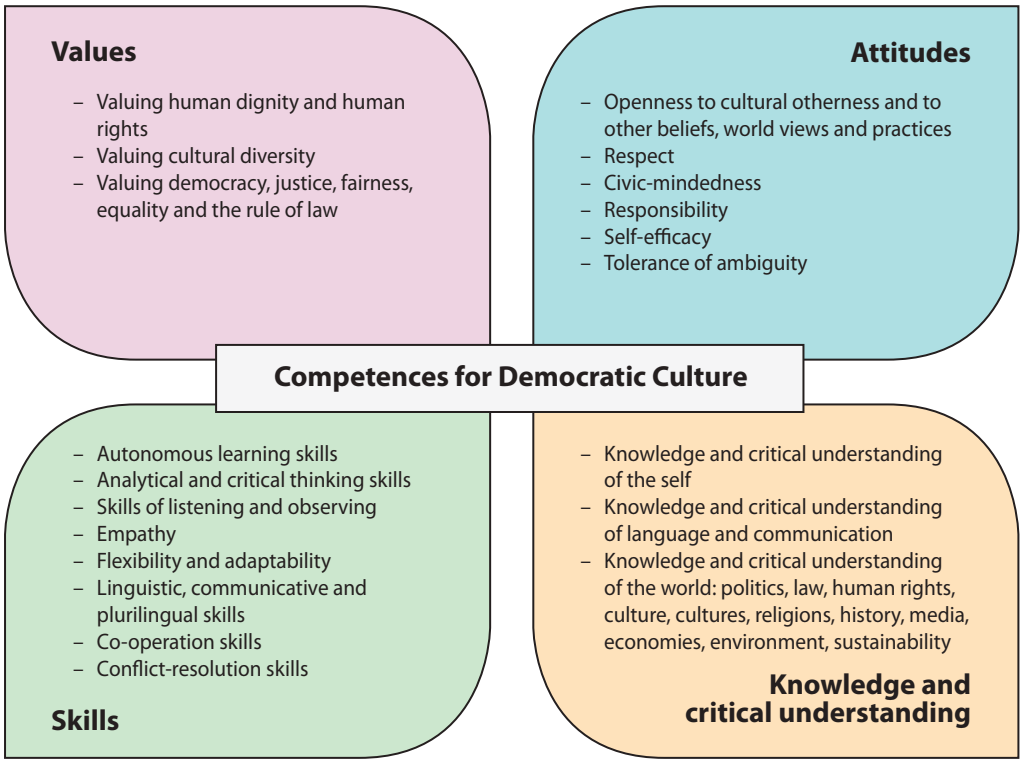
Das E+ Projekt SemiFIT in EDC/HRE („Seminar for Intercultural Trainers in EDC/HRE") fokussiert diese Fragen im Kontext europäischer Bildungsarbeit mit jungen Menschen. Konzipiert als eine Seminarreihe stellt SemiFit die Perspektive von Bildner*innen in den Fokus. In SemFIT werden Bildner*innen zu Teamenden und Prozessbegleiter*innen, zu Teilnehmenden und Planer*innen der eigenen Pädagogik. Mithilfe des Kompetenzmodells der European Training Strategy werden dabei unterschiedliche Aspekte beleuchtet: Was ist Qualität im non-formalen Lernen? Was ist Qualität in Kooperationen? Was bedeutet Qualität in Prozessen von politischer Bildung und was bedeutet sie aus der Sicht von Menschenrechtsbildung? Was bedeutet Qualität unter dem Aspekt von Kompetenzerwerb, von Teilnehmendenorientierung von Reflexion und Partizipation in der Gesellschaft? – Da kann man schon mal durcheinanderkommen und genau das ist das Ziel, denn alle Beteiligten wollen gemeinsam zu besseren Pädagog*innen werden und sich über die Kompetenz als politische Bildner*innen im Kontext europäischer Begegnungen Klarheit verschaffen.

SemFIT wird in den Jahren 2018 und 2019 über das Programm Erasmus+ Jugend in Aktion gefördert und ist eine modulare Seminarreihe, die sich an erfahrene Praktiker*innen aus der politischen Jugendbildung und aus angrenzenden Feldern wendet.
Das erste Seminar wurde vom 30. November bis 5. Dezember 2018 in Almunecar (ESP) durchgeführt.

Partner im Projekt sind: AdB e.V. (Koordination) DARE (EU), Jugendbildungstätte Kurt Löwenstein e.V. (DE), MitOst e.V. (DE), Cultue Goes Europe (DE), Ecole Instrumen de Paix (IT), Rete per Educare I Diritti Umani (IT), Centro per la cooperazione InternazionaleTrento (IT), Learni (ESP), University of Peloponnese, Environment Online (Greece), Noored Ühiskonna Heaks (EE), Education Development Centre (LV), Inducar (PT), Infinite opportunities (BG), Partners Bulgaria Foundation, Carribean Education Foundation (NL, Sint Maarten) Intercultural Institute Timisoara (RO), Casei Corpului Didactic (RO), Europäische Bildungsinitiative (AT), Konnekt (HU), Nefiks (SI).

NECE-Fokusgruppe zum Reference framework on Competences for Democratic Culture (2018–2020)

Demokratie ist mehr als eine Herrschaftsform, Demokratie ist eine Gesellschaftsform und eine Lebensform. Um demokratisch zu leben benötigt es eine demokratische Kultur. Der Europarat hat mit dem Referenzrahmen der Kompetenzen für eine Demokratische Kultur (RFCDC) ein Instrument geschaffen, welches Bildner*innen bei der Selbstreflexion unterstützt, das hilft, Lernprozesse zu gestalten und Gruppenprozesse zu beobachten und daraus pädagogisches Handeln abzuleiten bzw. zu systematisieren.



Reference Framework of Competences for Democratic Culture

Das leicht verständliche, aber im Detail komplexe Kompetenzmodell beschreibt die Kernkompetenzen und Prozesse politischer Bildung. Der Erstellung dieses Modells ist ein mehrjähriger Forschungs- und Praxistest vorausgegangen. Der AdB, Zentrum Polis (AT) und das DARE-Netzwerk erproben nun zwischen 2018 und 2020 in einem Praxisprojekt in sieben europäischen Ländern verschiedene Aspekte des Modells. Zusammen mit der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) und der Schwarzkopf Stiftung Junges Europa führt der AdB im deutschen Kontext eine Fallstudie durch, an der mehrere Einrichtungen aus dem AdB mit Kleinprojekten mitwirken. Ziel ist es, für den Bereich non-formaler Bildung eine Einschätzung zur Anwendung des RFCDC-Modells im Alltag von politischer Bildungsarbeit zu bekommen – und zwar in Hinblick auf die Dimensionen Werte, Haltungen, Fähigkeiten und Wissen/kritisches Denken. In den deutschen Fallstudien wird die Reflexion über die Haltungen von Bilder*innen, über den intendierten und tatsächlichen Erwerb von Kompetenzen, über Prozesse der non-formalen politischen Bildung und über den Methodeneinsatz in der Praxis bearbeitet.

Das RFCDC bildet die Grundlage für die Europarats-Kampagne „Free to Learn – Safe to Speak – Democratic Schools for All". Für die non-formale Bildung bietet sich damit die Möglichkeit, wechselseitige Bedarfe im schulischen und außerschulischen Kontext, aber bspw. auch zwischen sozialer Arbeit und non-formaler politischer Bildung abzugleichen.

Die Arbeit der Fokusgruppe wird von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb im Rahmen des NECE-Netzwerkes (networking european citizenship education) unterstützt. Vom 5. bis 7. September 2018 fand der Auftaktworkshop zur Projektvorstellung auf der NECE-Conference in Marseille (FRA) statt.

Teilnehmer*innen am deutsch-griechischen Fachprogramm

Gr.A.C.E – Greek German Matchmaking on Active Citizenship Education in Youth Work

2018 führten der AdB und die Fakultät für Sozialwissenschaft an der Universität der Peloponnes in Berlin, Korinth und Athen ein 14-tägiges zweiteiliges deutsch-griechisches Fachprogramm „Gr.A.C.E. – Greek German matchmaking for Active Citizenship Education in Youth Work“ durch. 27 Pädagog*innen sowie Teamende aus der politischen Jugendbildung, der Jugendarbeit und verwandten Arbeitsfeldern in beiden Ländern nutzten die Gelegenheit, mit jungen Menschen in einen intensiven Dialog zu Grundfragen der Zusammenarbeit im Themenfeld Active Citizenship Education zu treten. Mit Gr.A.C.E. wird Praktiker*innen aus der Jugendbildungsarbeit ein Rahmen gegeben, um den Prozess der Gründung und Ausgestaltung des Deutsch-Griechischen Jugendwerks zu begleiten, Anliegen und Interessen politischer Jugendbildungsarbeit zu formulieren und konkrete Partnerschaften für Austausche einzugehen.

Angesichts sehr unterschiedlicher Voraussetzungen in Bezug auf personelle und strukturelle Kapazitäten von Jugendhilfe und Jugendbildungsarbeit in beiden Ländern steht der Aufbau eines Deutsch-Griechischen Jugendwerks vor großen Herausforderungen. Hier setzt das Projekt Gr.A.C.E. an, indem es versucht, politische Bildner*innen, Teamende und deren Organisationen darin zu unterstützen, die jugendpolitischen Gegebenheiten beider Länder besser zu verstehen, eine gemeinsame Fachlichkeit zu entwickeln und sie durch das gemeinsame Ausgestalten von Praxis und Austausch zu befähigen, am Aufbau des Jugendwerks – und sei es durch die Stärkung des bilateralen jugendpolitischen Diskurses – inhaltlich mitzuwirken. Das ist jedoch nicht ganz einfach, gibt es doch in Griechenland weder ein Jugendhilfegesetz noch ein konkretes Berufsbild von Jugendarbeit. Politische Bildung ist zudem eher formal orientiert. Es ergibt sich hieraus immer wieder auch eine Herausforderung für deutsche Akteure, die vor dem Hintergrund der eigenen Struktur erst einmal in die Lage versetzt werden müssen, sich in die Strukturen und Gegebenheiten der anderen hineinzuversetzen und selbst flexibler zu agieren.

Das Matchmaking bezog sich daher auf drei Ebenen, die alle im Prozess der Workshops berücksichtigt wurden und für beide Gruppen von Teilnehmer*innen ihre Herausforderungen mit sich brachten:

- Was sind eigentlich Fragen, Arbeitsweisen und Anliegen politischer Bildungsarbeit mit jungen Menschen in beiden Ländern? Vor welchem Hintergrund, in welchen Räumen finden sie statt und wer sind ihre Akteure?
- Was bedeutet eigentlich non-formale politische Bildungsarbeit mit Blick auf Lernprozesse und Pädagogik, auf die Strukturen und die Anknüpfungspunkte in Jugend- bzw. Bildungspolitik?
- Wer sind eigentlich die Partner und was sind die Interessen der Partner an einer Begegnungsarbeit im Jugendaustausch?

Matchmaking bedeutete dabei, explizit zur Vernetzung von Akteuren auch im jeweiligen nationalen Arbeitskontext beizutragen

sowie die Dimension der gemeinsamen Lernpraxis und Kooperation als aktivierenden non-formalen Lernprozess ernst zu nehmen. Dies geschah durch eine Vielzahl von gemeinsamen Aktivitäten und Workshops, die Ansätze und konkrete Arbeitspraxis der Teilnehmenden erfahrbar werden ließ.

Deutsch-griechische Zusammenarbeit insbesondere im Jugendaustausch wird auf lange Sicht nicht ohne eine ausführliche Beschäftigung mit den Konsequenzen der Finanzkrise auf die Lebensrealitäten und die wirtschaftlichen Perspektiven junger Menschen geschehen können. Wie greift Bildungsarbeit diese Lebensrealitäten auf? Welche „hidden stories" fließen mit ein und wodurch werden sie zu politischen Bildungsprozessen? Um sich diesen Fragen zu nähern wurden im Rahmen von Gr.A.C.E. vielfältige Ansätze biografischen Arbeitens genutzt, methodengestützt durch research theatre (fabrika Athen) und forum theatre (UoP Theatrepedagogical department). Es wurden Zusammenhänge von Bildungsarbeit und Jugendpartizipation im lokalen Kontext erörtert (Katerini youth council), Ansätze zur Arbeit mit spezifisch bedürftigen Gruppen junger Menschen vorgestellt (Prison education, mobile schools) und sich ganz grundlegend in die Fragen der Erinnerungsarbeit (7xjung, Archiv der Jugendkulturen, KZ Chaidari, Museum des Holocaust der Stadt Kalavrita, Versöhnungsarbeit der Stiftung des Griechischen Parlaments) vertieft.

Angesichts der nach wie vor mangelnden politischen und gesellschaftlichen Aufarbeitung der historischen Bürde der Verbrechen während der deutschen Besatzung erscheint es zwingend notwendig, in Begegnungssettings jungen Menschen Erinnerungs-, Aushandlungs- und Verständigungsräume zu eröffnen, die eine Voraussetzung für die positive Gestaltung und das Entwickeln solidarischer Zukunftsentwürfe in Europa bilden. Hierbei kann z. B. auf Erfahrungen des Projekts www.occupation-memories.org zurückgegriffen werden, wie auch auf vielfältige Ansätze der Kooperation von Bildungsinitiativen mit Erinnerungsorten in beiden Ländern.

Hierzu bedarf es guter, erfahrener und kompetenter Pädagog*innen – eine Grundvoraussetzung und zugleich Grundfrage angesichts der Abwesenheit eines Arbeitsfeldes Jugendarbeit und non-formaler politischer Jugendbildungsarbeit in Griechenland. Über gemeinsame Fachkräfteprogramme muss ein Beitrag zur Entwicklung eines Arbeitsfelds und Berufsbilds von außerschulischer Jugendarbeit in Griechenland geschaffen werden. Dabei sollte das Jugendwerk insbesondere die Ausbildung und Qualifizierung junger Teamender in den Fokus nehmen. Ein Auftakt dazu ist das Projekt Gr.A.C.E. Im Jahr 2019 werden verschiedene Folgeprojekte der beteiligten Organisationen realisiert.
Folgende Veranstaltungen fanden 2018 statt:

- Workshop I vom 8. bis 13. Mai 2018 in Berlin
- Workshop II vom 29. Oktober bis 4. November 2018 in Korinth und Athen

Gr.A.C.E wurde finanziell unterstützt aus Mittel des Programms Erasmus+ Jugend in Aktion und aus Mitteln des BMFSFJ für den deutsch-griechischen Jugendaustausch.

Zentralstellenarbeit im AdB

Der AdB unterstützt als Bundesverband im Rahmen seiner Zentralstellentätigkeit aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) bi- und multilaterale Austauschprojekte seiner Mitgliedsorganisationen.

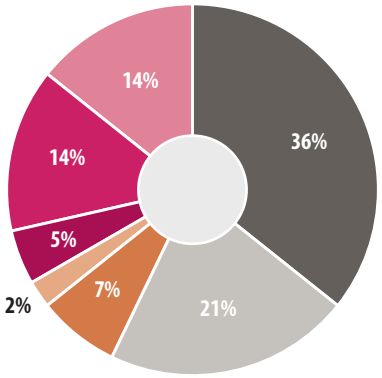


Abbildung 1: Anteil der Länderprogramme

weltweit	15
deutsch-israelisch	9
deutsch-polnisch	3
deutsch-russisch	1
deutsch-tschechisch	2
deutsch-griechisch	6
deutsch-chinesisch	6

In der inhaltlichen Zusammenschau bieten die geförderten Projekte ein beeindruckendes Bild der Vielfalt, der fachlichen Kompetenz und Aktualität internationaler politischer Bildungsarbeit, das sich in der Mitgliedschaft des AdB bündelt.

Die Internationale Zentralstelle verzeichnet ein stetig wachsendes Antragsvolumen. Zwar konnte eine Vielzahl der beantragten und geplanten Maßnahmen der Mitglieder – so kein Force Majeure bestand – von den Mitgliedern durchgeführt werden, dennoch kam es in mehreren Bereichen (Israel, Programme weltweit) zu Ausfällen, da nicht genügend Mittel bereitgestellt werden konnten, um auch gerade kostenintensivere Kooperationsprojekte im Jugendaustausch zu unterstützen.

Sichtbar wird, dass sich angesichts knapper Ressourcen im KJP viele Träger mittlerweile auf den Weg gemacht haben, zusätzliche Mittel zur Realisierung ihrer Projekte zu suchen, um die notwendigen Voraussetzungen für Durchführung ihrer z. T. komplexen Maßnahmen zu schaffen (bspw. Medien- und Spielfilmprojekte, transnationale Qualifikationsseminare, bi- und multilaterale Jugendaustausche zu nahezu allen gesellschaftspolitischen Themen). Auch von fördernder Seite ist die Zentralstellenarbeit des AdB wiederholt für die guten Abläufe und die beispielhafte und enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedseinrichtungen gelobt worden, was im AdB in einer hohen Bewilligungsquote und in den geringen Ausfallquoten und Mittelrückläufen ersichtlich wird. ■

Abbildung 2:
Themen der internationalen politischen Bildung

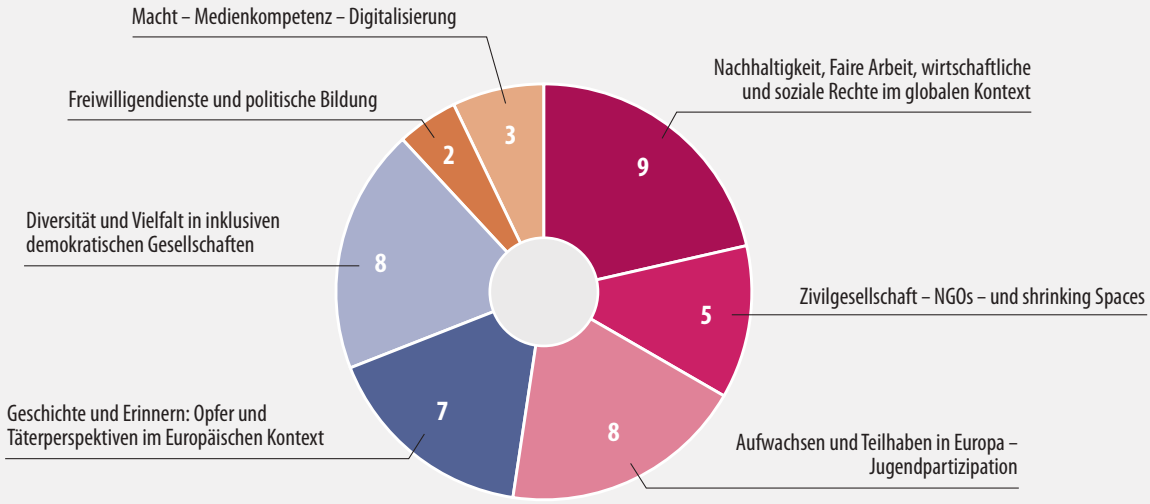


Abbildung 3:
Verhältnis Anträge – Bewilligung – Durchführung

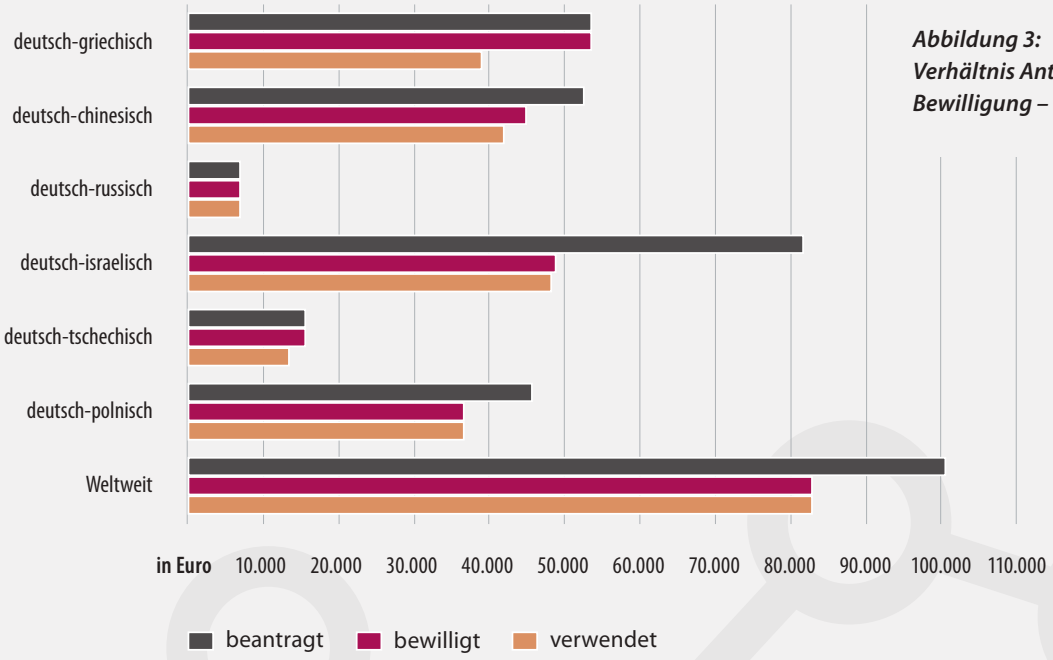
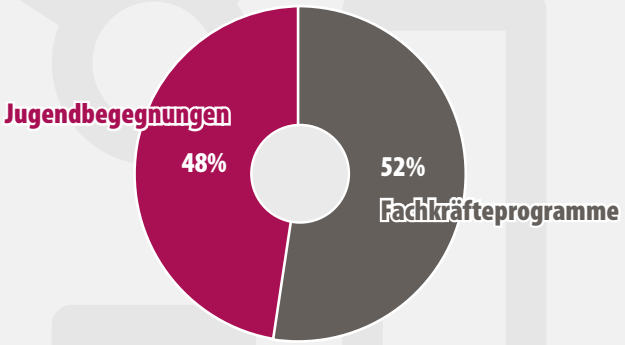


Abbildung 4:
Verhältnis Jugendbegegnung – Fachkräfteprogramme



Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten“

Das AdB-Jahresthema 2018

Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten“

AdB-Jahresthema 2018

„Alternative Fakten“ – was für ein Wortungetüm! Kann es überhaupt „alternative Fakten“ geben? Oder ist nicht die Behauptung, die die nachweisbare Faktenlage ignoriert oder sogar umkehrt, schlicht eine Lüge? Wie auch immer – die „alternative facts“ haben, genauso wie die Begriffe Fake News, „Lügenpresse“, Medienfreiheit, social bots oder Echokammern, den gesellschaftspolitischen Diskurs der letzten Zeit entscheidend geprägt.

Dies war für den AdB Grund genug, diese Diskussion im Rahmen eines Jahresthemas aufzugreifen und für die politische Bildung fruchtbar zu machen. Ein Jahresthema kann helfen, die inhaltliche Arbeit eines Verbandes auf eine aktuelle Fragestellung zu fokussieren, die Aufmerksamkeit auf neue Herausforderungen zu lenken und sich intensiv mit einem bestimmten Thema auseinanderzusetzen. Ein Jahresthema bringt die innerverbandlichen Diskussionen voran und bietet die Möglichkeit, Projekte, Konzepte und Ideen auch nach außen sichtbar zu machen.

Gemeinsam haben sich Vorstand und Mitgliedschaft auf die Formulierung *Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten“* festgelegt. In der Stellungnahme zum Jahresthema (s. u.) heißt es dazu: „Die freie Meinungsbildung und die freie Meinungsäußerung sind grundlegende Merkmale der Demokratie. Nur dort, wo es Menschen möglich ist, sich ungehindert ein eigenes Urteil zu bilden und die eigene Meinung frei zu äußern, kann von einem demokratischen Miteinander gesprochen werden.“ Was braucht es aber, damit das demokratische Miteinander nicht gefährdet ist? Wie lässt sich die Pluralität der Medien erhalten? Wie wird der Zugang zu Wissen und Informationen so ermöglicht, dass keiner ausgeschlossen wird? Wie können Menschen Fakten von Fake unterscheiden?

Informationsbedürfnisse von Menschen sind sehr unterschiedlich. Sie können zielgerichtet sein oder auch nicht, können sich auf thematische Interessen richten oder auch auf die Lösung konkreter Probleme. Eine Aufgabe politischer Bildung sollte es sein, auf diese unterschiedlichen Bedürfnisse zu reagieren, Zugänge zu Wissen und Informationen zu eröffnen und gleichzeitig eine kritische Reflexion der Quellen anzuregen. Politische Bildung kann helfen, mit kognitiven Dissonanzen umzugehen, d. h. anzuregen, nicht dem menschlichen Impuls zu folgen, nur das wahrzunehmen, was in das eigene Weltbild passt, sondern unterschiedliche Perspektiven einzunehmen und sich dadurch ein fundiertes Urteil zu bilden. Politische Bildner*innen müssen versuchen, gerade die Menschen zu erreichen, die sich bereits in ihrer eigenen Filterblase eingerichtet haben. Hier liegt eine der großen Herausforderungen für die Gesellschaft allgemein und die politische Bildung im Besonderen: Der (digitalen) Zersplitterung muss etwas entgegengesetzt werden, um den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht zu gefährden. Auch hier steht wieder die Frage im Raum, welche Voraussetzungen für das demokratische Miteinander gegeben sein müssen.

Bereits auf der AdB-Mitgliederversammlung im November 2017 wurde die Stellungnahme zum Jahresthema *Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten“* diskutiert und verabschiedet. Diese Stellungnahme gab die Richtung und Grundlage der politischen Bildungsarbeit für das Jahr 2018 vor.

AdB-Stellungnahme zum Jahresthema 2018
Wer bildet Meinung? Gesellschaftspolitischer Diskurs zwischen Medienfreiheit und „alternativen Fakten“

Die freie Meinungsbildung und die freie Meinungsäußerung sind grundlegende Merkmale der Demokratie. Nur dort, wo es Menschen möglich ist, sich ungehindert ein eigenes Urteil zu bilden und die eigene Meinung frei zu äußern, kann von einem demokratischen Miteinander gesprochen werden. Dafür braucht es ein gemeinsames Verständnis demokratischer, an Grund- und Menschenrechten orientierter Aushandlungsprozesse und es braucht die Pluralität der Medien, die allen Menschen gleichermaßen Zugang zu Wissen und Informationen ermöglichen.

Veränderung der Medienlandschaft

Über einen langen Zeitraum hinweg hatten die traditionellen Medien wie Fernsehen, Radio, Zeitungen oder Magazine, eingebunden in einen gesellschaftlichen Diskurs, die Deutungsmacht über gesellschaftliche und politische Entwicklungen und Ereignisse. Diese Deutungsmacht gibt es nicht mehr, die Medienlandschaft hat sich durch die Ausweitung digitaler Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten, die zunehmend als primäre Informationsquellen genutzt werden, radikal verändert.

Internetseiten, Videokanäle, Blogs, soziale Netzwerke oder Foren ermöglichen Menschen einen einfachen, schnellen, hoch aktuellen wie durch seine Multimedialität auch hoch attraktiven Zugriff auf schier unbegrenzte Informationen und auf unbegrenztes Wissen. Zudem ist es jedem und jeder einzelnen, unabhängig von seiner oder ihrer Qualifikation, unabhängig von journalistischen Ansprüchen oder Standards, möglich, selbst Nachrichten zu kreieren und Meinungen zu verbreiten. Jeder Mensch kann somit sein eigenes Medium mit eigenen Inhalten für seine eigene Zielgruppe schaffen.

Dem Gewinn an neuen, diversen Zugängen zu Information und Wissen steht die Gefahr der Fragmentierung des gesellschaftlichen Diskurses sowie der Beeinflussung von Meinungsbildung durch Algorithmen, Bots, Echokammern und „alternative Fakten“ gegenüber. Jede Wahrheit und auch jede Lüge findet im Netz ein Echo, generiert und verbreitet ein eigenes Narrativ. Algorithmen, die politischen und kommerziellen Interessen dienen, steuern und beeinflussen unbemerkt das Nutzerverhalten von Menschen im Internet. Social Bots simulieren menschliche Nutzer/-innen, suggerieren die Vorherrschaft einer bestimmten Meinung und können auf diesem Weg Diskussionen und Stimmungslagen manipulieren.

Folgen für die Demokratie

Diese Entwicklungen bleiben nicht ohne Folgen für die Demokratie und das demokratische Zusammenleben. Zahlreiche Beispiele der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass das gesellschaftliche Klima durch Fake News, die kaum mehr von Fakten zu unterscheiden sind, vergiftet wird und eine sachliche Auseinandersetzung über gesellschaftlich relevante Themen erschwert, wenn nicht sogar verhindert wird. Klassischen Medien droht der Glaubwürdigkeitsverlust auf der einen Seite, die Gefahr des Verlusts der Unabhängigkeit durch den enorm gestiegenen ökonomischen Druck auf der anderen Seite. Und bei dem Versuch von Politik, die negativen Entwicklungen im Bereich die digitalen Kommunikationsmöglichkeiten einzudämmen, werden Bürgerrechte eingeschränkt.

Die hier beschriebenen Entwicklungen fordern eine genaue Beobachtung und Analyse sowie ein aktives Handeln sowohl von politisch Verantwortlichen als auch von den Trägern und Einrichtungen der politischen Bildung.

Herausforderungen und Handlungsnotwendigkeiten

Die politische Bildung hat vor diesem Hintergrund die Aufgabe

- Menschen Kompetenzen zu vermitteln, Informationen und Meinungen einordnen, decodieren, bewerten und nutzen zu können;
- deutlich zu machen, dass jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht unter die freie Meinungsäußerung fällt;
- kritischer Medienbildung, um Menschen zu befähigen, Fakten zu erkennen und von Lügen zu unterscheiden; dazu gehören die Fähigkeiten, Informationen kritisch zu hinterfragen, Quellen zu prüfen und sich aus mehr als einer Quelle zu informieren;
- Angebote zu entwickeln, die Menschen zur Teilhabe und zur aktiven Nutzung der Medien motivieren, um die Diskurse mitzubestimmen und die reflektierte Meinungsbildung zu unterstützen;
- die Wechselwirkungen zwischen Nutzerverhalten und Medienangebot deutlich zu machen;
- Wertschätzung für fundierte journalistische Recherche zu vermitteln, denn Qualitätsjournalismus ist nicht kostenfrei zu haben.

Von politisch Verantwortlichen erwarten wir,

- die Grundrechte wie die freie Meinungsäußerung, die Informationsfreiheit und die Medienfreiheit als hohe Güter der Demokratie zu bewahren und zu schützen;
- eine offene, faire, respektvolle Streitkultur zu fördern;
- Bürgerinnen und Bürger in die Gremien der öffentlich-rechtlichen Medien einzubinden und die Partizipation der Menschen ernst zu nehmen;
- die politisch notwendige Debatte um freie Meinungsäußerung auf der einen und den Schutz vor Lügen, Hass und Gewalt im Netz auf der anderen Seite offen und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zu führen.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten und seine Mitgliedseinrichtungen setzen sich mit ihrem Engagement für die in Artikel 5 des Grundgesetzes genannten Grundrechte – u. a. das Recht auf freie Meinungsbildung und -äußerung – ein. Als Einrichtungen und Organisationen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung schaffen sie Räume für den demokratischen Diskurs, in denen Menschen ihre eigene Haltung reflektieren und sich mit anderen Positionen konstruktiv auseinandersetzen können. Die politische Jugend- und Erwachsenenbildung ist ein Garant dafür, dass es auch in digitalen Zeiten einen offenen gesellschaftspolitischen Diskurs geben kann – offline wie online.

Verabschiedet auf der Mitgliederversammlung des AdB am 29.11.2017 in Otzenhausen

Johannes Hillje, Politik- und Kommunikationsberater, bei seinem Vortrag zum Thema „Recht auf eigene Meinung, Recht auf eigene Fakten? Herausforderungen für die demokratische Öffentlichkeit" während der Fachtagung zum Jahresthema

Der Auftakt für die Aktivitäten im Kontext des Jahresthemas wurde durch die Fachtagung gegeben, die vom 28. bis 29. November 2017 in der Europäischen Akademie Otzenhausen stattfand. Circa 50 Personen, zumeist aus den Mitgliedseinrichtungen des AdB, waren der Einladung ins Saarland gefolgt, um sich über aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen zu informieren und mit anderen zu diskutieren, welche digitalen Bedingungen in welcher Weise Einfluss auf die (politische) Meinungsbildung der Menschen nehmen: Wer oder was bildet eigentlich unsere Meinung? Welche Faktoren sind wichtig? Welche Bedeutung kommt dabei den digitalen Medien zu? – Dies waren einige der Fragen, denen sich die Teilnehmer*innen gemeinsam mit Expert*innen aus Wissenschaft, Medienpädagogik, Journalismus und Politik vor dem Hintergrund relevanter gesellschaftlicher Veränderungen widmeten: dem Wandel von Öffentlichkeit und Privatheit, der Möglichkeiten von Informationsbeschaffung und Manipulation, dem Wandel des Engagements sowie des Lernens und seiner örtlichen und zeitlichen Bindung.

Im Prozess der Meinungsbildung wirken drei Ebenen zusammen, so der Referent Jan-Hinrik Schmidt: die der Medien, des sozialen Umfelds und der Individuen selbst. Dabei sind die Gewinnung von Wissen über Sachverhalte und mögliche Alternativen relevant, die jeweilige Agenda und das Framing von Themen, die die Wahrnehmung immer mit beeinflussen, sowie das Meinungsklima in unserer sozialen Umwelt. Aber nicht allein die Medien und unser soziales Umfeld geben den Ausschlag, welche Meinung wir uns zu einem Thema bilden, sondern auch Persönlichkeitsmerkmale haben einen wichtigen Einfluss darauf, wie unsere Haltungen zu gesellschaftlich relevanten Themen geformt, bestätigt oder geändert werden und welche Handlungen wir planen und ausführen. Wir selektieren, treffen eine Auswahl angesichts der Informationsfülle; wir vermeiden die kognitive Dissonanz, übersehen Informationen eher, wenn sie unser bereits existierendes Weltbild nicht bestätigen. Soziale Medien spielen dabei eine besondere Rolle, weil dort Kommunikationskanäle mit eigener Logik gebündelt, verbreitet und personalisiert werden.

Meinungsbildung, so ein wichtiges Fazit der Tagung, ist ein vielschichtiger Prozess, in dem Medien, das soziale Umfeld einer Person und ihre Persönlichkeit zusammenwirken. Dieser Prozess wird durch die digitalen Medien verstärkt: durch die Auflösung der Grenzen zwischen publizistischer und interpersonaler Kommunikation, durch den Anstieg der Informationsfülle, die Vielfalt der Informationsquellen, die Lenkung von Informationen durch Algorithmen, die Emotionalisierung von Nachrichten und die Dominanz einer schreienden, populistischen Minderheit. Es braucht daher dringend eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung über eine digitale, demokratische Diskussionskultur.

Während des Berichtsjahres wurden auf der Homepage des AdB Informationen, Links und interessante Veranstaltungen der Mitgliedseinrichtungen zusammengetragen, die die Breite des Themas und die vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten damit verdeutlichten und den Mitgliedseinrichtungen und weiteren Interessierten Anregungen, Material und Informationen vermittelten.

Berichte aus der Praxis politischer Bildung zum Jahresthema 2018

Die von den Mitgliedseinrichtungen angebotenen Veranstaltungen im Kontext des Jahresthemas waren sehr vielfältig. Es ging um Fragen der Teilhabe an der digitalen Gesellschaft, um Inklusion und Exklusion. Der Wandel der Medienwelten und die damit

verbundenen Herausforderungen wurden thematisiert, die Pressefreiheit und Gefährdungen durch Fake News, Hate Speech, Trolle und Social Bots. Es wurde diskutiert, was und wer die offene Gesellschaft gefährdet und wie wir sie schützen können, wie Medienpolitik gestaltet sein muss und welche Aufgaben mit einer digitalen Bildungsarbeit verknüpft sind. Im Folgenden werden einige Veranstaltungen exemplarisch benannt:

Die Jugendbildungsreferent*innen der AdB-Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie" boten ein BarCamp zum Thema „Politische Bildung: Inklusion in die digitale Gesellschaft" an. Das offene Format garantierte, dass die Teilnehmer*innen ihre Themen einbringen konnten, dass Austausch und Vernetzung möglich wurde. Ziel des BarCamps war es, eine vielfältige Mischung von Teilnehmer*innen und Perspektiven für interdisziplinäre Anregungen zu nutzen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. führte eine Konferenz zum Thema „Öffentlichkeit für Europa! Medienwandel, Pressefreiheit und Medienpolitik" durch. Sie stellte den rasanten Wandel der (medialen) Öffentlichkeit in den Mittelpunkt der Diskussion, der gespeist wird durch wirtschaftlichen Druck, populistische Kampagnen, politische Machtausübung und den Zerfall in kommunikative Parallelwelten. Von diesem Wandel sind demokratische Gesellschaften elementar betroffen. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass eine offene Gesellschaft den öffentlichen Raum als Ort von Begegnung und Austausch braucht, an dem soziale Teilhabe und demokratische Selbstbestimmung möglich ist – und dies nicht nur digital sondern auch analog. Wie müssen diese Räume gestaltet sein? Wie werden sie gesichert und gestärkt? Diese Fragen wurden auch beim Tutzinger Medien-Dialog „Die offene Gesellschaft und ihre Gegner" der Akademie für Politische Bildung aufgeworfen. Auch hier standen die Herausforderungen für die Demokratie im Mittelpunkt, die durch die verstärkte, ungefilterte politische Kommunikation über soziale Netzwerke und das Erstarken des Populismus entstanden sind. Was kann gegen den Verfall der öffentlichen Diskussionskultur und des politischen Diskurses getan werden? Ziel muss es sein, Strategien zu entwickeln, die einen guten, demokratischen Diskurs ermöglichen, der integriert und nicht spaltet.
Die Auswirkungen der Digitalisierung auf den Alltag der Menschen, auf die Entwicklung im Kindes- und Jugendalter, auf das Lernen, auf die Arbeitswelt oder in der Freizeit nahm die Akademie Frankenwarte – Gesellschaft für Politische Bildung e.V. mit dem Seminar „Digitales Zeitalter – verfangen im Netz?" in den Blick.

Einen spezifischen Fokus setzte das Freizeitwerk Welper e.V. mit einem Workshop zu feministischen Belangen und zur Instrumentalisierung dieser Themen im medialen Diskurs. Inwiefern werden feministische Belange für gegensätzliche Positionen vereinnahmt? Als Beispiel wurde der Diskurs in Deutschland rund um #metoo und die rechtspopulistische Vereinnahmung durch die Verknüpfung mit dem Begriff Zuwanderung hervorgehoben. Die Teilnehmer*innen lernten im Praxisteil grundlegende Visualisierungstechniken kennen und setzten sich kritisch damit auseinander: Wie können auf gendersensible Art und Weise Inhalte visualisiert werden? Welche Bilder bedienen welche Stereotype? Wann reproduzieren Bilder gesellschaftliche Stigmatisierung?

Haus Neuland e.V. führte im Rahmen ihres Medienpädagogik-Projekts „JuMP – Jugend, Medien, Partizipation" verschiedene Veranstaltungen durch, in denen die jüngere Generation im Zentrum stand. Themen waren Vielfalt, Diversität und Inklusion, aber auch Cybermobbing und Hate Speech und die Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis.

Auch ganz praktische Tipps wurden in den Veranstaltungen gegeben: wie man Fake News erkennt, wie man sie von Fakten unterscheidet, auch wenn sie nicht in das eigene Weltbild passen, welcher Haltung es in der medialen Welt bedarf. basa e.V. Bildungsstätte Alte Schule Anspach bot eine Fortbildung zur digitalen Bildungsarbeit an, bei der es um den Einsatz digitaler Tools ging und darum, wie junge Menschen in ihren digitalen Suchbewegungen unterstützt werden können.

Das Jahresthema in der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“

In der Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“ wurde in allen vier Ausgaben in 2018 ein Beitrag zum Jahresthema aufgenommen. Im ersten Beitrag „Alles auf dem Display? Herausforderungen an einen kompetenten Umgang mit (Online-)Information für Jugendliche“ ging Christa Gebel der Frage nach, woher sich Jugendliche heute ihre Informationen holen und vor welchen Herausforderungen sie stehen. Information, so die Autorin, ist eine wesentliche Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Gerade für Jugendliche spielen die Online-Medien hier eine zentrale Rolle. In der Ausgabe 2/2018 legten Konrad Lischka und Christian Stöcker dar, wie Online-Intermediäre die digitale Öffentlichkeit strukturieren und damit eine relevante Rolle bei der Meinungsbildung spielen. Im dritten und vierten Beitrag wurden konkrete Praxiszugänge vorgestellt: „Von Information bis Manipulation – Die Macht der Medien“ lautete der Titel eines fünftägigen Seminars der Georg-von-Vollmar-Akademie, bei der sich die Teilnehmer*innen z. B. mit folgenden Fragen auseinandersetzten: Was bedeutet es für uns und die Gesellschaft, wenn sich mit der Digitalisierung der Zugang und die Verbreitung von Informationen fundamental verändern, wenn durch die sozialen Netzwerke jeder selbst als Sender Nachrichten erzeugen, teilen oder verbreiten kann und das Misstrauen gegenüber den traditionellen Medien wächst? Wie kann ein reflektierter Medienkonsum gelingen? Im vierten Beitrag wurde das von der Internationalen Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg durchgeführte Modellprojekt WeltWEGe vorgestellt, das zum Ziel hatte, die Medien- und Demokratiekompetenz von jungen Menschen mit und ohne Fluchthintergrund weiterzuentwickeln und präventiv gegen Radikalisierung zu wirken.

Bilanz und Ausblick auf das Jahresthema 2019

Das Jahresthema 2018 wird alle Akteure in der politischen Bildung weiterhin begleiten, denn von den politischen Bildner*innen wird immer wieder eine Neujustierung ihrer Arbeit verlangt, da die Entwicklungen der digitalen Welt immer weitergehen und deren Richtung nicht absehbar ist. Das hat zum einen Auswirkungen auf nötige Fort- und Weiterbildungen und auf grundsätzliche Fragen der Professionalisierung, zum anderen aber auch auf die Verantwortung aller bei der Mitgestaltung des demokratischen Zusammenlebens. Hier ist der AdB herausgefordert, die innerverbandliche Diskussion und ebenso den Diskurs über den Verband hinaus weiter anzuregen. Die Einladung dazu erfolgt schon mit dem Jahresthema für 2019 „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wertorientierungen des Grundgesetzes und gesellschaftlicher Wandel“, das das Grundgesetz als Basis für die demokratische Verfasstheit Deutschlands in den Mittelpunkt rückt. Es geht darum, die mit dem Grundgesetz verbundenen Werte bekannter zu machen, mit Leben zu füllen und für das demokratische Miteinander greifbar zu machen.

Die Aktivitäten zu diesem Jahresthema wurden mit der Fachtagung, die vom 27. bis 28. November 2018 im Bildungshaus Zeppelin & Steinberg e. V. stattfand, eröffnet. Die Stellungnahme, die in der darauffolgenden Mitgliederversammlung verabschiedet wurde, kann unter folgendem Link abgerufen werden: www.adb.de/stellungnahme/die-wuerde-des-menschen-ist-unantastbar. ■

Eine lebendige Organisation

Die Entwicklung des Verbandes

Eine lebendige Organisation

Die Entwicklung des Verbandes

Im Zentrum des verbandlichen Lebens steht die Kommunikation. Nur im Austausch zwischen Vorstand, Geschäftsstelle und Mitgliedsorganisationen lassen sich gemeinsam Strategien entwickeln, fachliche Schwerpunkte festlegen, Aufgaben verteilen, Fragen beantworten und Probleme lösen. Dem AdB steht dafür ein breit gefächertes Instrumentarium zur Verfügung: Kommissionen, Fachgruppen, Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Fachtagungen, Fortbildungen, on- wie offline-Publikationen und selbstverständlich der direkte Austausch und das persönliche Gespräch. Hilfreich ist dabei immer auch der Blick, oder besser gesagt die Kommunikation über den eigenen Tellerrand hinaus. Dafür pflegt der AdB vielfältige Kontakte zu anderen Organisationen und Verbänden der politischen Bildung, ist Mitglied in zahlreichen Gremien und Vereinigungen, engagiert sich in jugend- und bildungspolitischen Zusammenschlüssen national wie international. Entscheidend ist es, die verschiedenen Kommunikations- und Diskursfäden miteinander zu verbinden, um Erfahrungen und Ergebnisse zu transferieren, um die Expertise der beteiligten Personen optimal zu nutzen, um Doppelungen zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

Fachkommissionen als Foren des fachlichen Diskurses

Ein gutes Beispiel für diese Vernetzung sind die Fachkommissionen des AdB, die nicht nur dem Austausch der Mitglieder untereinander dienen, sondern zugleich der fachlichen Weiterentwicklung und der Qualifizierung. Darüber hinaus gehen von ihnen wichtige Impulse für die Interessenvertretung aus. Belege dafür sind die von den Kommissionen Jugendbildung, Europäische und Internationale Bildungsarbeit, Erwachsenenbildung, Geschlechterreflektierte Bildung und Verwaltung und Finanzen initiierten Stellungnahmen und Fachtagungen.
Sichtbar wird auch, dass die in den Kommissionen gesetzten Schwerpunkte nicht trennscharf sind, sondern sich die Arbeitsbereiche auf vielfältige Weise miteinander verbinden und die Kommissionen gemeinsam an einer klaren Haltung in der politischen Bildung arbeiten.

Standortbestimmung und Weiterentwicklung politischer Jugendbildung – Kommission Jugendbildung
Ein Schwerpunkt dieser Kommission lag auf der Diskussion des Themas „Wo steht die politische Bildung heute?", mit der sie an verschiedenen Debatten im Verband anknüpfen konnte. Es wurde ein Arbeitspapier vervollständigt, das sowohl als Grundlage für eine Fachveranstaltung der Kommission im Herbst diente, als auch für eine Positionierung des AdB für eine profilierte, an Vielfalt orientierte politische Bildung. Dieses Papier wurde in den AdB-Vorstand eingebracht und von diesem am 25. April 2018 beschlossen (www.adb.de/stellungnahme/standortbestimmung-politische-bildung-im-adb-fuer-vielfalt-gegen-ausgrenzung). Es hat wegweisenden Charakter für alle Arbeitsbereiche im Verband.

Politische Bildung im AdB für Vielfalt und gegen Ausgrenzung

Eine Standortbestimmung

Politische Bildung ist Bildungsarbeit, die sich mit dem Politischen – das heißt mit den das Gemeinwesen betreffenden Angelegenheiten – auseinandersetzt. Ihre Aufgabe ist es, anknüpfend an die Interessen und Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Zusammenhänge zwischen der eigenen Lebenssituation und den gesellschaftlichen Bedingungen deutlich zu machen und Teilhabemöglichkeiten aufzuzeigen. Sie orientiert sich dabei an den zentralen Kategorien von Politik: Konflikt, Interesse, Macht, Konsens, Herrschaft, Willensbildung. Dazu gehört es auch, Privilegien, Diskriminierungen oder Ausgrenzungen sichtbar zu machen, um diese zu überwinden.

Gerade vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit, der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung, der Erfahrung von totalitärer Herrschaft und Völkermord bedarf es eines sorgfältigen Blicks auf aktuelle Entwicklungen. Mit dem Grundgesetz von 1949, der Öffnung der Gesellschaft nach 1968 und der Befreiung von einem autoritären Regime 1989 hat unsere Gesellschaft ihre demokratischen Werte weiterentwickelt und sichtbar gelebt. In Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in Europa und der Welt bedarf es in diesem Sinne einer profilierten politischen Bildung, die es den Teilnehmenden ermöglicht, gesellschaftliche Entwicklungen und Strukturen damals und heute zu verstehen, zu reflektieren und zu analysieren, um sich selbst gesellschaftlich zu verorten und die eigene Handlungsfähigkeit zu stärken.

Demokratie, Teilhabe und Menschenrechte bilden den Referenzrahmen dieser emanzipatorischen, partizipatorischen politischen Bildung.

Demokratie muss nach unserem Verständnis politischer Bildung nicht nur Regierungs- und Gesellschaftsform sein, sondern auch als Lebensform erfahrbar werden. Politische Bildung muss daher Räume anbieten, in denen demokratische Aushandlungsprozesse und der Umgang mit Konflikten eingeübt und reflektiert werden kann. Neben der Kompetenz, die eigenen Interessen und Standpunkte wirkungsvoll zu vertreten, ist dabei auch die Bereitschaft zu fördern, andere Positionen einzubeziehen und gegebenenfalls Kompromisse zu schließen.

Diskriminierung u. a. aufgrund körperlicher und geistiger Vorrausetzungen, des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Sprache, des Äußeren, des Alters, der Herkunft, der sozialen Lage oder der religiösen bzw. politischen Anschauungen, ist mit unserem Verständnis politischer Bildung unvereinbar. Ihr entschieden entgegenzutreten ist der Auftrag der politischen Bildung und somit aller in ihr Aktiven.

Wir, der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen,

- treten für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie die im Grundgesetz verankerten unveräußerlichen Menschenrechte ein.
- setzen uns für die uneingeschränkte freie Entfaltung und Entwicklung aller Menschen ein und unterstützen diese.
- positionieren uns gegen Demokratiefeindlichkeit und Rechtspopulismus/-extremismus.
- ergreifen Position für eine vielfältige, inklusive und solidarische Gesellschaft.
- wenden uns mit unseren Angeboten der politischen Bildung an alle in der Gesellschaft lebenden Menschen.
- orientieren uns dabei nicht an vermeintlichen Defiziten, sondern an den Ressourcen der Teilnehmenden.
- begrüßen die Verschiedenheit von Menschen in unseren Einrichtungen und Bildungsangeboten und begreifen Vielfalt als Bereicherung.
- wenden uns entschieden gegen völkisches und nationalistisches Gedankengut sowie gegen autoritäre und antidemokratische Ideen. Dazu gehört für uns auch eine Auseinandersetzung mit Kolonialismus und seiner gesellschaftlichen Wirkweise. Wir gestalten historisch-politische Bildungsprozesse, u. a. über die Verbrechen des Nationalsozialismus. Das Erinnern an die Shoah steht dabei als Zeichen unserer Verantwortung und bleibt ein beständiger Auftrag.

Gemeinsam treten wir für die hier genannten Punkte ein. Dementsprechend wehren wir Angriffe rechtspopulistischer/-extremer Parteien und Gruppierungen gegen einzelne Mitgliedseinrichtungen, die Mitarbeiter*innen und Funktionsträger*innen solidarisch ab.

Vor dem Hintergrund dieser Standortbestimmung wurde der Fachtag „Teamer*in – Expert*in – Mensch“ konzipiert. Die wichtige Rolle politischer Bildner*innen im Bildungsprozess junger Menschen, aber auch im Bereich der Erwachsenenbildung, ist unbestritten. Mit ihrer inhaltlichen und didaktischen Expertise sowie ihrer Haltung tragen sie entscheidend zum Gelingen der Prozesse bei. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Haltung und mit Inhalten und Meinungen sind dabei prägende Aspekte. Während des Fachtags, der am 10. Oktober 2018 im Rahmen der Herbstsitzung der Kommission in Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e.V. stattfand, wurde ausgehend von der Frage, wie die wachsende Ökonomisierung die politische Bildungsarbeit beeinflusst, der Fokus auf die Personen gelegt, die für die Bildungsarbeit verantwortlich sind: Die politischen Bildner*innen. Welche Rolle spielen sie im Bildungsprozess? Welche Haltung müssen sie einnehmen? Wie müssen Arbeitsbedingungen weiterentwickelt werden, damit sie eine gute Arbeit leisten können?

Saba-Nur Cheema von der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt am Main, führte mit einem Vortrag zur Haltung in der politischen Bildung in das Thema ein. In einem der nachfolgenden Workshops wurde ein praxisnaher Austausch anhand konkreter Beispiele zum Thema Neutralität ermöglicht. Hierbei wurde schnell klar, dass es eine Neutralität der Bildner*in nicht geben kann. Vielmehr ist eine klare Haltung gefragt und Transparenz gegenüber den Beteiligten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Kommissionsarbeit war die politische Bildung mit Kindern. Dabei wurde ein Bogen gespannt von den Menschenrechten, der Menschenrechtsbildung hin zu Kinderrechten und politischer Bildung mit Kindern. Es wurde deutlich, welche Bedeutung die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz für Bildungseinrichtungen und Bildungsprozesse haben wird.

Haltung gewinnen und politische Bildung qualifizieren – Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Das Thema Haltung in der politischen Bildung griff auch die Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit auf und organisierte einen offen ausgeschriebenen Fachtag im Rahmen einer Kommissionssitzung am 6. September 2019 in der Akademie für politische Bildung in Tutzing. Der Fachtag mit dem Titel „Politische Bildung in Zeiten populistischer Hochkonjunktur“ ging von den Herausforderungen aus, die durch Polarisierung, mediale Echokammern und Fake News entstehen und auch die politische Bildung betreffen.

Diskutiert wurde, was diese Phänomene für die politische Bildungsarbeit im nationalen, europäischen/internationalen Kontext bedeuten. Es ging um Strategien, mit denen politische Bildung populistischen Umtrieben, nationalistischen Reflexen, xenophoben Vorbehalten und protektionistischem Denken entgegenwirken kann. Als besonders wichtig und damit anschlussfähig an die Diskussion in der Kommission Jugendbildung wurde die politische Bildung von Anfang an hervorgehoben, die Demokratie-Lernen als Kultur der Anerkennung versteht und Menschen in Verantwortung als Multiplikator*innen unterstützt und gewinnt.

Die Auseinandersetzung mit der „Realität hinter der virtuellen Realität“, mit der Entstehung von Falschmeldungen und dem Datenmissbrauch sowie mit einer komplex vernetzten Datenwelt war ein weiterer Schwerpunkt. Deutlich wurde die Notwendigkeit, sich in der politischen Bildung grundlegend mit Fragen der

Kommission Europäische und Internationale Bildungsarbeit

Digitalisierung und des gesellschaftlichen Wandels auseinanderzusetzen und nicht bei den Symptomen wie z. B. Fake News stehenzubleiben.

Ein weiteres Thema der Kommission war die Zusammenarbeit mit und in Communities und Minderheitenorganisationen, aufgegriffen durch den Filmemacher Kenan Emini vom Roma Center Göttingen und Nora Ludl vom Roma Antidiscrimination Network. Zusammenarbeit – so viel war schnell klar – besteht aus deutlich mehr als dem thematischen Seminarangebot und der Einladung zur Seminarteilnahme. Kooperation bedeutet zunächst, wechselseitiges Interesse und Anteilnahme für die jeweiligen Anliegen zu entwickeln, die zu einer gemeinsamen Organisation von Angeboten und Aktivitäten führen können. Die jeweiligen Interessen aller beteiligten Partner sollten offengelegt werden, auch mit Blick auf verfügbare Ressourcen und Ziele. Gerade in Hinblick auf die internationalen Aktivitäten und Partnerschaften stellte Kenan Emini klar, dass spezifische Anliegen der beteiligten Communities, wie z. B. Fragen der Gleichberechtigung von Minderheiten, nicht zwingend Thema der Kooperationen sein müssen, sondern eine Offenheit für alle aktuellen politischen Fragen besteht. Aber immer steht als konkretes Erfordernis, eine gemeinsame Anwartschaft für Beteiligung und gegen Ausgrenzung zu übernehmen.

Mitglieder der Kommission Erwachsenenbildung im Deutschen Bundestag

Für den weiteren Austausch von nationalen und internationalen Erfahrungen ist das Cross-Culture Internship Program des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) durch den gezielten Einsatz internationaler Praktikant*innen im Bereich politische Bildung eine herausragende Möglichkeit. Der AdB ist im engen Austausch mit dem ifa und auch während der Kommissionssitzungen konnte durch Dr. Eva Sodeik-Zecha (ifa) diese Zusammenarbeit weiter gestärkt werden. Das Cross-Culture Internship Program kann zu einer gelebten Internationalität der Träger politischer Bildung beitragen.

Die Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte im internationalen Begegnungskontext stand durch Rita Bergstein vom Salto Ressource Centre Training and Cooperation und durch die Vorstellung des ETS Competence Model for Youth Workers and Trainers im Fokus. Und es wurde die bereits mehrfach diskutierte Grundfrage „Was ist gute internationale Bildungsarbeit?“ wieder in den Mittelpunkt gerückt.

Als zivilgesellschaftlicher Träger politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in Deutschland hat der AdB ein großes Interesse daran, dass sich die Bereiche der Jugend- und Erwachsenenbildung in Europa weiterentwickeln, gerade auch wegen der großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Er setzt sich für mehr politische Bildung, Education for Democratic Citizenship, Human Rights Education, Global Citizenship Education ein. Das Instrument Erasmus+ Jugend in Aktion und die in 2018 gestartete neue Programmgeneration kann genau zu dieser Stärkung der Jugend- und Erwachsenenbildung in Europa beitragen. Um die qualifizierte Weiterentwicklung des Programms zu unterstützen, hat der AdB seine Vorstellungen und Erwartungen in zwei Papieren – für den Bereich der Jugendbildung und den der Erwachsenenbildung – dargelegt und an die Entscheidungsträger und Akteure im europäischen Kontext versandt (siehe die Empfehlungen www.adb.de/jugendbildung-staerken-adb-empfehlungen-zur-zukuenftigen-eu-programmgeneration und www.adb.de/erwachsenenbildung-staerken-adb-empfehlungen-zur-zukuenftigen-eu-programmgeneration).

Freiräume für Bildung schaffen – Kommission Erwachsenenbildung

Zentraler Schwerpunkt der Kommission Erwachsenenbildung war die Stärkung der politischen Bildung im Format Bildungsurlaub bzw. Bildungsfreistellung. Zur Vorbereitung ihrer Frühjahrssitzung in der Franken-Akademie Schloß Schney e. V. wurde eine Synopse „Informationen aus den Berichten der Bildungsurlaubsberichterstattung“ erstellt. Darin aufgeführt sind die Bildungsurlaubsgesetze der Bundesländer, die Informationen zur Berichtspflicht, Verfahren zur Trägeranerkennung und eine Übersicht über anerkannte Träger. Es wurden zudem die Schwerpunkte des Bildungsurlaubs in den Ländern und Informationen zu den Teilnehmenden in den Bundesländern zusammengetragen.

Die Zahlen belegen, dass der Bildungsurlaub abhängig ist von einer guten wirtschaftlichen Konjunktur: Ein wirtschaftliches Hoch bedeutet zugleich eine hohe Inanspruchnahme der Angebote. Es zeigt sich aber ebenso, wie gering der Anteil der politischen Bildung am Bildungsurlaub ist. Das Problem scheint nicht im Angebot begründet zu sein, sondern eher in der Anerkennung der politischen Bildung für den Bildungsurlaub.

Die Kommission nutzte ihre gewonnene Expertise und brachte ein Positionspapier zur Stärkung der Bildungsfreistellung in den AdB-Vorstand ein, der das Papier diskutierte und unter dem Titel „Politische Erwachsenenbildung braucht Freiräume. Für eine Stärkung des Anspruchs auf Bildungsfreistellung in Deutschland" als AdB-Position verabschiedete (siehe www.adb.de/staerkung-des-anspruchs-auf-bildungsfreistellung) und an Vertreter*innen in Politik und Verwaltung, in Verbänden und Organisationen verschickte. Eine für 2019 geplante Tagung wird diese Diskussion weiterführen. Die „Zeit für Bildung" befähigt Arbeitnehmer*innen, an gesellschaftspolitischen Diskursen teilzunehmen, sich in die Gesellschaft einzubringen und sie aktiv mitzugestalten. Sie entspricht einem gesamtgesellschaftlichen Interesse an einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung unserer Demokratie.

Neben diesem Themenschwerpunkt war es für die Kommission wichtig, mit einem „Blick von außen" eine Einschätzung der politischen Erwachsenenbildung im AdB und darüber hinaus zu bekommen. Bundeskanzlerstipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung, Bruna Romano Pretzel aus Brasilien, beforschte vom September 2017 bis Dezember 2018 das Feld und stellte ihre Forschungsarbeit zum Thema „Zwischen Werkzeug und Werkstatt: Überlegungen zu den Grundlagen politischer Erwachsenenbildung" den Kommissionsmitgliedern vor.

Für die Herbstsitzung der Kommission wurde der Tagungsort Berlin genutzt und das Thema „Repräsentative Demokratie in der Krise?" gewählt. Vom Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (sfbb) aus besuchte die Kommission u. a. den Deutschen Bundestag. Die Vorbereitung der Gespräche begannen am ersten Tag mit einem ausführlichen Austausch über die empfundenen und beobachteten Krisensymptome der repräsentativen Demokratie. Mit hieraus abgeleiteten Fragen im Gepäck machten sich die Teilnehmenden zu einem lobbykritischen Stadtspaziergang im Regierungsviertel auf. Eine Vertreterin von Lobby Control e. V. informierte über Machtstrukturen und Einflussstrategien verschiedener Lobbyisten und machte durch die Weitergabe von Hintergrundwissen deutlich, wie Lobbyismus funktioniert.

Im Deutschen Bundestag wurden im Gespräch mit Cansel Kiziltepe, MdB, aktuelle politische Themen und Entscheidungen aufgegriffen und die von ihr beobachteten Veränderungen in der politischen (Kommunikations)Kultur diskutiert. Die neue Situation im Bundestag führe, so die Abgeordnete, zwar zu viel Frust, aber auch zu mehr Solidarität über die Parteigrenzen hinweg. Ein großes Problem sei die Verrohung der Sprache und die Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch Fake News und deren Verbreitung über Social Media. Es werde Stimmung gemacht und Grenzen des Sagbaren immer wieder überschritten. Dem müsse man entschieden entgegenwirken. Wichtig sei es, mehr Gesprächsformate außerhalb der Parteienpolitik anzubieten, und mit den Bürger*innen in den direkten Dialog zu treten, aber auch für eine enge Zusammenarbeit von Politik und Zivilgesellschaft für unsere demokratische Gesellschaft einzustehen.

Die Expertise, die der AdB im Bereich Erwachsenenbildung aufgebaut hat, wird auch in verschiedene bundesweite Fachgremien und Dachorganisationen eingebracht. So z. B. in den Rat der Weiterbildung (KAW) und das Konsortium zu Begleitung und Weiterentwicklung des Projekts GRETA des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE), bei dem es darum geht, die im Projekt entwickelten Instrumente zur Anerkennung und Selbsteinschätzung der Kompetenzen für Lehrende in der Erwachsenenbildung bekannter zu machen und in vielfältiger Weise zu erproben. Dies ist aber keine Einbahnstraße sondern vielmehr können der AdB und die Einrichtungen der Erwachsenenbildung aus den Diskussionen und Projekten selbst profitieren. Nur im gemeinsamen Austausch lässt sich das Feld politischer Erwachsenenbildung weiterentwickeln.

Mitglieder der Kommission Geschlechterreflektierte Bildung

Geschlechtersensible Perspektiven stärken – Kommission Geschlechterreflektierte Bildung

Die Kommission Geschlechterreflektierte Bildung diskutierte Biografien von Frauen für die Bildungsarbeit und fragte, welche weiblichen Vorbilder es gibt, welche Rolle sie spielen und wie sie in der Bildungsarbeit einsetzbar sind. Die Mitglieder der Kommission

brachten verschiedene Materialien wie Filme, Bücher, Comics, Weblinks oder Videos mit in die Sitzung, um sich gegenseitig über interessante Biografien zu informieren. Die Einbindung von interessanten oder ungewöhnlichen Biografien in die politische Bildungsarbeit kann lohnend sein, weil an ihnen deutlich wird, dass Lebensläufe nicht linear verlaufen, dass auch Umwege zum Ziel führen und Fehler neue Wege aufzeigen können.

Ein weiterer Themenschwerpunkt der Sitzung lautete „100 Jahre Frauenwahlrecht". Die Kommissionsmitglieder tauschten sich über Aktivitäten und Vorhaben aus. Aufgrund von Erfahrungen in der eigenen Bildungspraxis diskutierten sie eine Ausweitung des Themas in der Bildungsarbeit auf die Beteiligung auch im zivilgesellschaftlichen Bereich, um grundsätzlich Fragen von Partizipation, zivilgesellschaftlichem Engagement, Zugänge und Befähigungen dazu einbeziehen zu können.

Die Kommissionsmitglieder möchten mit ihrer Arbeit das Thema „Geschlechterreflektierte Bildung" voranbringen und als Bestandteil politischer Bildung stärken. Sie wollen die Frage, wie im Arbeitsalltag die geschlechtersensible Perspektive gewinnbringend eingebracht werden kann, stärker in die Aufmerksamkeit des Verbandes bringen. Zusammen mit dem neuen Fachbereich in der AdB-Geschäftsstelle will die Kommission ein Fortbildungsangebot entwickeln und durchführen, das das Thema des religiös begründeten Extremismus aus Genderperspektive beleuchtet. Gerade die Fragen des Zusammenhangs von Religion und Geschlecht und welches Angebot Religion zur Identitätsfindung machen kann oder macht, sind von besonderem Interesse. Wichtig ist dabei eine intersektionale Perspektive, die die Verschränkung von Religion, Klasse und Geschlecht in den Blick nimmt.

Professionelles und wirtschaftliches Handeln stärken – Kommission Verwaltung und Finanzen

Mit dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt GRETA des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) beschäftigte sich auch die AdB-Kommission Verwaltung und Finanzen. Marlis Schneider vom GRETA-Team skizzierte den Verlauf des Forschungs- und Entwicklungsprojekts, das seit Ende 2014 durch das BMBF gefördert wird. Das Projekt erarbeitet Grundlagen für die Entwicklung eines trägerübergreifenden Anerkennungsverfahrens für die Kompetenzen Lehrender in der Erwachsenen- und Weiterbildung mit dem Ziel der Anerkennung und Professionalisierung der Lehrenden. Sie erläuterte das bisher erarbeitete Kompetenzmodell. Es wurden neben Wissen und kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten auch Aspekte der motivationalen und sozialen Bereitschaft aufgenommen und beschrieben. Das Modell umfasst vier sogenannte Kompetenzaspekte, die weiter untergliedert werden. Dieses Kompetenzmodell ist im Projekt die Grundlage für die Entwicklung von Anerkennungs- und Zertifizierungsverfahren für Lehrende in der Erwachsenen- und Weiterbildung. Mit diesem Verfahren – PortfolioPlus genannt – werden Möglichkeiten geschaffen, mit denen Lehrende ihre Kompetenzen dokumentieren und bilanzieren können. Neben der Kompetenzbilanz Lehrender ist das Mapping von Fortbildungsangeboten Ziel des GRETA-Projekts. In der Diskussion wurde deutlich, dass der Nutzen für die Lehrenden durchaus gesehen wird, zugleich aber auch die Gefahr der Verregelung sowie förderrechtliche Konsequenzen für die Einrichtungen.

An die in früheren Sitzungen geführte Diskussion um die Wirtschaftlichkeit von Bildungseinrichtungen konnte die Fortbildung „Wie wirtschaftlich kann/muss eine Bildungseinrichtung handeln?", die in Zusammenarbeit mit der Kommission Verwaltung und Finanzen organisiert wurde, anknüpfen. Die Tagung fand in der Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH in Bad Zwischenahn statt. Die Überlegungen und Themen zum wirtschaftlichen Handeln bewegten sich im Spannungsfeld zwischen satzungsgemäßen Aufgaben und betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit. Sie sind eine stetige Herausforderung für die Leitungsebene einer Bildungseinrichtung, die mehr sind als Veranstaltungsorte für Seminare. Sie sind auch Betriebe, die sich durch ein professionelles Management auszeichnen. Transparenz nach innen und außen ist grundlegende Voraussetzung für wirtschaftliches Handeln.

Nicht nur wirtschaftliches, auch effizientes und effektives Handeln sind zwingend notwendig. Dazu muss zunächst sichergestellt werden, dass „das Richtige" gemacht wird (Effektivität). Dann ist zu schauen, dass dieses Richtige auch „richtig" umgesetzt wird (Effizienz).

Nicht nur in dieser Fachkommission wird deutlich, wie wichtig ein fachlicher Austausch zwischen Vertreter*innen der Mitgliedseinrichtungen im AdB auf den unterschiedlichen Ebenen ist. Professionelles Handeln braucht den kollegialen Austausch und die Vergewisserung der eigenen Haltungen und Maximen, braucht den Rückhalt der Kolleg*innen und die Unterstützung durch den Verband, braucht fachlichen Input und das Kennenlernen geeigneter Tools. Das alles leisten die Kommissionen im AdB.

Weitere Qualifizierungsangebote

Die politische Bildung ist ein dynamisches, sich ständig veränderndes Arbeitsfeld. Neue soziale, politische, ökonomische Entwicklungen müssen berücksichtigt werden, neue Zielgruppen erschlossen, neue Methoden erlernt, neue Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung in die pädagogische Arbeit integriert werden. Um die Mitarbeitenden in den Einrichtungen zu unterstützen, bietet der AdB zahlreiche Fortbildungsangebote und Fachveranstaltungen an, die sich an alle Berufsgruppen in den Einrichtungen richten.

Diese Veranstaltungen sind vielfältig eingebunden in die weitere Arbeit des AdB: in die Schwerpunktsetzungen der Kommissionen, in die Arbeit zum Jahresthema oder in die verschiedenen Projekte. Hierzu gehören z. B. die Toolbox-Schulungen, die im Projekt „anders statt artig" angeboten wurden, um anhand der entwickelten Materialien in das interkulturelle Lernen einzuführen. Oder die zahlreichen Vernetzungs- und Austauschtreffen im Kontext des Projektes „Empowered by Democracy". Und nicht zuletzt die Fortbildungsreihen, die das neu eingerichtete Referat des AdB zum Schwerpunkt „Religiöser Extremismus" angeboten hat mit den Inhalten „diskriminierungssensible Bildungsarbeit", „Islam,

Fachtag der Kommission Jugendbildung „Teamer*in – Expert*in – Mensch"

Islamfeindlichkeit und Islamismus“ sowie „Phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention“ (vgl. ab S. 66)

Beteiligt war der AdB zudem an einer Fachveranstaltung, die der Zusammenschluss der Träger im Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe im November durchgeführt hat. Unter dem Motto „Praxis trifft Politik“ ging es in verschiedenen Diskussionsrunden mit Abgeordneten der Regierungsfraktionen um die jugendpolitischen Herausforderungen in dieser Legislaturperiode. An fünf Thementischen wurden die Eigenständige Jugendpolitik, die Weiterentwicklung des SGB VIII, der Jugendmedienschutz sowie die Digitalisierung diskutiert. Der AdB hatte als politischen Gast Martin Patzelt MdB (CDU/CSU) eingeladen, um mit ihm unter der Überschrift „Nicht gegen ‚-ismus‘, sondern für die Demokratie – Wie kann die Stärkung politischer Bildung gelingen?“ die Herausforderungen für die politische Bildung als Instrument zur Förderung der Teilhabe aller sowie der kritischen Hinterfragung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen zu diskutieren.

Neben den spannenden politischen, fachlichen und pädagogischen Fragen brauchen die Mitarbeiter*innen der Einrichtungen immer auch weitere Kenntnisse und Kompetenzen, um eine Einrichtung so organisieren, leiten und führen zu können, dass alle anderen Anforderungen – von Steuerfragen über Arbeitsrecht bis hin zum Brandschutz – in ausreichendem Maße erfüllt werden. Auch dafür bietet der AdB seinen Mitgliedern Unterstützung an. So fand 2018 eine online-Schulung zum Thema Datenschutz und Datensicherheit statt, da im Mai die neue Datenschutzgrundverordnung mit zahlreichen neuen Anforderungen gültig wurde. Im Blick waren auch die Haustechniker, die mit ihrer Arbeit wesentlich zum Gelingen von Bildungsveranstaltungen beitragen. Sie wurden in diesem Jahr in Fragen des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit geschult.

Für die in der Öffentlichkeitsarbeit der Mitgliedseinrichtungen zuständigen Referent*innen bot der AdB eine Fortbildung zum Thema „Alles, was RECHT ist. Datenschutz und Rechtssicherheit in der Öffentlichkeitsarbeit“ an – ein hochaktuelles Thema, das auf großes Interesse stieß.

Öffentlichkeitsarbeit im AdB

Die Öffentlichkeitsarbeit im AdB richtet sich sowohl in den Verband als auch nach außen in das Feld der politischen Bildung, die Wissenschaft, Politik und Verwaltung. Sie hat das Ziel, den AdB und das, was der Verband mit seinen Mitgliedseinrichtungen umsetzt, bekannt zu machen, die Sichtbarkeit politischer Bildung zu verbessern und politische Bildung selbst ins Gespräch zu bringen. Verschiedene Instrumente, wie zum Beispiel die Fachzeitschrift oder auch die Präsenz auf Fachveranstaltungen, zielen darauf, die Anliegen politischer Bildung mit Fachöffentlichkeit und Politik zu kommunizieren, den Fachdiskurs anzuregen, Themen nach vorn zu bringen und gute Praxis vorzustellen. Damit sollen auch die Mitgliedseinrichtungen unterstützt und deren Bildungsarbeit sichtbarer gemacht werden.

Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung“

Ein wichtiges Element der Kommunikation nach außen ist für den Verband die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung. Zeitschrift der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“. Sie erscheint mit vier Ausgaben im Jahr mit einer Auflage von jeweils 1.000 Exemplaren. Sie wird für den AdB von Ulrich Ballhausen und Dr. Paul Ciupke

herausgegeben und vom Redaktionsbeirat der Fachzeitschrift verantwortet und inhaltlich geplant. Der Redaktionsbeirat besteht neben den beiden Herausgebern aus fünf weiteren Vertreter*innen aus Mitgliedseinrichtungen des AdB. Im Jahr 2018 waren das Gertrud Gandenberger (Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.), Dr. Michael Schröder (Akademie für politische Bildung), der zur Mitte des Jahres Dr. Meron Mendel (Bildungsstätte Anne Frank) ablöste, Wolfgang Pauls (Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e. V.), Dr. Beate Rosenzweig (Studienhaus Wiesneck – Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.) und Ulrike Steimann (Karl-Arnold-Stiftung). Weiterhin gehören die Geschäftsführerin des AdB, Ina Bielenberg, und die Redakteurin, Dr. Friedrun Erben, dem Redaktionsbeirat an. Der Redaktionsbeirat traf sich 2018 zu zwei Sitzungen, um die Themenplanung sowie die Feinplanung einzelner Schwerpunkte vorzunehmen.

Die Zeitschrift erschien 2018 mit folgenden thematischen Schwerpunkten:

AB 1/2018: Integration – ein gesamtgesellschaftliches Projekt

Integration ist ein gesamtgesellschaftliches Projekt, bei dem es nicht nur um die Anstrengungen Einzelner geht, sondern auch um die der Einwanderungsgesellschaft insgesamt: Wie gelingt die Integration Zugewanderter in die Gesellschaft und in das politische Gemeinwesen und welche Anforderungen werden an Zugewanderte gestellt? Voraussetzung für das Gelingen der Integration ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die uneingeschränkte Teilhabe an Bildung, an sozialem und politischem Engagement, an Kultur und gesellschaftlichem Miteinander ermöglichen. Der politischen Bildung kommt als zivilgesellschaftlichem Akteur eine wichtige Aufgabe zu, um Freiräume für Mitgestaltung zu schaffen, um Menschen zu ermutigen sich zu Wort zu melden, sich zu beteiligen, sich einzumischen – aber auch, wenn es darum geht, für die Vielfalt der Gesellschaft, für demokratische Grundwerte und Menschenrechte einzustehen und diese zu stärken. Anhand konkreter Praxisbeispiele aus der Arbeit mit Geflüchteten wird deutlich, wie die politische Bildung zu einer lebenswerten Gesellschaft für alle beiträgt.

AB 2/2018: Israel

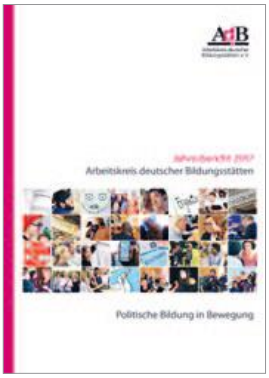
In dieser Ausgabe wird das Land Israel in den Fokus gerückt: die Debatte um die jüdische und die demokratische Identität Israels, die inneren Strukturen und Prozesse der israelischen Gesellschaft sowie die Koordinaten des israelischen Gemeinwesens. Ein Beitrag setzt sich kritisch mit der deutschen Wahrnehmung des Nahostkonflikts auseinander, andere beschäftigen sich mit der Bedeutung deutsch-israelischer Begegnungen und der politischen Bildung für eine differenzierte und reflektierte Sichtweise auf ein faszinierendes Land, das randvoll ist mit Geschichte(n), Religionen und Politik. Die Autor*innen geben aus deutscher und israelischer Perspektive der Vielfalt Israels Raum und zeigen, in welcher Weise politische Bildung Israel „erfahrbar" macht, wie sie dazu einlädt, die Perspektiven zu wechseln und so vor einseitigen Urteilen schützen kann.

AB 3/2018: (Un-)Sicherheit und (Un-)Gewissheit

In dieser Ausgabe werden unterschiedliche Perspektiven des Themas in den Blick genommen: Es geht um demokratische Sicherheitspolitik und das Verhältnis von Sicherheit und Freiheit in der Demokratie, um eine psychologische Perspektive auf das Thema, um den Umgang mit der wachsenden Unsicherheit in internationalen Beziehungen und mögliche Reaktionen darauf. Im Zentrum der Analysen, Betrachtungen und Kommentare steht die Frage, wie und mit welchen Konzepten politische Bildung in unsicheren Zeiten gelingen kann und was politische Bildung in diesem Kontext leisten muss. Dazu gehört nicht zuletzt Verantwortung zu übernehmen, das Reden über Risiken und Unsicherheiten zu ent-emotionalisieren, die Aufmerksamkeit für Beeinflussungen zu schärfen, wenn etwa „Wahrheiten" verkündet oder Ängste geschürt werden. Denn in unsicheren Zeiten ist eins sicher: Angst war noch nie ein guter Ratgeber und ist keine gute Basis für demokratisches Handeln und ein faires, weltoffenes Miteinander.

AB 4/2018: 100 Jahre Frauenwahlrecht

Mit dem thematischen Schwerpunkt „100 Jahre Frauenwahlrecht" reiht sich die Zeitschrift ein in die große Anzahl von Veröffentlichungen, die sich 2018 diesem bedeutenden Jahrestag widmeten. In den Beiträgen geht es um einen historischen Rückblick, um den Einfluss der internationalen Frauenbewegung auf die Entwicklungen in Deutschland und um die Frage, wie der Stand gleichberechtigter Teilhabe heute zu beurteilen ist. Deutlich wird: Trotz aller demokratischen Errungenschaften bleibt die Gestaltung eines umfassenden Wahlrechts aller für Deutschland als Einwanderungsland eine dringliche Zukunftsfrage. Namhafte Autorinnen, die zum Teil aus ihrer eigenen Erfahrung als Politikerinnen schöpfen können und (persönliche) Einblicke in die mitunter mühsamen Kämpfe um Anerkennung geben, konnten für diese Ausgabe gewonnen werden. Immer geht es auch darum, gesehen, gehört und ernst genommen zu werden und – eine besondere Herausforderung – einen Gegenpol zu den Anti-Gender-Bewegungen globaler rechter Bewegungen und Parteien zu setzen.



Jahresbericht über die Arbeit des AdB und das Programm „Politische Jugendbildung im AdB" 2017 und weitere Veröffentlichungen

Im Juni 2018 erschien der AdB-Jahresbericht 2017 „Politische Bildung in Bewegung" zum ersten Mal als Gesamtbericht aller Arbeitsbereiche.

Politische Bildung ist in Bewegung. Sie reagiert auf vielfältige gesellschaftliche Herausforderungen, z. B. auf den Umgang mit Flucht und Migration, mit Interkultureller Öffnung, Rechtspopulismus und digitalen Entwicklungen – und sie verändert sich, weil sich die Trägerlandschaft verändert und

Gewinner des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises 2018: ABC Bildungs- und Tagungszentrum e.V.

immer mehr Akteure die Bedeutung politischer Bildung für sich und die Gesellschaft erkennen. Mit diesem Jahresbericht konnte der AdB zeigen, wie der Fachverband und seine Mitgliedseinrichtungen mit ihren Schwerpunktsetzungen, Konzepten und Projekten auf die Herausforderungen reagieren und die Landschaft politischer Bildung aktiv mitgestalten.

Zudem erschien Anfang des Jahres eine Broschüre zum Jahresthema 2017 „Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation". Mit dieser Broschüre wurden Aktivitäten, Reflexionen, Veranstaltungen und Projekte der Mitgliedseinrichtungen und des Verbandes zum gleichlautenden Jahresthema des Vorjahres präsentiert.

Weitere Instrumente der AdB-Öffentlichkeitsarbeit

Die Internetpräsenz des AdB hat sich durch die verschiedenen Projekte ausgeweitet. Zentral ist nach wie vor die AdB-Homepage www.adb.de, die über den Verband, die Mitglieder, die Jahresthemen, über die Publikationen, Veranstaltungen und aktuelle Stellungnahmen informiert. Folgende weitere Seiten sind zusätzlich zur AdB-Homepage entstanden bzw. wurden als Projektseiten mit den jeweiligen Kooperationspartnern konzipiert:

- www.politische-jugendbildung.de; hier stellen sich die Fachgruppen des Programms politische Jugendbildung im AdB vor, werden Produkte und Berichte aus den Veranstaltungen und Projekten der Jugendbildungsreferent*innen präsentiert.
- www.andersstattartig.eu ist die Projektseite des Modellprojekts „anders statt artig. Kreative Ideen für interkulturelles Lernen". Auch hier werden Ergebnisse und Produkte aus den Methodenwerkstätten und Vernetzungstreffen vorgestellt.
- www.empowered-by-democracy.de ist die Projekthomepage des im Verbund der GEMINI durchgeführten Projekts „Empowered by Democracy. Stärken. Bilden. Vernetzen".
- Die Homepage des DARE-Netzwerks „Democracy and Human Rights Education in Europe" findet sich unter: www.dare-network.eu.

Mit circa 50 aktuellen Meldungen auf der AdB-Homepage wurde zeitnah aus der Arbeit des Verbands berichtet, wurden Projekte und neue Publikationen annonciert.

Der 2017 überarbeitete Newsletter „AdB aktuell" mit Informationen für die Mitglieder und weitere Interessierte hat sich 2018 bewährt. Er erscheint alle zwei Monate mit aktuellen Meldungen. Er informiert über die Aktivitäten des AdB und seiner Mitglieder und enthält Informationen aus Profession und Politik im nationalen und internationalen Bereich der politischen Bildung. Der „AdB weekly" ist den Mitgliedern im AdB vorbehalten und informiert über Antragsfristen sowie Ausschreibungen für Wettbewerbe und gesetzliche Veränderungen.

Im Jahr 2018 sind 10 Pressemitteilungen erschienen, mit denen der AdB auf seine Aktivitäten, Veröffentlichungen und Projekte aufmerksam machte und Stellung zu wichtigen Themen bezog.

Netzwerkarbeit

Der AdB ist ein starkes Netzwerk von Bildungsstätten, Bildungswerken, Akademien und internationalen Begegnungsstätten. Er ist aber auch selbst Teil überregionaler Netzwerke und wirkt aktiv daran mit, mit anderen Akteuren aus den Bereichen Jugend, Bildung, Wissenschaft und Politik in einen fachlichen Austausch zu kommen.

Politische Bildung als Teil von Jugendhilfe

Diese Netzwerkarbeit reicht dabei von der Einbindung in den engeren Fachkontext der politischen Bildung im Bundesausschuss politische Bildung (bap) sowie in der Gemeinsamen Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) über die Zusammenarbeit in der Jugendhilfe, z. B. in der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) oder der Fachstelle für internationale Jugendarbeit (IJAB) bis hin zur europäischen Vernetzung in DARE – Democracy and Human Rights Education in Europe.

Die fachliche Vernetzung der Profession politische Bildung im pluralistischen System von Trägern der freien Jugendhilfe ist ausgesprochen wichtig, um mit Institutionen und Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) bietet dafür die gesetzliche Grundlage. Der Austausch und die Kooperation sind notwendig, da sich das Feld der Kinder- und Jugendarbeit insgesamt auf immer schnellere Veränderungen der Jugendphasen einstellen muss. Nur die Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen und die Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen bieten die notwendige Breite, um auf die ausdifferenzierten Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen adäquat reagieren zu können. Jugendarbeit braucht verlässliche Strukturen und eine professionelle Basis, um die Qualität und Kontinuität der Angebote zu sichern und fortlaufend auszubauen. Der AdB leistet im Netzwerk der Träger seinen Anteil daran.

Kooperation mit öffentlichen Partnern

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten wird durch das BMFSFJ aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes gefördert. Im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit gibt es einen beiderseitigen Austausch über jugendpolitische Themen und Schwerpunktsetzungen. Die jährlich stattfindenden Jahresplanungsgespräche sind der zentrale Ort, um sich gegenseitig über Vorhaben und Planungen zu informieren und Absprachen zur Zusammenarbeit zu treffen. Darüber hinaus finden zwei Mal im Jahr Treffen aller im Handlungsfeld Jugendarbeit/Jugendbildung geförderten Trägervertreter*innen mit den zuständigen Fachreferaten im BMFSFJ statt, um den fachlichen Austausch zu pflegen und Förderfragen zu diskutieren.

Dass die Expertise des AdB im zuständigen Ministerium angekommen und anerkannt ist, zeigt die Berufung der AdB-Geschäftsführerin in die Kommission zur Erstellung des 16. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung. Insgesamt 14 Expert*innen aus Praxis und Wissenschaft sind angefragt, bis zum April 2020 den neuen Bericht zu erstellen, der den Titel „Demokratische Bildung im Kindes- und Jugendalter“ tragen wird.

Ein weiterer wichtiger Partner für den AdB ist die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Der Austausch zwischen Trägervertreter*innen und der bpb ist in Form des „Runden Tisches“ institutionalisiert. Dieses Gremium trifft sich zwei Mal im Jahr und dient dem Austausch, der Klärung von Fragen und Problemen sowie der Planung gemeinsamer Anliegen. Der AdB ist am Runden Tisch vertreten, ebenso wie eine Reihe von Vertreter*innen aus Mitgliedsorganisationen.

Darüber hinaus gibt es eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen bpb und AdB im Projekt „MITEINANDER REDEN Gespräche gestalten – Gemeinsam handeln (2018–2020)“. Im Rahmen dieses Projekts werden rund einhundert Vorhaben im ländlichen Raum gefördert, die das Miteinander stärken und die Zivilgesellschaft abseits der urbanen Zentren stärken sollen. Der AdB ist Partner in diesem Projekt und unterstützt mit seiner Expertise und mittels der Infrastruktur der Bildungsstätten dieses wichtige Projekt.

Eingeladen zum Austausch war der AdB auch im Rahmen eines Forums, das sich der Frage der Zusammenarbeit von sozialer Arbeit und politischer Bildung widmete. In Barcelona trafen sich auf Anregung der bpb Wissenschaftler*innen, Praxisvertreter*innen, Expert*innen der sozialen Arbeit sowie Fachkräfte aus dem Bereich Prävention, um sich der Frage zu nähern, wie ein Austausch über Fachgrenzen hinweg gelingen kann.

Blicke über den Tellerrand

Die Frage nach der Zusammenarbeit von politischer Bildung und Sozialer Arbeit beschäftigte den AdB auch über das von der bpb organisierte Fachtreffen hinaus. Spätestens seit der intensiven Arbeit mit jungen Geflüchteten stellen sich Fragen nach der Überschneidung und auch der Abgrenzung der beiden Disziplinen. Auch das Programm „Respect coaches“ des BMFSFJ bringt absichtsvoll die Soziale Arbeit der Jugendmigrationsdienste mit den Akteuren der politischen Bildung zusammen. Um die Antworten auf die Fragen nach Überschneidung, Abgrenzung und Zusammenarbeit auszuloten, hat der AdB Kontakt aufgenommen zur Alice-Salomon-Hochschule in Berlin sowie zur Evangelischen Hochschule Ludwigsburg. Beide Hochschulen bilden junge Menschen im Bereich der sozialen Arbeit aus und verstehen ihre Arbeit auch als politisch. In ersten Gesprächen und Workshops wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit Studierenden diskutiert mit dem Ziel, langfristig – auch in der Ausbildung – eine tragfähige Verbindung herzustellen.

Überhaupt ist die Förderung des Nachwuchses ein zentrales Anliegen des AdB, für die der Verband auch neue Schritte geht. So gibt es wiederholt eine gewinnbringende Zusammenarbeit mit Universitäten (z. B. Freie Universität Berlin, Leuphana Universität Lüneburg) in der Form, das Mitarbeitende der Geschäftsstelle den Studierenden das Arbeitsfeld präsentieren, Strukturen,

AdB-Vorstand (v.li.n.re. Martin Kaiser, Karin Pritzel, Albert Fußmann, Christine Reich, Birgit Weidemann, Nina Pauseback, Boris Brokmeier, Ulrich Ballhausen)

Grundlagen, Inhalte und Konzepte vorstellen und den Bereich als zukünftiges Berufsfeld bekannt machen. Diese Veranstaltungen werden auch genutzt, die Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung" bekannter zu machen

Weitere Institute und Partnerorganisationen für den AdB sind über die genannten hinaus u. a. das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung, die Transferstelle Politische Bildung, der Rat der Weiterbildung – KAW sowie der Herausgeberkreis der Publikationsreihe „Non-formale politische Bildung".

Vorstandsarbeit und Mitgliederentwicklung

Der AdB-Vorstand

Die Mitgliederversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorstand des AdB für jeweils zwei Jahre. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, der stellvertretenden Vorsitzenden sowie aus bis zu sechs weiteren Vorstandsmitgliedern. Auf der Mitgliederversammlung 2017 wurde ein neuer Vorstand gewählt, der auch 2018 seine erfolgreiche Arbeit fortsetzte. Dem Vorstand gehören an:

- Ulrich Ballhausen,
  Weimar-Jena-Akademie, Weimar (Vorsitzender)
- Nina Pauseback,
  Jakob-Kaiser-Stiftung, Königswinter (stellvertretende Vorsitzende)
- Boris Brokmeier,
  Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V., Bovenden-Eddigehausen
- Albert Fußmann,
  Institut für Jugendarbeit, Gauting
- Martin Kaiser,
  Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V. – Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
- Karin Pritzel,
  Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V., Dresden
- Christine Reich,
  Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e. V., Werneuchen
- Birgit Weidemann,
  HochDrei e. V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg, Potsdam

Der Vorstand des AdB arbeitet ehrenamtlich und trifft sich in der Regel vier Mal im Jahr zu Vorstandssitzungen. Dort werden die Leitlinien für die Geschäftsstellenarbeit besprochen und grundlegende Entscheidungen im Hinblick auf Arbeitsplanung, Haushalt und Projekte getroffen.

Mindestens einmal in jeder Sitzungsperiode trifft sich der Vorstand mit den Vorsitzenden der Kommissionen, um sich über die Arbeit in den Gremien zu informieren und auszutauschen sowie strategische und fachliche Planungen abzustimmen. Im April trafen sich die Beteiligten in Berlin. Die Kommissionsvorsitzenden berichteten über die aktuelle Arbeit in den Kommissionen und die Planungen für die kommenden zwei Jahre. Diskutiert wurde zudem die Organisation und Zusammenarbeit in den Kommissionen sowie Überlegungen im Hinblick auf die Ausgestaltung der Kommissionsarbeit. Die Kommissionsvorsitzenden berichteten von einer hohen Zufriedenheit der Kommissionsmitglieder, die mit großer Übereinstimmung auf diesen Austausch nicht verzichten wollen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Vorstandsarbeit bestand in der Vorbereitung des Jubiläumsjahres 2019. Zum einen gründete sich eine Arbeitsgruppe aus Vorstandsmitgliedern und Geschäftsstellenmitarbeiterinnen, zum anderen stieg der Vorstand in eine strategische Planung zur (Neu)ausrichtung des Verbandes ein. Vor dem Hintergrund verschiedenster struktureller, fachlicher und politischer Entwicklungen in und vor allem außerhalb des Verbandes wie die Etablierung großer neuer Förderprogramme, das Entstehen neuer Akteure politischer Bildung, der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung des Arbeitsfelde etc., die nicht ohne Auswirkungen auf den AdB bleiben, startete der Vorstand mit einem Workshop in den Strategie-Prozess, dessen Ergebnisse im Anschluss weiter diskutiert und ausdifferenziert wurden. Auf der Mitgliederversammlung im November 2018 wurde dann der Austausch für alle Mitglieder geöffnet, und an insgesamt acht Thementischen gab es einen ausgesprochen regen Austausch zu folgenden Schwerpunkten:

- Verbesserung und Erhöhung der Wahrnehmung
- Aktivere Rolle im Fachdiskurs
- Stärkere Wahrnehmung als politischer Akteur und/oder Interessenvertretung
- Gewinnung neuer Mitglieder
- Stärkere Vernetzung
- Internationale Öffnung
- Professionalisierung des Arbeitsfeldes

Alle Ergebnisse wurden protokolliert und dienen im weiteren Verlauf des Jubiläumsjahres als Grundlage für die nächsten Schritte hin zu einer zukunftsfähigen Aufstellung des Verbandes.

Mitgliederentwicklung

Die Vereine, Organisationen und Einrichtungen im AdB bilden zusammen eine wichtige Infrastruktur für die politische Bildung in Deutschland. Sie sind geschätzte Orte des Lernens, des Austauschs, der Kommunikation. Sie schaffen Räume für neue Erfahrungen und Begegnungen. Ihren Wert für die Menschen und für die Demokratie haben sie über viele Jahre bewiesen. Dies konnte im Jahr 2018 u. a. anlässlich folgender Jubiläen gefeiert werden:

60 Jahre Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam
50 Jahre Aktuelles Forum, Gelsenkirchen
40 Jahre IKAB Bildungswerk, Bonn
30 Jahre Historisch-Ökologische Bildungsstätte (HÖB), Papenburg
25 Jahre Akademie Schwerin
25 Jahre Jugendbildungsstätte Blossin
20 Jahre Max Mannheimer Studienzentrum, Dachau

Erfreulicherweise konnten auch zwei neue Mitglieder im Kreis des AdB begrüßt werden. Die Mitgliederversammlung stimmte einstimmig dafür, die Jugendbegegnungsstätte am Tower in Oberschleißheim sowie das Heinz-Kühn-Bildungswerk in den Verband aufzunehmen. Die Jugendbegegnungsstätte ist eine seit 2010 bestehende Einrichtung mit überregionaler Bedeutung. Mit ihren hauptamtlichen Mitarbeiter*innen macht sie schwerpunktmäßig Angebote in der politischen und kulturellen Bildung und ist aktiv im Bereich des internationalen Austauschs. Das Heinz-Kühn-Bildungswerk ist eine staatlich anerkannte Weiterbildungseinrichtung in Nordrhein-Westfalen mit Standorten in Köln und in Dortmund. Das Team besteht aus sechs hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter*innen, die ihren Schwerpunkt in der politischen Erwachsenenbildung haben.

Mit der Aufnahme dieser beiden Einrichtungen ist der AdB erneut gewachsen und zählt aktuell 102 Mitgliedseinrichtungen bundesweit. Damit ist er nach wie vor einer der größten Verbände der politischen Bildung im Land. Circa drei Viertel der Mitgliedseinrichtungen sind Bildungsstätten, ein Viertel sind Organisationen – in der Regel in der Rechtsform Verein oder Stiftung – die für ihre Bildungsarbeit über kein eigenes Übernachtungshaus verfügen, für ihre politische Bildungsarbeit aber zumeist die Infrastruktur der Bildungsstätten nutzen.

In den Veränderungen der persönlichen Mitgliedschaft zeigte sich, wie auch schon im Jahr davor, der Generationenwechsel in der politischen Bildung. Es gab erneut zahlreiche personelle Veränderungen, ein Großteil ging auf die Übergabe des Staffelstabes an jüngere Kolleg*innen zurück. Dies betraf z. B. die Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen, die Gesellschaft für Politische Bildung e. V. – Akademie Frankenwarte und das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW in Essen. ■

Politische Bildung mit Haltung

Ein Ausblick

Politische Bildung mit Haltung

Ein Ausblick

In Zeiten von Demokratieverdrossenheit und Hassrede, von wachsendem nationalen Egoismus und der Gefahr der Radikalisierung insbesondere junger Menschen ist der Bedarf an Angeboten politischer Bildung groß.

Große Förderprogramme unterstützen daher die Träger und ihre Arbeit. Im Zuge dieses Ausbaus der Förderung sind neue Einrichtungen, Vereine und Organisationen entstanden, die sich die politische Bildung auf die Fahnen geschrieben haben. Mit dem großen Interesse an politischer Bildung und der steigenden Aufmerksamkeit sind aber auch die Erwartungen und Zuschreibungen an die Profession gestiegen. Ein Beleg dafür ist die aktuelle Debatte darüber, ob politische Bildung auch Präventionsarbeit ist oder sein kann. Zugleich stellt sich drängender als bisher die Frage, ob eigentlich alle Akteure dasselbe meinen, wenn sie von politischer Bildung sprechen.

Die verschiedenen Begriffe, die im Umlauf sind, wie demokratische Bildung, Demokratiebildung, Demokratiepädagogik, Teilhabepädagogik, Prävention und andere mehr weisen darauf hin, dass es durchaus sehr unterschiedliche Verständnisse gibt. Umso dringender wird eine Fachdebatte unter Einbeziehung aller Akteure gebraucht, um sich über Inhalte, Konzepte und Grundlagen auszutauschen und zu verständigen. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten sieht sich als Mitgestalter einer solchen Fachdebatte und beteiligt sich z. B. mit seinen Positionspapieren, mit seiner Fachzeitschrift „Außerschulische Bildung", im Rahmen diverser Fachveranstaltungen und nicht zuletzt in Gesprächen mit Kolleg*innen in und außerhalb des AdB an diesem Diskurs. Große Einigkeit herrscht darin, dass die zuletzt immer lauter geäußerte Zuschreibung, politische Bildung in und außerhalb der Schule habe „neutral" zu sein, nicht nur nicht geteilt, sondern ihr begründet widersprochen wird. Politische Bildung findet, und diese Haltung vertritt eindeutig auch der AdB, auf der Grundlage von Grund- und Menschenrechten statt, kann und will in diesem Sinne nicht neutral sein. In ihrem im November 2018 beschlossenen Positionspapier hat die Mitgliederversammlung dies eindeutig formuliert und auch die Aufgaben beschrieben, die sich daraus für die politische Bildung ableiten lassen: „Aufgabe der Politik, der Zivilgesellschaft und der politischen Bildung ist es, die Grundrechte zu verteidigen, zu ihrer Sicherung und Weiterentwicklung sowie zu ihrer Vermittlung beizutragen. Die mit dem Grundgesetz verbundenen Wertorientierungen müssen auch in den Alltag der Menschen eingebunden und mit Leben gefüllt werden. Die Träger politischer Bildung leisten ihren Beitrag durch die Vermittlung von Kompetenzen für das demokratische Miteinander. Dazu gehört es zu lernen, Konflikte auszuhalten und Kompromisse eingehen zu können. Demokratielernen ist auch das Einüben einer positiven Streitkultur." (www.adb.de/stellungnahme/standortbestimmung-politische-bildung-im-adb-fuer-vielfalt-gegen-ausgrenzung)

Die Themen, Fragestellungen und Informationen sollten sich stets orientieren an den zentralen Kategorien von Politik wie Macht, Herrschaft, Interesse, Willensbildung. Daraus folgt, dass politische Bildung auch immer bedeutet, gesellschaftliche Machtpositionen kritisch zu reflektieren und zu hinterfragen. Auch die politische Bildungsarbeit mit Teilnehmer*innen, die gesellschaftlich und politisch marginalisiert sind, ist Ausdruck dieses Anspruchs. Mit Formaten, die Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten in verschiedenen Kontexten aufzeigen und Selbstwirksamkeitserfahrungen möglich machen sowie Kompetenzen der Teilnehmer*innen stärken, will politische Bildung zur Erweiterung der Teilhabechancen aller jungen Menschen beitragen. Wie ist der AdB diesem Anspruch gerecht geworden?

Politische Bildung für alle

Zum Beispiel durch die Beteiligung und Umsetzung des Projekts „Empowered by Democracy", das sich in Seminaren, Workshops und Fortbildungen, die der AdB gemeinsam mit Mitgliedseinrichtungen umgesetzt hat, direkt an junge Geflüchtete gewendet hat. Nicht nur für sie, sondern mit ihnen politische Bildungsangebote zu realisieren, war grundlegendes Ziel des Projekts, mit dem Ergebnis, dass neue Teamer*innen für die politische Bildung qualifiziert werden konnten.

Ein entscheidender Beitrag, dem eigenen Anspruch gerecht zu werden, wurde auch im Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ geleistet. Die Referent*innen haben die Inklusion zum Schwerpunktthema gemacht. Mit einem weiten Begriff von Inklusion haben sie ihre Arbeit reflektiert und geprüft, wo, wie, wodurch und an welchen Stellen junge Menschen ausgeschlossen werden oder werden könnten und wie politische Bildung darauf sensibel reagieren muss und kann. Dabei sind nicht nur finanzielle Ressourcen und Bildungserfahrungen entscheidend, sondern auch Vorurteile, Diskriminierungserfahrungen, gesellschaftliche Zuschreibungen und überlieferte Narrative, die selbst rückwirkend Einzelne oder Gruppen von der Erinnerungskultur ausschließen.

Ein Beispiel, das an der Nahtstelle des Modellprojekts „Empowered by Democracy“ und dem Programm „Politische Jugendbildung im AdB“ entstanden ist, zeigt eindrücklich, wie innovativ die Praxis politischer Bildung in den Mitgliedseinrichtungen des AdB gelingt. BIG EARTH ist der Titel eines inklusiven Filmprojekts für Jugendliche mit und ohne Fluchtgeschichte. Die besondere Qualität dieses Projektes ist über den AdB hinaus sichtbar geworden. Das ABC Bildungs- und Tagungszentrum in Drochtersen-Hüll, Initiator und Träger des Projekts, hat für seine innovative und herausragende Arbeit der politischen Bildung am 28. Juni 2018 den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis (Hermine-Albers-Preis) verliehen bekommen. In dem Projekt, das in Kooperation mit der Hüller Medienwerkstatt e.V., DirectorsCut.ch und weiteren Partnern durchgeführt wurde, haben vier Jahre lang mehr als 100 junge Menschen aus aller Welt zusammen mit professionellen Filmemachern, Theaterschaffenden, Pädagog*innen aus der politischen Bildung einen abendfüllenden Langspielfilm produziert. Die Jury des Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreises entschied sich einstimmig für das ABC Bildungs- und Tagungszentrum als Preisträger in der Kategorie Praxispreis, da dieses Projekt gleich mehrere Anliegen außerschulischer Jugendbildungsarbeit erfüllt: Partizipation, Inklusion und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit. Der thematische Schwerpunkt „Politische Bildung“, der in dem Jahr der Ausschreibung zugrunde lag, war klar zu erkennen. Darüber hinaus fand es die Jury besonders wohltuend, dass junge Menschen z. B. aus Syrien oder Afghanistan nicht als hilfsbedürftige Benachteiligte angesprochen wurden, sondern als junge Menschen mit Erfahrungen und Kompetenzen, die gefragt waren und die erfolgreich in das Projekt eingebracht werden konnten. Ein schöner Erfolg für das ABC Bildungs- und Tagungszentrum und für den AdB! (siehe das Foto auf S. 93)

Internationale Arbeit

Auch die internationale Arbeit im AdB hat erneut entscheidend dazu beigetragen, dass die Ansprüche, die der AdB mit politischer Bildung und mit dem Anspruch, Haltung zu zeigen, verbindet, eingelöst werden konnten. In der Geschäftsstelle wurden und werden europäische und internationale Projekte durchgeführt, die sich sehr gut mit den Themen auf nationaler Ebene verbinden wie z. B. das von 2017 bis 2018 durchgeführte Projekt „STEPS – Survival toolkit for EDC in Post-factual Societies“. Es widmete sich den Fragen, wie politische Jugendbildung und Menschenrechtsbildung in postfaktischen Zeiten gestaltet und wie die pädagogische Arbeit der Träger und Einrichtungen unterstützt werden kann.

Erfreulicherweise konnte in den letzten Jahren auch die Zentralstellenarbeit stark weiterentwickelt und ausgeweitet werden. Allein 2018 konnten im Bereich der bilateralen Zusammenarbeit 25 Maßnahmen von 13 Mitgliedern gefördert werden, im Bereich der Längerfristigen Förderung aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes waren es zudem noch einmal 15 Maßnahmen von 6 Mitgliedseinrichtungen. Jede Maßnahme bedeutet, dass mehr junge Menschen an internationalen Erfahrungen und Mobilität teilhaben können.

Da der AdB seine Zentralstellenarbeit im Nationalen wie im Internationalen nicht als reine Weiterleitung von Mitteln ansieht, bedeutet jede Maßnahme für die Geschäftsstelle, Hilfe, Unterstützung und Beratung bei der Antragstellung und der Durchführung von Maßnahmen zu leisten, die Prüfung und Unterstützung in allen Fragen von Abrechnung und Verwendungsnachweis sowie Qualifizierung der verantwortlichen Kolleg*innen in den Einrichtungen zu gewährleisten. Die Zentralstellenarbeit verschafft Vorstand und Geschäftsstelle darüber hinaus einen guten Überblick über die internationalen Aktivitäten der Mitgliedseinrichtungen. Das ist notwendig, damit der AdB eine fachlich angemessene Interessenvertretung wahrnehmen kann. Mit der wachsenden Zentralstellenarbeit sind aber auch Herausforderungen für den AdB verbunden, die Leistungsfähigkeit auf hohem Niveau zu halten, da die finanzielle und personelle Infrastruktur der Geschäftsstelle nicht mitgewachsen ist. Hier gilt es, in den nächsten Jahren mit den zuständigen Stellen im Gespräch zu bleiben, um die notwendigen personellen Kapazitäten einzuwerben.

Politische Bildung sichtbar machen

Die Herausforderungen, denen sich der Verband in der internationalen Arbeit gegenübersieht, gelten so und in ähnlicher Form auch für die Öffentlichkeitsarbeit. Neue Vorhaben wie die Einrichtung eines Fachreferates zum Schwerpunkt „Religiöser Extremismus“, zunehmende Vernetzung auch in neue Arbeitsfelder z. B. in die Soziale Arbeit hinein, wachsende Programme sowohl im nationalen wie im internationalen Bereich, der eigene Anspruch an Qualität und Innovation machen die einzelnen Aufgabenfelder umfangreicher und vielfältiger. Das bedeutet, dass mehr Themen eingebunden und sichtbar gemacht werden müssen. Mit den Veränderungen und neuen Aufgaben muss sich auch das Corporate Design weiterentwickeln, ohne dass die Kennzeichen und Besonderheiten des Verbands verloren gehen. Neue Arbeitsfelder

müssen in bestehende Strukturen eingefügt werden und gleichzeitig müssen die dadurch angestoßenen Veränderungen von allen nachvollzogen werden können. Produkte müssen angepasst und neue Kommunikationswege gefunden werden. Auch die Zusammenarbeit mit immer vielfältigeren Partnern auf nationaler und internationaler Ebene bringen interessante Herausforderungen mit sich, denn Projekte und Partner haben mitunter ihre ganz eigene Logik und Struktur, die es gilt, neben den eigenen Kommunikationsanliegen ernst zu nehmen. Die Herausforderung besteht in der Verknüpfung und Harmonisierung der Bereiche.

Der AdB wird 60 – Weiterentwicklung garantiert

Im Jubiläumsjahr 2019 kann der AdB durchaus mit Zufriedenheit auf eine positive Entwicklung zurückblicken, allerdings nicht mit der Aussicht auf ein nahendes beschauliches Rentnerdasein, sondern als Ansporn, auch weiterhin als Motor einer innovativen politischen Bildung aktiv zu sein. Der Einstieg in einen Prozess zur Strategieentwicklung, um sich auch zukünftig als Verband inhaltlich und strukturell gut aufzustellen, zeugt von Energie und Potenzial, um dieses Ziel anzugehen. Dazu gehört es wesentlich, offen zu sein für neue Entwicklungen und neue Akteure: Vereine, Gedenkstätten, Museen und Wohlfahrtsverbände, aber auch Nachbarschaftstreffs, studentische Initiativen und Migrantenorganisationen, Bürgerhäuser und nicht zu vergessen junge Blogger, YouTuber und andere Online-Initiativen haben sich mit ihren Anliegen, insbesondere sozial benachteiligte Menschen zu empowern und zur gesellschaftlichen Teilhabe zu verhelfen, der politischen Bildung verschrieben. Im Gespräch mit Mitarbeitenden gerade in kleineren Initiativen und Vereinen ist allerdings festzustellen, dass diese die gewachsenen Strukturen und Akteure politischer Bildung oft nicht kennen und ihnen die Gremien, Medien und Austauschforen des Fachdiskurses fremd sind. Gleichzeitig haben aber viele (neue) Akteure der politischen Bildung viel zu bieten: die Kolleg*innen dort sind motiviert und engagiert, sie sind oft nah dran an den Zielgruppen, sie sind lokal oder regional gut eingebunden. Dem AdB ist eine noch stärkere Vernetzung untereinander wichtig, um den Austausch auch mit neuen Akteuren voranzubringen und sie in den Fachdiskurs einzubinden. Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten mit seiner pluralen Mitgliederstruktur ist prädestiniert dafür und wird sich verstärkt gerade an neue Player im Feld wenden, um Austausch, Kooperationen und Mitgliedschaft anzuregen. ■

Anhang

Mitgliedseinrichtungen
Kooperationspartner
Quellenverzeichnis

Mitgliedseinrichtungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Baden-Württemberg

Internationales Forum Burg Liebenzell e. V.

Burg Liebenzell 1, 75378 Bad Liebenzell
Telefon: 07052-9245-0

info@internationalesforum.de
www.internationalesforum.de

Landesakademie für Jugendbildung

Malersbuckel 8, 71263 Weil der Stadt
Telefon: 07033-5269-0

info@jugendbildung.org
www.jugendbildung.org

Studienhaus Wiesneck
Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V.

Wiesneckstr. 6, 79256 Buchenbach b. Freiburg
Telefon: 07661-9875-0

wiesneck@wiesneck.de
www.wiesneck.de

Bayern

Akademie Frankenwarte
Gesellschaft für Politische Bildung e. V.

Leutfresserweg 81–83, 97082 Würzburg
Telefon: 0931-80464-0

info@frankenwarte.de
www.frankenwarte.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing
Telefon: 08158-256-0

info@apb-tutzing.de
www.apb-tutzing.de

„Der Heiligenhof"
Stiftung Sudetendeutsches Sozial- und Bildungswerk

Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen
Telefon: 0971-7147-0

info@heiligenhof.de
www.heiligenhof.de

Europäische Akademie Bayern e. V.

Hirtenstr. 16, 80335 München
Telefon: 089-549141-0

info@europaeische-akademie.de
www.europaeische-akademie.de

Franken-Akademie Schloß Schney e. V.

Schloßplatz 8, 96215 Lichtenfels
Telefon: 09571-9750-0

info@franken-akademie.de
www.franken-akademie.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.
Bildungsstätte Schloss Aspenstein

Am Aspensteinbichl 9–11,
82431 Kochel am See
Telefon: 08851-78-0

info@vollmar-akademie.de
www.vollmar-akademie.de

Verwaltungssitz:
Oberanger 38/1, 80331 München
Telefon: 089-595223

Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit e. V.

Halbinselstraße 42, 88142 Wasserburg/Bodensee
Telefon: 08382-943362-0

kontakt@guez-dokumente.org
www.guez-dokumente.org

Bildungsstätte:
Deutsch-Französisches Zentrum
Halbinselstr. 74, 88142 Wasserburg/Bodensee

Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Lazarettstr. 33, 80636 München
Telefon: 089-1258-0

info@hss.de
www.hss.de

Bildungszentrum Kloster Banz
der Hanns-Seidel-Stiftung
96231 Bad Staffelstein
Telefon: 09573-3370

Institut für Jugendarbeit

Germeringer Str. 30, 82131 Gauting
Telefon: 089-893233-0

info@institutgauting.de
www.institutgauting.de

Jugendbildungsstätte am Tower

Ferdinand-Schulz-Allee 1,
85764 Oberschleißheim
Telefon 089-1211467-0

info@jbs-am-tower.de
www.jbs-am-tower.de

Kritische Akademie Inzell
Stiftung Bildung, Erholung und Gesundheitshilfe

Salinenweg 45, 83334 Inzell
Telefon: 08665-980-0

info@kritische-akademie.de
www.kritische-akademie.de

Max Mannheimer Haus
Studienzentrum und Internationales Jugendgästehaus

Roßwachtstr. 15, 85221 Dachau
Telefon: 08131-6177-0

bildung@mmsz-dachau.de
www.mmsz-dachau.de

Berlin

Alte Feuerwache e. V. –
Jugendbildungsstätte Kaubstraße

Kaubstr. 9–10, 10713 Berlin
Telefon: 030-8619359

bildungsbereich@kaubstrasse.de
www.kaubstrasse.de

Anne Frank Zentrum e. V.

Rosenthaler Str. 39, 10178 Berlin
Telefon: 030-2888656-00

zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de

Europäische Akademie Berlin e. V.

Bismarckallee 46/48, 14193 Berlin
Telefon: 030-895951-0

eab@eab-berlin.eu
www.eab-berlin.eu

OWEN
Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e. V.

c/o Metrogap
Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin
Telefon: 030-6128878-5

mail@owen-berlin.de
www.owen-berlin.de

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg

Königstr. 36 B, 14109 Berlin
Telefon: 030-48481-0

info@sfbb.berlin-brandenburg.de
www.sfbb.berlin-brandenburg.de

Stiftung wannseeFORUM
Hohenzollernstr. 14, 14109 Berlin
Telefon: 030-80680-0

wsf@wannseeforum.de
www.wannseeforum.de

Brandenburg

HochDrei e. V. –
Bilden und Begegnen in Brandenburg

Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-5813-222

info@hochdrei.org
www.hochdrei.org

Seminar- und Gästehaus Hochlland
Holzmarktstr. 12, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-5813-222

info@hochdrei.org
www.hochlland.de

Jugendbildungsstätte
Kurt Löwenstein e. V.

Freienwalder Allee 8–10,
16356 Werneuchen
Telefon: 033398-8999-11

info@kurt-loewenstein.de
www.kurt-loewenstein.de

Jugendbildungszentrum Blossin e. V.*)

Waldweg 10, 15754 Heidesee OT Blossin
Telefon: 033767-75-0

info@blossin.de
www.blossin.de

Mostar Friedensprojekt e. V.

Charlottenstr. 14, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-201046-0

mostarfp@yahoo.de
www.mostar-friedensprojekt.de

Schloß Trebnitz
Bildungs- und Begegnungszentrum e. V.

Platz der Jugend 6, 15374 Müncheberg
OT Trebnitz
Telefon: 033477-519-0

empfang@schloss-trebnitz.de
www.schloss-trebnitz.de

Stiftung Begegnungsstätte Gollwitz

Schlossallee 101, 14776 Brandenburg
OT Gollwitz
Telefon: 03381-21386-0

info@stiftunggollwitz.de
www.stiftunggollwitz.de

Villa Fohrde e. V.

August-Bebel-Str. 42, 14798 Havelsee
OT Fohrde
Telefon: 033834-50282

info@villa-fohrde.de
www.villa-fohrde.de

Bremen

Jugendbildungsstätte Bremen –
LidiceHaus gGmbH

Weg zum Krähenberg 33 A, 28201 Bremen
Telefon: 0421-69272-0

lidice@lidicehaus.de
www.lidicehaus.de

Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH

Geschäftsstelle:
Bertha-von-Suttner-Str. 17, 28207 Bremen
Telefon: 0421-4499-5

info@wisoak.de
www.wisoak.de

Bildungsstätte der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH

Zum Rosenteich 26,
26160 Bad Zwischenahn
Telefon: 04403-924-0

bildungsstaette@wisoak.de
www.bildungsstaette-badzwischenahn.de

Hamburg

dock europe e. V.

Bodenstedtstr. 16 (Hinterhof Aufgang West), 22765 Hamburg
Telefon: 040-806092-22

office@dock-europe.net
www.dock-europe.net

HAUS RISSEN
Institut für internationale Politik und Wirtschaft

Gesellschaft für Politik und Wirtschaft e. V.
Rissener Landstr. 193, 22559 Hamburg
Telefon: 040-81907-0

mail@hausrissen.org
www.hausrissen.org

Hessen

basa e. V.
Bildungsstätte Alte Schule Anspach
Schulstr. 3, 61267 Neu-Anspach
Telefon: 06081-91273-0
info@basa.de
www.basa.de

Bildungsstätte Anne Frank e. V.
Hansaallee 150, 60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069-560002-0
info@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

BURG FÜRSTENECK
Akademie für berufliche und musisch-kulturelle Weiterbildung
Am Schloßgarten 3, 36132 Eiterfeld
Telefon: 06672-9202-0
bildung@burg-fuersteneck.de
www.burg-fuersteneck.de

Die Kopiloten e. V.
Politische Bildung im kommunalen Raum
Nora-Platiel-Str. 1, 34127 Kassel
Telefon: 0151-62406425
info@diekopiloten.de
www.diekopiloten.de

Mecklenburg-Vorpommern

Akademie Schwerin e. V.
Haus für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern
Mecklenburgstr. 59, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-555709-0
sekretariat@akademie-schwerin.de
www.akademie-schwerin.de

Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Golm im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
Dorfstr. 33, 17419 Kamminke
Telefon: 038376-290-0
info@jbs-golm.de
www.jbs-golm.de

Politische Memoriale e. V.
Severinstr. 6, 19053 Schwerin
Telefon: 0385-758731-1
info@polmem-mv.de
www.polmem-mv.de

Soziale Bildung e. V.
Doberaner Str. 21, 18057 Rostock
Telefon: 0381-1273363
bildung@soziale-bildung.org
www.soziale-bildung.org

Niedersachsen

ABC Bildungs-und Tagungszentrum e. V.
Bauernreihe 1, 21706 Drochtersen-Hüll
Telefon: 04775-529
abc@abc-huell.de
www.abc-huell.de

Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V.
Adenauerring 23, 37115 Duderstadt
Telefon: 05527-9847-22
asg-nord@asgpolbi.de
www.asgpolbi.de

Bewegungsakademie e. V.
Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Telefon: 04231-957-516
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

Bildungshaus Zeppelin & Steinberg e. V.
Zeppelinstr. 7, 38640 Goslar
Telefon: 05321-3411-0
info@bhz-steinberg.de
www.bhz-steinberg.de

Bildungsstätte Bredbeck
Heimvolkshochschule des Landkreises Osterholz
An der Wassermühle 30, 27711 Osterholz-Scharmbeck
Telefon: 04791-9618-3700
info@bredbeck.de
www.bredbeck.de

Bildungsstätte Kinder- und Jugendzentrum Bahnhof Göhrde e. V.
Breese 11, 21369 Nahrendorf
Telefon: 05855-545
info@bahnhof-goehrde.de
www.bahnhof-goehrde.de

Die Freudenburg – Europäisches Seminar- und Tagungshaus*)
Amtsfreiheit 1 a, 27211 Bassum
Telefon: 04241-9311-0
freudenburg@vhs-diepholz.de
www.freudenburg-bassum.de
Volkshochschule des Landkreises Diepholz
Nienburger Str. 5, 28857 Syke
Telefon: 04242-976-4075
vhs@vhs-diepholz.de
www.vhs-diepholz.de

Europahaus Aurich
Deutsch-Niederländische Heimvolkshochschule e. V.
von-Jhering-Str. 33, 26603 Aurich
Telefon: 04941-9527-0
info@europahaus-aurich.de
www.europahaus-aurich.de

Evangelischer Verband Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt e. V.
Arnswaldstr. 6, 30159 Hannover
Telefon: 0511-473877-0
info@kwa-ekd.de
www.kda-ekd.de

Gustav-Stresemann-Institut in Niedersachsen e. V.
Europäisches Bildungs- und Tagungshaus Bad Bevensen
Klosterweg 4, 29549 Bad Bevensen
Telefon: 05821-955-0
info@gsi-bevensen.de
www.gsi-bevensen.org

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e. V.
Spillmannsweg 30, 26871 Papenburg
Telefon: 04961-9788-0
info@hoeb.de
www.hoeb.de

Internationales Haus Sonnenberg Sonnenberg-Kreis e. V.

Clausthaler Str. 11, 37444 St. Andreasberg
Telefon: 05582-944-0

info@sonnenberg-international.de
www.sonnenberg-international.de

Jugendkulturarbeit e. V.

Weiße Rose 1, 26123 Oldenburg
Telefon: 0441-3901075-0

info@jugendkulturarbeit.eu
www.jugendkulturarbeit.eu

Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e. V.

Rauschenwasser 78, 37120 Bovenden-Eddigehausen
Telefon: 05594-9506-0

info@mariaspring.de
www.mariaspring.de

Politische Bildungsstätte Helmstedt e. V.

Am Bötschenberg 4, 38350 Helmstedt
Telefon: 05351-5851-0

info@pbh-hvhs.de
www.pbh-hvhs.de

Stiftung Akademie Waldschlösschen

37130 Reinhausen bei Göttingen
Telefon: 05592-9277-0

info@waldschloesschen.org
www.waldschloesschen.org

Nordrhein-Westfalen

Akademie Biggesee gGmbH

Ewiger Str. 7–9, 57439 Attendorn
Telefon: 02722-709-0

info@akademie-biggesee.de
www.akademie-biggesee.de

---

aktuelles forum e. V.

Schwarzmühlenstr. 104,
45884 Gelsenkirchen
Telefon: 0209-15510-0

info@aktuelles-forum.de
www.aktuelles-forum.de

Auslandsgesellschaft.de e. V.

Steinstr. 48, 44147 Dortmund
Telefon: 0231-83800-15

info@agnrw.de
www.auslandsgesellschaft.de

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e. V.

Kronprinzenstr. 15, 45128 Essen
Telefon: 0201-227982

buero@hu-bildungswerk.de
www.hu-bildungswerk.de

Bildungswerk Stenden
Neue Gesellschaft Niederrhein e. V.

Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf
Telefon: 0211-862826-10

info@bildungswerk-stenden.de
www.bildungswerk-stenden.de

---

dbb akademie e. V.

Dreizehnmorgenweg 36, 53175 Bonn
Telefon: 0228-8193-0

info@dbbakademie.de
www.dbbakademie.de

dbb akademie Berlin
Büro im dbb forum berlin
Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
Telefon: 030-4081-6544

dbb akademie Königswinter
Büro im dbb forum siebengebirge
An der Herrenwiese 14, 53639 Königswinter
Telefon: 0228-8193-135

Europäische Akademie Nordrhein-Westfalen e. V.

Weberstr. 118, 53113 Bonn
Telefon: 0228-949301-0

info@eanrw.eu
www.eanrw.eu

Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.

Südfeldstr. 2–4, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9138-0

info@gesw.de
www.gesw.de

Gustav-Stresemann-Institut e. V.

Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn
Telefon: 0228-8107-0

info@gsi-bonn.de
www.gsi-bonn.de

Haus Neuland e. V.

Senner Hellweg 493, 33689 Bielefeld
Telefon: 05205-9126-0

info@haus-neuland.de
www.haus-neuland.de

Heinz-Kühn-Bildungswerk

Region Rheinland
Magnusstraße 18a, 50672 Köln
Telefon: 0221/ 168 602 97

Region Westfalen
Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund
Telefon: 0231/ 52 84 37

info@hkb-nrw.de
www.hkb-nrw.de

IKAB-Bildungswerk e. V./IKAB e. V.
Institut für angewandte Kommunikationsforschung in der Außerschulischen Bildung

Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn
Telefon: 0228-636460

info@ikab.de
www.ikab.de

Informations- und Bildungszentrum (IBZ) Schloss Gimborn e. V.

Schloßstr. 10, 51709 Marienheide
Telefon: 02264-40433-0

info@ibz-gimborn.de
www.ibz-gimborn.de

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk e. V.

Bornstr. 66, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-952096-0

info@ibb-d.de
www.ibb-d.de

Jakob-Kaiser-Stiftung e. V.

Godesberger Str. 8, 53639 Königswinter
Telefon: 02223-7061-0

mail@jakob-kaiser-stiftung.de
www.jakobkaiser.de

Jugendbildungsstätte Welper im Freizeitwerk Welper e. V.

Rathenaustr. 59 a, 45527 Hattingen
Telefon: 02324-9464-0

info@freizeitwerk-welper.de
www.freizeitwerk-welper.de

Karl-Arnold-Stiftung e. V.

Eupener Str. 70, 50933 Köln
Telefon: 0221-669975-0

info@karl-arnold-stiftung.de
www.karl-arnold-stiftung.de

LWL-Bildungszentrum Jugendhof Vlotho

Oeynhausener Str. 1, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-923-0

info@lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de
www.lwl-bildungszentrum-jugendhof-vlotho.de

Salvador-Allende-Haus
Sozialistisches Bildungszentrum Haard e. V.

Haardgrenzweg 77,
45739 Oer-Erkenschwick
Telefon: 02368-6906-0

info@allende-haus.de
www.allende-haus.de

Stätte der Begegnung e. V.

Oeynhausener Str. 5, 32602 Vlotho
Telefon: 05733-9129-0

info@staette.de
www.staette.de

Akademie Vogelsang IP
Vogelsang IP gGmbH

Vogelsang 70, 53937 Schleiden
Telefon: 02444-91579-0

info@vogelsang-ip.de
www.vogelsang-ip.de

Waldritter e. V.

Ewaldstr. 20, 45699 Herten
Telefon: 02366-5080338

info@waldritter.de
www.waldritter.de

Willi-Eichler-Bildungswerk
Willi-Eichler-Akademie e. V.

Rubensstr. 7–13, 50676 Köln
Telefon: 0221-20407-44

kontakt@web-koeln.de
www.web-koeln.de

Rheinland-Pfalz

Europahaus Marienberg

Europastr. 1, 56470 Bad Marienberg
Telefon: 02661-640-0

ehm@europa-haus-marienberg.eu
www.europa-haus-marienberg.eu

Saarland

Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH

Europahausstraße 35, 66620 Nonnweiler
Telefon: 068973-662-0

info@eao-otzenhausen.de
www.eao-otzenhausen.de

Sachsen

Brücke/Most-Stiftung

Reinhold-Becker-Str. 5, 01277 Dresden
Telefon: 0351-43314-0

info@bmst.eu
www.bmst.eu

Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V.

Kamenzer Str. 12, 01099 Dresden
Telefon: 0351-804022-0

info@wehnerwerk.de
www.wehnerwerk.de

HILLERSCHE VILLA gGmbH
Soziokultur im Dreiländereck

Klienebergerplatz 1, 02763 Zittau

info@hillerschevilla.de
www.hillerschevilla.de

Tagungshaus im Dreieck
Zittauer Str. 17, 02747 Großhennersdorf
Telefon: 035873-413-0

Schleswig-Holstein

Gustav-Heinemann-Bildungsstätte
Gesellschaft für Politik und Bildung Schleswig-Holstein e. V.

Schweizer Str. 58, 23714 Bad Malente
Telefon: 04523-88097-0

info@heinemann-bildungsstaette.de
www.heinemann-bildungsstaette.de

Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg

Scheersberg 2, 24972 Steinbergkirche
Telefon: 04632-8480-0

info@scheersberg.de
www.scheersberg.de

JugendAkademie Segeberg
Verein für Jugend- und Kulturarbeit im Kreis Segeberg e. V.

Marienstr. 31, 23795 Bad Segeberg
Telefon: 04551-9591-0

info@vjka.de
www.vjka.de

Thüringen

Bildungswerk BLITZ e. V.
Jugendbildungsstätte Hütten

Herschdorfer Str. 19, 07387 Krölpa OT Hütten
Telefon: 03647-414771

huetten@bildungswerk-blitz.de
www.bildungswerk-blitz.de

Sitz des BLITZ e. V.:
Zeitzgrund 6, 07646 Stadtroda
Telefon: 036428-517-0

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar“

Jenaer Str. 2/4, 99425 Weimar
Telefon: 03643-827-0

kontakt@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

Weimar-Jena-Akademie
Verein für Bildung e. V.

Jakobstr. 10, 99423 Weimar
Telefon: 03643-495574

info@weimar-jena-akademie.de
www.weimar-jena-akademie.de

Bildungsstätte im Wielandgut Oßmannstedt
Wielandstr. 16, 99510 Oßmannstedt
Telefon: 036462-92091-0

bildungsstaette-wielandgut@gmx.de

Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.

AWO Bundesakademie

Blücherstr. 62/63, 10961 Berlin
Telefon: 030-26309-0

akademie@awo.org
www.awo-bundesakademie.org
mit der Einrichtung

Tagungszentrum Haus Humboldtstein
53424 Remagen-Rolandseck
Telefon: 02228-932-0

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Politische Akademie Bonn

Hausanschrift:
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-0, -7102,

ingrid.nordemann@fes.de
www.fes.de/politischeakademie

Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung in NRW

Hausanschrift:
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Postanschrift: 53170 Bonn
Telefon: 0228-883-7115

arbeitnehmerweiterbildung@fes.de
www.fes.de/akademie-fuer-arbeitnehmer-weiterbildung

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Länderbüro Berlin-Brandenburg/ Truman-Haus

Bereich Politische Bildung und Begabtenförderung
Karl-Marx-Str. 2, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-7019-287

www.freiheit.org

Theodor-Heuss-Akademie

Theodor-Heuss-Str. 26,
51645 Gummersbach
Telefon: 02261-3002-0

tha@freiheit.org
www.freiheit.org

Länderbüro Berlin-Brandenburg/ Hauptstadtbüro

Reinhardtstr. 14, 10117 Berlin
Telefon: 030-288778-42

berlin-brandenburg@freiheit.org
www.freiheit.org

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Heinrich-Böll-Stiftung e. V.

Schumannstr. 8, 10117 Berlin
Telefon: 030-28534-0

info@boell.de
www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e. V.

Dortustr. 52, 14467 Potsdam
Telefon: 0331-200578-0

organisation@boell-brandenburg.de
www.boell-brandenburg.de

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste

ijgd-Bundesverein e. V.

Adressen der ijgd-Vereine und -Geschäftsstellen:

ijgd-Bundesgeschäftsstelle
ijgd-Bundesverein e. V.

Sedanstr. 75, 30161 Hannover
Telefon: 0511-1322975-0

bundesverein@ijgd.de
www.ijgd.de

---

ijgd-Landesgeschäftsstelle Berlin

Zuständig für ijgd-Landesvereine Berlin e. V., Sachsen e. V.

Glogauerstr. 21, 10999 Berlin
Telefon: 030-6120313-0

ijgd.berlin@ijgd.de

---

ijgd-Landesgeschäftsstelle Bonn

Zuständig für ijgd-Landesvereine Nordrhein-Westfalen e. V., Rheinland-Pfalz/ Saarland e. V., Baden-Württemberg e. V.; Hessen e. V.; Süddeutschland e. V.

Kasernenstr. 48, 53111 Bonn
Telefon: 0228-22800-0

ijgd.bonn@ijgd.de

---

ijgd-Landesgeschäftsstelle Halberstadt

Zuständig für ijgd-Landesverein Sachsen-Anhalt und Thüringen e. V.

Westendorf 26, 38820 Halberstadt
Telefon: 03941-5652-0

ijgd.halberstadt@ijgd.de

---

ijgd-Landesgeschäftstelle Hildesheim

Zuständig für ijgd-Landesvereine Niedersachsen e. V., Hamburg e. V.

Zingel 15, 31134 Hildesheim
Telefon: 05121-20661-20

ijgd.hildesheim@ijgd.de

---

ijgd-Geschäftsstelle Potsdam

Zuständig für ijgd-Landesverein Brandenburg e. V.

Schulstr. 9, 14482 Potsdam
Telefon: 0331-58132-12

ijgd.potsdam@ijgd.de

ijgd-Landesgeschäftsstelle Wismar

Zuständig für ijgd-Landesverein Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein e. V.

Hinter dem Chor 13-15, 23966 Wismar
Telefon: 03841-226-773

ijgd.wismar@ijgd.de

Internationaler Bund (IB) – Freier Trägerder Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.

Zentrale Geschäftsführung

Valentin-Senger-Str. 5, 60389 Frankfurt am Main
Telefon: 069-94545-0

info@ib.de
www.internationaler-bund.de

Internationaler Bund – Hauptstadtbüro

Hannoversche Str. 19 A, 10115 Berlin
Telefon: 030-214096-0

rzgf@ib.de

IB-Internationale Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte Hadamar

Mönchberg 8, 65589 Hadamar
Telefon: 06433-93017-6

Internationaler Bund West gGmbH/ Familienbildungswerk

Pfälzischer Ring 100–102, 51063 Köln
Telefon: 0221-98095-13

familienbildungswerk-koeln@ib.de

IB-Jugendwerkstatt Schwarzenbek

Schefestr. 1 b, 21493 Schwarzenbek
Telefon: 04151-81418

IB-Internationales Jugendgästehaus

Am Herrenberge 3, 07745 Jena
Telefon: 03641-6872-30

jgh-jena@ib.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. – Bereich Politische Bildung

Hauptabteilung Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Klingelhöferstr. 23, 10785 Berlin
Telefon: 030-26996-0

zentrale-berlin@kas.de
www.kas.de

Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt

Franckestr. 1, 39104 Magdeburg
Telefon: 0391-520887101

kas-sachsen-anhalt@kas.de

Paritätisches Bildungswerk – Bundesverband e. V.

Heinrich-Hoffmann-Str. 3, 60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069-6706-271

bildungswerk@pb-paritaet.de
www.pb-paritaet.de

Rosa-Luxemburg-Stiftung Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V.

Akademie für politische Bildung

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: 030-44310-0

info@rosalux.de
www.rosalux.de

*) Assoziierte Mitgliedseinrichtungen, Stand: 11. April 2019

Kooperationspartner

Der AdB dankt seinen Partnern für die gute Zusammenarbeit 2018!

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB) ist ein bundesweites Netzwerk von Einrichtungen und Initiativen politischer Bildung. Die Zusammenarbeit mit den Mitgliedseinrichtungen ist ein wesentlicher Motor bei der Umsetzung von Projekten und weiterer Vorhaben. Über dieses engere Netzwerk hinaus ist der AdB eingebunden in die vielfältige Landschaft politischer Jugendbildung, Jugendarbeit, Jugendhilfe und Erwachsenenbildung in Deutschland und Europa. Ebenso wichtig ist die enge Zusammenarbeit mit Behörden, wissenschaftlichen Einrichtungen, Initiativen, Agenturen und weiteren Verbänden.
Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten dankt allen Kooperationspartnern, die zur Umsetzung aller Vorhaben im Jahr 2018 beigetragen haben:

Alexander von Humboldt-Stiftung • Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ • Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (AKSB) • Archiv der Jugendkulturen e. V. • Berliner Landeszentrale für politische Bildung • Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e. V. • Bundesausschuss für politische Bildung e. V. (bap) • Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) • Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e. V. • Bundeszentrale für politische Bildung/bpb • ConAct – Koordinierungszentrum Deutsch-Israelischer Jugendaustausch • cultures interactive e. V. (CI) • Democracy and Human Rights Education in Europe – DARE • Deutscher Bundesjugendring e. V. (DBJR) • Deutscher Volkshochschul-Verband e. V. • Deutsches Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e. V. (DIE) • Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW) • Evangelische Hochschule Ludwigsburg – Staatlich anerkannte Hochschule für Angewandte Wissenschaften der Evangelischen Landeskirche in Württemberg • Euforia – From inspiration to impact (CH) • European Association for the Education of Adults (EAEA) • Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) • FILOXENIA Intercultural-Environmental Organisation (GR) • Forschung und Praxis im Dialog (FPD) • Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung im bap (GEMINI) • Generation Europe – Young Democracy in Action • Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V. • Lernort 7xJung – Dein Trainingsplatz für Zusammenhalt und Respekt • Haus der Jugendarbeit und Jugendhilfe e. V. • Hessische Landeszentrale für politische Bildung • ifa – Institut für Auslandsbeziehungen Abteilung Dialoge • IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V. • IUVENTA – Slovenský inštitút mládeže // IUVENTA – Slovak Youth Institute (SK) • JUGEND für Europa – Nationale Agentur Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps • Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch – Tandem • Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung in NRW e. V. (LAAW) • Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg • Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen • MOVIT Zavod za razvoj mobilnosti mladih – Institute for the development of youth mobility (SI) • National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e. V. • NECE – Networking European Citizenship Education • Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung • Ost-West-Institute • Pressenetzwerk für Jugendthemen e. V. (PNJ) • Rat der Weiterbildung – KAW e. V. • Robert Bosch Stiftung GmbH • Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa • Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH • Theater X der Initiative Grenzen-los! e. V. – Verein für emanzipative Bildung und kulturelle Aktion • THW-Jugend Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt e. V. • THW-Jugend Nordrhein-Westfalen e. V. • transfer e. V. • Transfer für Bildung e. V. • Ufuq e. V. • University of the Peloponnese, Faculty of Social Sciences (GR) • Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e. V. (VBLR) • Zentrum Polis – Politik lernen in der Schule (AT), Institute Timisoara (RO), Casei Corpului Didactic (RO), Europäische Bildungsinitiative (AT), Konnekt (HU), Nefiks (SI).

Quellenverzeichnis

Assmann, Aleida (2013): Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. München: C.H.Beck

Balzter, Nadine/Ristau, Jan/Schröder, Achim (2015): Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach /Ts.: Wochenschau Verlag

BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018): Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe 4/2018; www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-april-2018.pdf (Zugriff: 15.01.2019)

Benjamin, Walter (2010, zuerst 1939): Über den Begriff der Geschichte. In: Raulet, Gérard (Hrsg.): Über den Begriff der Geschichte, Band 19 aus: Werke und Nachlass. Kritische Gesamtausgabe. Herausgegeben von Henri Lonitz und Christoph Gödde. Frankfurt am Main/Berlin: Suhrkamp

BMAS; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2018): Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit – Berichtsjahr 2017. Unfallverhütungsbericht Arbeit. Dortmund/Berlin/Dresden: BAMS

BMFSFJ; Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (Hrsg.) (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys von Julia Simonson, Claudia Vogel und Clemens Tesch-Römer; www.bmfsfj.de/blob/113702/53d7fdc57ed97e4124ffec0ef5562a1/vierter-freiwilligensurvey-monitor-data.pdf (Zugriff: 09.05.2019)

BMI; Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (o. J.): Heimat & Integration. Politische Bildung; www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gesellschaftlicher-zusammenhalt/politische-bildung/politische-bildung-node.html (Zugriff: 08.11.2018)

Boddenberg, Sophia (2019): Feministin Silvia Federici. Sollte Hausarbeit bezahlt werden?; www.deutschlandfunkkultur.de/feministin-silvia-federici-sollte-hausarbeit-bezahlt-werden.2162.de.html?dram:article_id=438115 (Zugriff: 07.05.2019)

Broden, Anne (2012): Anmerkungen zur Aktualität der Ungleichheit. In: APuZ, Heft 16–17/2012, S. 7–10

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (2015): Der Begriff „Extremismus" – Worin besteht der Erkenntnisgewinn?; www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/200098/der-begriff-extremismus-worin-besteht-der-erkenntnisgewinn (Zugriff: 02.05.2019)

Destatis; Statistisches Bundesamt (2015): Arbeitszeit von Frauen: ein Drittel Erwerbsarbeit, zwei Drittel unbezahlte Arbeit; Pressemitteilung Nr. 179 vom 18. Mai 2015; www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Frueher/PD15_179_63931.html (Zugriff: 09.05.2019)

Ceylan, Rauf/Kiefer, Michael (2018): Radkalisierungsprävention in der Praxis. Antworten der Zivilgesellschaft auf den gewaltbereiten Neosalafismus. Wiesbaden: Springer VS

Derecik, Ahmet/Menze, Lorena (2018): Der vielschichtige Partizipationsbegriff. Teilnahme und demokratische Partizipation im gemeinnützigen, organisierten Kinder- und Jugendsport. Frankfurt am Main: Deutsche Sportjugend

DeZIM-Studie (2019): Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung. Erste Ergebnisse aus dem Projekt Postmigrantische Gesellschaften – Stereotype, Abwertungsgefühle und Aufstiegskonflikte. Erste Ergebnisse einer bundesweiten Bevölkerungsbefragung; www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Ost-Migrantische_Analogien/Booklet_OstMig_1_web.pdf (Zugriff: 04.05.2019)

DGB; Deutscher Gewerkschaftsbund (2018): DGB-Index Gute Arbeit. Der Report 2018. Wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen in Deutschland beurteilen. Mit dem Themenschwerpunkt: Arbeit mit Kundschaft, PatientInnen, Lernenden etc. Interaktionsarbeit. Berlin: DGB

Die WELT (2017): „Wo besonders viele Männer in Kitas arbeiten"; veröffentlicht am 25.04.2017 von Tobias Kaiser; www.welt.de/wirtschaft/article163993147/Wo-besonders-viele-Maenner-in-Kitas-arbeiten.html (Zugriff: 09.05.2019)

Dirks, Thorsten (2016): Was ich brauche, habe ich digital. Interview von Varinia Bernau und Helmut Martin-Jung; www.sueddeutsche.de/wirtschaft/montagsinterview-was-ich-brauche-habe-ich-digital-1.3207564 (Zugriff: 11.02.2019)

Engländer, Nathan (2012): Worüber reden wir, wenn wir über Anne Frank reden? München: Luchterhand

Fahim, Amir Alexander (2013): Migrationshintergrund und biografische Belastungen als Analysekriterien von Radikalisierungsprozessen junger Muslime in Deutschland. In: Herding, Maruta (Hrsg.): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte. Halle: Deutsches Jugendinstitut

Foroutan, Naika/Schäfer, Isabel (2009): Hybride Identitäten – muslimische Migrantinnen und Migranten in Deutschland und Europa. In: APuZ, Heft 05/2009, S. 11–18

Haider, Huma (2015): Radicalisation of diaspora communities (GSDRC Helpdesk Research Report 1187). Birmingham: University of Birmingham

Häusler, Alexander (2019): Antimuslimischer Populismus. Berlin: Aktion Courage e.V.; www.schule-ohne-rassismus.org/fileadmin/Benutzerordner/PDF/Publikationen__als_pdf_/Baustein_7_web.pdf (Zugriff: 04.05.2019)

Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.) (2016): Ungleichheit macht unglücklich. In: Impuls 04/2016; www.boeckler.de/Boeckler_Impuls_2016_04_gesamt.pdf (Zugriff: 09.05.2019)

Herding, Maruta (Hrsg.) (2013): Radikaler Islam im Jugendalter. Erscheinungsformen, Ursachen und Kontexte. Halle: Deutsches Jugendinstitut

Jörissen, Benjamin (2017): Digital/kulturelle Bildung. Plädoyer für eine Pädagogik der ästhetischen Reflexion digitaler Kultur. In: OnlineZeitschrift Kunst Medien Bildung | zkmb 2017; http://zkmb.de/933 (Zugriff: 23.09.2018)

Kergel, David (2018): Kulturen des Digitalen. Postmoderne Medienbildung, subversive Diversität und neoliberale Subjektivierung. Wiesbaden: Springer VS

Kirschner, Christian (2018): Digitale Bildungsarbeit. Mit Technologien Bildung gestalten; https://basa.de/images/polpil/tecmod_basa_web.pdf (Zugriff: 11.02.2019)

Lemke, Thomas/Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne (2000): Gouvernementalität der Gegenwart – Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Lücke, Martin (2015): Auf der Suche nach einer inklusiven Erinnerungskultur; unveröffentlichter Vortrag auf der Tagung „Erinnern kontrovers" am 10.07.2015 in Berlin

Lutz, Helma (2018): Die Hinterbühne der Care-Arbeit. Transnationale Perspektiven auf Care-Migration im geteilten Europa. Weinheim: Beltz

Minh-ha, Trinh T. (1989): Unendliche Schichten/Dritte Welt?; unveröffentlichte Übersetzung von Birgit Bauer (basierend auf einem Auszug aus Min-ha, Trinh T. 1986)

Neumann, Peter (2013): Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. In: APuZ, Heft 29–31/2013, S. 3–10

Nordbruch, Götz (2016): Zur Bedeutung von Diskriminierungserfahrungen und gesellschaftlicher Marginalisierung in religiösen Radikalisierungsprozessen; www.ufuq.de/zur-bedeutung-von-diskriminierungserfahrungen-und-gesellschaftlicher-marginalisierung-in-religioesen-radikalisierungsprozessen (Zugriff: 02.05.2019)

OECD (2010): OECD Genderbrief; www.oecd.org/els/family/44720649.pdf (Zugriff: 09.05.2019)

Radtke, Frank-Olaf (1996): Fremde und Allzufremde – Der Prozess der Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. In: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 62. Bonn: FES, S. 7–17

Scheurmann, Ingrid (2014), Politisches Figurentheater. Die Bronzeplastik Fritz Cremers für das Buchenwalddenkmal. In: Monumente. Magazin für Denkmalkultur in Deutschland 3/2014; www.monumente-online.de/de/ausgaben/2014/3/politisches-figurentheater.php#.XM19waTgpEY (Zugriff: 04.05.2019)

Schwenken, Helen/Heimeshoff, Lisa-Marie (Hrsg.) (2011): Domestic Workers Count: Global Data on an Often Invisible Sector. Kassel: Universität Kassel

Shooman, Yasmin (2016): Antimuslimischer Rassismus – Ursachen und Erscheinungsformen. Düsseldorf: IDA e.V.; www.vielfalt-mediathek.de/mediathek/6109/antimuslimischer-rassismus-ursachen-und-erscheinungsformen.html (Zugriff: 04.05.2019)

Shooman, Yasemin (2018): Islamfeindlichkeit – Rassismus unter dem Deckmantel der Religionskritik; www.feinschwarz.net/islamfeindlichkeit-rassismus-unter-dem-deckmantel-der-religionskritik (Zugriff: 16.05.2019)

Shooman, Yasmin (2019): „Wir müssen über den Hass sprechen". Interview von Dunja Ramadan mit Yasmin Shooman. In: Süddeutsche Zeitung am 24.03.2019; www.sueddeutsche.de/politik/islam-neuseeland-shooman-1.4380162 (Zugriff: 04.05.2019)

Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Tezcan, Levent (2012): Das muslimische Subjekt: Verfangen im Dialog der Deutschen Islam Konferenz. Konstanz: University Press

Waldmann, Peter (2009): Radikalisierung in der Diaspora. Wie Islamisten im Westen zu Terroristen werden. Hamburg: Murmann Verlag GmbH

Winker, Gabriele (2015): Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag

WSI; Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (2014): Wie „relativ" ist Kinderarmut? Armutsrisiko und Mangel im regionalen Vergleich von Helge Baumann und Eric Seils. Reihe: WSI Report Nr. 11. Düsseldorf: WSI; www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_11_2014.pdf (Zugriff: 09.05.2019)

Zick, Andreas (2017): Radikalität als Lebensperspektive? In: Merton Onlinemagazin; https://merton-magazin.de/radikalitaet-als-lebensperspektive (Zugriff: 02.05.2019)

Impressum

Herausgeber:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22
info@adb.de
www.adb.de

Verantwortlich:
Ina Bielenberg

Redaktion:
Dr. Friedrun Erben

Layout, Satz und Druck:
Willius Design, Berlin

Bildnachweis:

Archiv des AdB:

Titel, S. 2, S. 4–6, S. 9–10, S. 59–60, S. 80–84, S. 86–91, S. 95, S. 97, S. 100

Von beteiligten Mitgliedseinrichtungen:

AdB-Fachgruppe „Arbeit und Lebensperspektive":
Titel, S. 5, S. 46, S. 49, S. 51

AdB-Fachgruppe „Digitale Medien und Demokratie":
Titel, S. 5, S. 16, S. 18, S. 20

Alte Feuerwache e.V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße:
Titel, S. 28–29

Anne Frank Zentrum/Ruthe Zuntz:
Titel, S. 4–5, S. 42–43

Bildungswerk der Humanistischen Union NRW e.V.:
Titel, S. 5, S. 37–39, S. 41

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg/Jan Weisbrod:
S. 35

Historisch-Ökologische Bildungsstätte Emsland in Papenburg e.V.:
S. 52–53

HochDrei e.V. – Bilden und Begegnen in Brandenburg:
S. 54, S. 56

Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein e.V.:
Titel, S. 5, S. 11, S. 14, S. 21

Stiftung „Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar":
Titel, S. 5, S. 27, S. 31–33

Stiftung wannseeFORUM:
Titel, S. 4, S. 23–25

Villa Fohrde – Bildungs- und Kulturhaus e.V.:
S. 4, S. 45

Aus Bilddatenbanken und weiteren externen Quellen:

Sepehr Atefi:
Titel, S. 5, S. 61

Bildschön:
S. 5, S. 93

CL/photocase.de:
Titel, S. 65

DARE network, „STEPS"/dare-network.eu:
S. 5, S. 70–71

Nils Eyk-Zimmermann:
S. 70–71

Esteve Franquesa:
Titel, S. 4–5, S. 64

freepik.com/flaticon.com
S. 14–15, S. 63, S. 76, S. 109

Samuel Grösch:
Titel, S. 5, S. 57

Lea Jaenicke:
Titel, S. 4, S. 67

Kallejipp/photocase.de:
Titel, S. 78

marqs/photocase.de:
S. 77

Stefanie Mayrwörger:
Titel, S. 5, S. 69, S. 72, S. 74

suze/photocase.de:
S. 101

Andi Weiland für Stiftung wannseeFORUM; Seminar „Mensch-Maschine-Möglichkeiten. Leben und Arbeiten in einer smarten Welt":
S. 13–14

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB)

Mühlendamm 3
10178 Berlin

Tel.: (030) 400 401 00
Fax: (030) 400 401 22

info@adb.de
www.adb.de